

IV. BÜRGERLICHE ENTGRENZUNGEN: KOLONIALSKANDALE

1. KOLONIALISMUS, MORAL UND MASSENPRESSE IM 19. JAHRHUNDERT

Die Kolonien bildeten Projektionsflächen für vielfältige Sehnsüchte und Ängste. Für europäische Männer schien hier eine Überschreitung bürgerlicher Grenzen möglich – sei es bei der außerehelichen Sexualität, der Ausübung autoritärer Gewalt und dem übermäßigen Alkoholkonsum, sei es bei gewinnbringenden Geschäften, die im eigenen Land gegen die kaufmännische Ehre verstoßen hätten. Obgleich nur wenige Kolonialisten derartiges auslebten, speisten deren Berichte doch die öffentliche Imagination über die fernen Kolonialreiche.¹ Derartige Grenzüberschreitungen wurden als Kompensation für die Entbehrungen in den Kolonien und als notwendige Anpassung an die äußeren Bedingungen gerechtfertigt und lange Zeit im höheren Maße toleriert als in den Heimatländern. Die geringere bürgerliche Sozialkontrolle und die fehlende Medienöffentlichkeit schufen ebenfalls Spielräume für ein Verhalten, das in den Heimatländern schneller zu Skandalen geführt hätte. In den Kolonien kursierten zwar schnell Gerüchte, die mitunter über Leserbriefe auch in europäische Zeitungen einflossen. Aber Recherchen durch Journalisten, Politiker, Richter oder Privatdetektive waren bei Verstößen gegen bürgerliche Regeln und Gesetze zunächst kaum zu befürchten, wenn diese lediglich die Eingeborenen benachteiligten.

Sexuelle Sehnsüchte spielten dabei eine wichtige Rolle. Die Kolonien bildeten in vielfacher Hinsicht eine „Chiffre für sexuelle Träume“. ² Vorstellungen über die ungezwungen triebhafte afrikanische oder orientalische Frau, die zugleich das Bild der sittlichen heimischen Frau mit konstruierten, weckten erotische Phantasien. Damit verbunden kursierte die Angst vor Geschlechtskrankheiten und einer rassischen Vermischung.³ Tatsächlich verkehrten zahllose Kolonialisten mit einheimischen Frauen. Sie prahlten damit untereinander, mitunter auch

¹ Dies stellten bereits diverse Studien zum Kolonialismus heraus. Vgl. für Deutschland bes. BIRTHE KUNDRUS (Hrsg.), *Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus*, Frankfurt a. M. 2003; DIES., *Moderne Imperialisten*; für das Empire frühzeitig, aber eher literaturwissenschaftlich: MARTIN GREEN, *Dreams of Adventure, Deeds of Empire*, London 1980. Dass das Empire für die meisten Briten kein größere Bedeutung gehabt habe, betont dagegen: PORTER, *The Absent-Minded Imperialist*.

² RADKAU, *Das Zeitalter der Nervosität*, S. 407; aus der umfangreicheren angelsächsischen Literatur zu diesem Feld vgl. etwa: ANN LAURA STOLER, *Race and the Education of Desire. Foucault's History of Sexuality and the Colonial Order of Things*, Durham 1995.

³ Beispiele für die seit langem bestehende Zuschreibung einer ungezügelten Sexualität der Afrikaner in: ANNE MCCLINTOCK, *Imperial Leather. Race, Gender and Sexuality in the Colonial Context*, New York 1995, S. 22f.

in ihren Memoiren, oder rechtfertigten dies zumindest als „Notlösung“. Eine „schwarze Freundin“, so schrieb etwa Max Buchner 1887 über das Leben in Kamerun, würde gegen „die Verkümmern des Gemüts“ in der Einsamkeit schützen.⁴ Wie Ronald Hyam mit zahlreichen Beispielen argumentierte, war diese populäre sexuelle Imagination sogar ein wesentlicher Motor für die koloniale Expansion im späten 19. Jahrhundert.⁵ Das galt auch für Homosexuelle, für die die Spielräume in den Kolonien ebenfalls deutlich größer waren. Die Flucht vor dem klassischen Familienleben bildete vielfach ein Motiv für die weiten Reisen prominenter Kolonialisten.⁶ Schließlich waren gerade in vielen britischen Kolonien die Gesetze gegen Homosexualität weniger rigide als im Mutterland. Die besonders hierarchischen Beziehungen, etwa zu einheimischen Haushaltshilfen, erleichterten den homosexuellen Kontakt ebenso wie bei den heterosexuellen Geschlechtsbeziehungen. Die zahlreichen homoerotisch gefärbten literarischen Kolonialberichte lassen sich ebenfalls als Ausdruck dieser Sehnsüchte fassen.⁷

Die öffentlichen Normen und tolerierbaren Praktiken waren jedoch auch in den Kolonien variabel und mussten jeweils erst ausgehandelt werden. Der offizielle Verhaltenskodex, der im Mutterland für die Kolonisation angestrebt wurde, war selbstverständlich von Beginn an ein anderer. Die Kolonialmächte legitimierten ihre Eroberungen als „Zivilisierungsmissionen“ (Barth/Osterhammel). Wie bereits die Berliner „Kongo-Konferenz“ 1884/85 zeigte, formulierten sie durchaus die Absicht, Afrikaner durch „Erziehung“ und Ausbildung an der Zivilisation teilhaben zu lassen.⁸ In Deutschland herrschte durch den späten Erwerb von Kolonien von Beginn an ein besonders hoher moralischer Anspruch vor. In ihrer Selbstlegitimation sahen die Deutschen ihre kolonialen Eroberungen stärker als eine Kulturarbeit, während die Engländer angeblich nur wirtschaftliche Interessen verfolgen würden. Entsprechend grenzten sich die Deutschen auch von der brutalen Ausbeutung der Einheimischen ab, die die westeuropäischen Nachbarn durch die Sklaverei betrieben hätten. Der Kampf gegen

⁴ MAX BUCHNER, *Kamerun. Skizzen und Betrachtungen*, Leipzig 1887, S.154. Vgl. auch KUNDRUS, *Moderne Imperialisten*, S.222–226; LORA WILDENTHAL, *German Women for Empire 1884–1945*, London 2001, S.81f.

⁵ HYAM, *Empire and Sexuality*, S.1f.; zur Kritik an Hyams darüber hinaus gehender These, die Sexualkontakte hätten erst zu Interaktionen geführt, die das Empire zusammenhielten, vgl.: MARK T. BERGER, *Imperialism and Sexual Exploitation: a Review Article*, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 17 (1988), S.83–98; sowie: RONALD HAYM, *A Reply*, in: ebd.

⁶ ALDRICH, *Colonialism and Homosexuality*, S.408.

⁷ Vgl. etwa: PHILIPP HOLDEN und RICHARD RUPPEL (Hrsg.), *Imperial Desire. Dissident Sexualities and Colonial Literature*, Minneapolis und London 2003. Entsprechende Quellen aus Reiseberichten in: LEE WALLACE, *Sexual Encounters. Pacific Texts, Modern Sexualities*, Cornell 2003.

⁸ ANDREAS ECKERT, *Die Verheißung der Bürokratie. Verwaltung als Zivilisierungsagentur im kolonialen Westafrika*, in: BORIS BARTH und JÜRGEN OSTERHAMMEL (Hrsg.), *Zivilisierungsmissionen. Imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert*, Konstanz 2005, S.269–283, S.270.

die Sklaverei legitimierte Ende der 1880er Jahre sogar den deutschen Einsatz von Truppen in den Kolonien und damit die eigene Gewalt.⁹ Gerade dieser explizit moralisch-kulturelle Anspruch, der sich an den westlichen Nachbarländern maß, setzte jedoch die Fallhöhe für deutsche Kolonialskandale entsprechend hoch.

Eine weitere Vorbedingung für das Aufkommen von Skandalen waren auch beim Kolonialismus die gesetzlichen Vorgaben. Weder die britischen noch die deutschen Kolonien kannten ein einheitliches Recht, sondern wiesen starke Variationsbreiten auf. Ein gewisses Spezifikum des deutschen Rechts war die stärkere rassistische Abstufung, während bei den Briten die den Einheimischen individuell zugeschriebene Kulturstufe eine größere Rolle spielte.¹⁰ Auffällig war zudem, dass bereits als anachronistisch geltende Strafen in den deutschen Kolonien eine intensivere Anwendung fanden. Obgleich die Prügelstrafe in Deutschland seit Mitte des 19. Jahrhunderts an Bedeutung verloren hatte, erlebte sie in den Kolonien eine ebenso starke Blüte wie die Todesstrafe, die im Deutschen Reich um 1900 immer seltener vollstreckt wurde.¹¹ Da eine klare Regelung der gesetzlichen Grundlagen in den Kolonien ausblieb, verfügten die jeweiligen Kolonialbeamten über große Spielräume bei ihren Urteilen. Kontrollinstanzen fehlten häufig allein deshalb, weil ein Beamter alle drei Gewalten vereinte. Dass die rechtlichen Normen so variabel waren, dürfte ebenfalls Skandale gefördert haben, da nur eine öffentliche Empörung Strafen korrigieren konnte, die als willkürlich empfunden wurden.

Die Entwicklung der juristischen und normativen Regeln ging in der kurzen deutschen Kolonialgeschichte in etwa mit den Phasen der kolonialen Erschließung einher. So setzte nach einer Phase der ungeordneten Eroberung seit Mitte der 1880er Jahre in den 1890er Jahren eine Phase der Konsolidierung ein, in der nicht zuletzt im Kontext von verschiedenen Skandalen moralische und juristische Regeln austariert wurden. Seit 1907 begann, wiederum nach zahlreichen Skandalen, eine gewisse Reformphase.¹² In ihr wurden administrative und ökonomische Praktiken hinterfragt, aber auch der Umgang mit der indigenen Bevölkerung. Die dabei erkennbare Verrechtlichung moralischer Standards bezog

⁹ Zu diesem Diskurs vgl. MICHAEL SCHUBERT, *Der schwarze Fremde. Das Bild des Schwarzafrikaners in der parlamentarischen und publizistischen Kolonialdiskussion in Deutschland von den 1870er bis in die 1930er Jahre*, Stuttgart 2003, bes. S. 194–216, 224 u. 261–267.

¹⁰ HARALD SIPPEL, *Typische Ausprägungen des deutschen kolonialen Rechts- und Verwaltungssystems in Afrika*, in: RÜDIGER VOIGT und PETER SACK (Hrsg.), *Kolonialisierung des Rechts. Zur kolonialen Rechts- und Verwaltungsordnung*, Baden-Baden 2001, S. 351–372, S. 360.

¹¹ THOMAS KOPP, *Theorie und Praxis des deutschen Kolonialstrafrechts*, in: VOIGT und SACK (Hrsg.), *Kolonisierung*, S. 71–94, S. 81; NILS OLE OERMANN, *The Law and the Colonial State. Legal Codification versus Practice in a German Colony*, in: GEOFF ELY und JAMES RETALLACK (Hrsg.), *Wilhelminism and its Legacies. German Modernities, Imperialism, and the Meaning of Reform, 1890–1930*, New York und Oxford 2003, S. 171–184.

¹² Vgl. generell zu Zäsuren in der deutschen Kolonialgeschichte, die freilich allenfalls in der Tendenz sinnvoll sind: HORST GRÜNDER, *Geschichte der deutschen Kolonien*, Paderborn 2004 (Erstaussgabe 1985), S. 241.

sich auch auf die sexuellen Beziehungen zu Afrikanerinnen, was sich insbesondere in den vielfältigen Debatten und Gesetzen zur „Mischehe“ niederschlug.¹³

Für die britischen Kolonien lässt sich dank der längeren Kolonialtradition noch deutlicher die Zunahme normativer Regeln ausmachen, wobei diese mit den moralischen Debatten auf der britischen Insel korrespondierten. Gegenüber kolonialer Korruption und Gewalt lässt sich bereits für das späte 18. Jahrhundert ein Zusammenspiel zwischen der öffentlichen Kritik und politischen Reformversuchen erkennen. Aufklärerische Interventionen wie Edmund Burkes berühmte Anklagen gegen den indischen Generalgouverneur Warren Hastings und die *East India Company*, die er als „one of the most corrupt and destructive tyrannies“ bezeichnete, modifizierten das zulässige Verhalten.¹⁴ Ebenso trug seit den 1780er Jahren die Anti-Sklaverei Bewegung durch die Veröffentlichung schockierender Berichte mit dazu bei, diese zunehmend moralisch illegitim erscheinen zu lassen.¹⁵ Eine freie Presse in den Kolonien wurde dabei bereits als Katalysator gesehen, um dort das willkürliche Auspeitschen, Verwaltungsmissstände und die „Unmoral“ zu beseitigen. Seit den 1850er Jahren nahmen in den Medien auch explizite Berichte über die Gewalt in den Kolonien zu. Sie führten mitunter, wie 1865 nach einer blutigen Vergeltung in Jamaica, zur Bestrafung der Kolonialbeamten, ohne dass dies jedoch in eine breitere mehrheitliche öffentliche Kolonialkritik mündete.¹⁶ Ebenso kam es bei der blutigen Niederschlagung des indischen Aufstandes 1857 in Großbritannien zwar zu zahlreichen öffentlichen Berichten, nicht aber zu einer breiten britischen Empörung über die Gewalteskalation.¹⁷

Mit Blick auf die sexuellen Normen lässt sich bereits im 19. Jahrhundert eine enge Interaktion zwischen dem britischen Mutterland und seinen Kolonien ausmachen. Parallel zu den Sexualitätsskandalen, die innerhalb von England um 1820 auftraten, kam es auch innerhalb der britischen Kolonien zu entsprechenden Normbrüchen, die zumindest in den dortigen, stärker mündlich ge-

¹³ Vgl. auch: CORNELIA ESSNER, Zwischen Vernunft und Gefühl. Die Reichstagsdebatten von 1912 um koloniale „Rassenmischehe“ und „Sexualität“, in: ZfG 45 (1997), S. 503–519.

¹⁴ Die Rede ist abgedr. in: PETER J. MARSHALL (Hrsg.), *The Speeches of the Right Hon. Edmund Burke*, Bd. 5: India: Madras and Bengal, 1774–1785, Oxford 1981, S. 385 u. Bd. 7: India: The Hastings Trial 1789–1794, Oxford 2000. Zu Burkes Ignoranz gegenüber der Presse: CLARK, *Scandal*, S. 84–112. Zum Kontext vgl. etwa: ANDREW PORTER, *Trusteeship, Anti-Slavery, and Humanitarianism*, in: DERS. (Hrsg.), *The Oxford History of the British Empire*, Bd. 3: The Nineteenth Century, Oxford 1999, S. 198–221.

¹⁵ Zu dem öffentlichen Druck auf die Politik vgl. SEYMOUR DRESCHER, ‚Whose Abolition?‘ Popular Pressure and the Ending of the British Slave Trade, in: PAST AND PRESENT 143 (1993), S. 136–166.

¹⁶ So die Einschätzung von LAWRENCE JAMES, *The Rise and Fall of the British Empire*, Cambridge 2005 (3. Aufl.), S. 200–204. Zur zeitgenössischen Wahrnehmung der Presse als moralische Kraft in den Kolonien vgl. etwa: LEICESTER STANHOPE, *Sketch of the History and Influence of the Press in British India*, London 1823.

¹⁷ Allerdings etablierte die brutale Niederschlagung des Aufstandes zumindest in fiktionalen Arbeiten und Erinnerungen Schuldiskurse; vgl. GAUTAM CHAKRAVARTY, *The Indian Mutiny and the British Imagination*, Cambridge 2005.

prägten Öffentlichkeiten für Empörung sorgten. So brachte in dieser Zeit ein südafrikanischer Skandal das Bild des ehebrechenden Missionars auf.¹⁸ Nicht zufällig führte gerade das Verhalten der Missionare zu Skandalen, da diese in den Kolonien des frühen 19. Jahrhunderts am stärksten den heimischen Normen verpflichtet waren. Ebenso entstanden mit der Etablierung regionaler Zeitungen in den Kolonien Skandale, die Gerüchten über unzulässiges Sexualverhalten verbreiteten und damit über Exklusion und Inklusion in den sich neu formierenden Gesellschaften entschieden.¹⁹ Darüber hinaus lassen sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bereits Kolonialskandale um sexuelle Normen ausmachen, die auch die britische Öffentlichkeit diskutierte und mit generellen Fragen der Kolonialpolitik verband. Als etwa Sir John Eardley-Wilmot, dem Vize-Gouverneur der Strafkolonie Van Diemen's Land, 1845 Homosexualität vorgeworfen wurde, und der damalige Kolonialminister Gladstone auf seiner Abberufung bestand, führte dies im Parlament und der britischen Presse nicht nur zu einer Debatte über dessen „private and public character“. Vielmehr entstand hieraus auch eine generelle Kritik an der Kolonialverwaltung, die sich vornehmlich gegen die Regierung und ihren Umgang mit dem Fall richtete.²⁰

Die Intensivierung der britischen „Sexualpolitik“ seit den 1860er Jahren zeigte sich auch in den Kolonien. So wurden die erwähnten Gesetze zur medizinischen Kontrolle von Bordellen im Heimatland bereits vorher in einzelnen Kolonien erprobt.²¹ Die damit einhergehende Gründung von Bordellen in den Kolonien stand zugleich für eine gewisse Tolerierung des sexuellen Verkehrs mit den dortigen Frauen. Sowohl die Angst vor der rassischen Vermischung und illegitimen Kindern als auch die Furcht vor einer „notgedrungenen“ Homosexualität förderten diese Bordellgründungen, die wiederum Kampagnen gegen sie hervorriefen. Die moralischen Kontrollansprüche nahmen um 1860 insbesondere in Indien zu. Die Verdichtung der Kommunikation mit der britischen Insel, die steigende Heiratsquote der Soldaten und die häufigere Anwesenheit von Ehefrauen führten dazu, dass nun auch in den Kolonien außerehelicher Geschlechtsverkehr im höheren Maße zum Normbruch wurde. Zudem sorgte die Präsenz von Missionaren für eine Anbindung an die heimische Öffentlichkeit. All dies förderte das Aufkommen von Skandalen.

¹⁸ JULIA WELLS, The Scandal of Rev. James Read and the Taming of the London Missionary Society by 1820, in: SOUTH AFRICAN HISTORICAL JOURNAL 42 (2000), S. 136–160. Einen weiteren Fall für Australien beschreibt: KEN R. MANLEY, A Colonial Evangelical Ministry and a „Clerical Scandal“. James Taylor in Melbourne (1857–1868), in: BAPTIST QUARTERLY 39 (2001), S. 56–79.

¹⁹ KIRSTEN MCKENZIE, Women's Talk and the Colonial State: The Wyld Scandal, 1831–1833, in: GENDER & HISTORY 11 (1999), S. 30–53. Auch abgedruckt in: MCKENZIE, Scandal, S. 17–45.

²⁰ Vgl. TIMES 8. 6. 1847, S. 2, 3 u. 5, 11. 6. 1847, S. 3 u. 5, 23. 6. 1847, S. 6. Knappe Erwähnung des Falls in: SHANNON, Gladstone, Bd. 1, S. 191.

²¹ Besonders Hongkong war hier ein Vorreiter; vgl. PHILIPPA LEVINE, Prostitution, Race and Politics. Policing Venereal Disease in the British Empire, London 2003, S. 15.

In den 1880er Jahren überlagerten sich die Kampagnen gegen die heimischen Prostitution und die in den Kolonien. Auch im Kolonialdiskurs setzte W. T. Steads *Pall Mall Gazette* entscheidende Akzente, um die Kolonien als Ort der illegitimen Sexualität erscheinen zu lassen. Unter dem Aufmacher „Is the Empire a Moloch?“ monierte sein Blatt 1887, dass zumindest die ‚schwarzen‘ Kolonien nur mit Gewalt beieinandergehalten würden und die rund 260 000 Engländer in den Kolonien, weil sie fast alle ohne Frauen seien, „immoral relations with natives“ führten, die sie selbst zu Wilden machten.²² Daraufhin reiste der Herausgeber der christlichen Zeitschrift *Sentinel*, der Quäker Alfred S. Dyer, der durch seine *White Slave*-Kampagne bereits für Westeuropa das Thema gesetzt hatte, nun nach Indien und berichtete ab 1888 von dort anklagend, die britischen Behörden würden sogar Bordelle gründen. Insbesondere seine Veröffentlichung einer diskreditierenden Anfrage eines hohen Militärs („Please send young and attractive women“) im *Sentinel* löste entsprechende Reformen aus.²³ Welche Normen und welche Gesetze in den einzelnen Kolonien galten, hing jedoch im hohen Maße von den jeweiligen rassistischen Vorurteilen ab. So blieben im Empire auch Anfang des 20. Jahrhunderts insbesondere in Westafrika, Kenia, Uganda, Burma und Malaysia noch einheimische Konkubinen üblich, so lange der Verkehr mit ihnen nicht öffentliche Empörungen auslöste.²⁴ Die Skandalisierung war somit ein Mittel, um die jeweilige Zulässigkeit des kolonialen Verhaltens auszuhandeln.

Die neue Massenpresse förderte zweifelsohne in beiden Ländern Verbindungen zwischen dem Kolonialismus und sexuellen Phantasien, Zuschreibungen und Praktiken. Illustriertenfotos von halbnackten Frauen aus den Kolonien, wie sie von Europäerinnen undenkbar waren, wurden umstandslos gedruckt. So zeigte bereits eines der ersten publizierten Fotos in der *Illustrated London News* nackte Afrikanerinnen.²⁵ Auch ihr Berliner Pendant, die *Berliner Illustrierte Zeitung*, druckte bei ihren ersten regelmäßigen Fotostrecken unbekleidete Busen aus den Kolonien.²⁶ Zudem kreierte sie populäre Imaginationen über die freizügige Lebensweise der indigenen Bevölkerung.²⁷ Diese vielfältigen Presseberichte über die Kolonien trugen zur Faszinationskraft der Kolonien bei. Umge-

²² PALL MALL GAZETTE 19.5.1887, S. 1–3; vgl. zu dieser Debatte: KENNETH BALLHATCHET, *Race, Sex and Class under the Raj. Imperial Attitudes and Policies and their Critics 1793–1905*, London 1980, S. 57f.

²³ Vgl. SENTINEL Mai 1888 (der Untertitel der Zeitschrift war: „A monthly journal devoted to the exposition and advancement of public morality and to the suppression of vice“); im Unterhaus versprach die Regierung eine Untersuchung, wies den Vorwurf der regierungsgeförderten Zwangsprostitution aber zurück: TIMES 24.2.1888, S. 5, 24.4.1888, S. 6, u. 11.12.1888, S. 6; ALFRED DYER, *The Black Hand of Authority in India*, London 1888.

²⁴ Vgl. hierzu: HYAM, *Empire*, bes. S. 118, 151 u. 201; LEVINE, *Prostitution*, S. 91f. u. 323.

²⁵ ILLUSTRATED LONDON NEWS 17.10.1885, 23.2.1889 und 21.12.1889.

²⁶ BERLINER ILLUSTRIRTE ZEITUNG Nr. 3 16.1.1898 u. Nr. 20 14.5.1899; ebenso fanden sich Artikel und Bilder über Harems; BERLINER ILLUSTRIRTE ZEITUNG Nr. 1, 5.1.1896.

²⁷ Vgl. generell: ELEANOR M. HIGHT und GARY D. SAMPSON, *Colonialist Photography. Imag(in)ing Race and Place*, London 2002.

kehrt lässt sich aber auch der Aufschwung der Massenpresse und insbesondere der Illustrierten im hohen Maße mit dem Interesse an den Kolonien erklären.²⁸ Insbesondere die 1896 gegründete *Daily Mail*, die mit dem Motto „for the power, the supremacy and the greatness of the British Empire“ antrat, verdankte ihren schnellen Aufstieg zur auflagenstärksten Zeitung nicht zuletzt ihrer Kolonialbegeisterung, mit der sie im Burenkrieg mobilisierte.²⁹ Exotismus, Nationalismus und sensationelle Abenteuergeschichten vermischten sich in den Berichten über die Kolonien und gaben ihnen damit per se das Antlitz des Außergewöhnlichen, das wiederum nur durch ebenso außergewöhnliche Berichte zu steigern war. Dabei zeigten die kolonialen Medienberichte oft eine beträchtliche Selbstreferentialität, da vielfach die Erfahrungen der Reporter selbst in den Mittelpunkt rückten und den Kern der Neuigkeiten ausmachten.

Nachrichten aus den Kolonien fanden ihren Weg zumeist über recht verschlungene Wege in die Zeitungen. Kabeldepeschen ermöglichten bereits im späten 19. Jahrhundert eine sofortige Meldung wichtiger Vorfälle, was ein kommunikatives Zusammenwachsen mit den Kolonien förderte. Allerdings waren Telegramme so teuer, dass sie sich auf Kurzmeldungen beschränkten und ausführliche Berichte weiter über mehrere Wochen per Post unterwegs waren.³⁰ Zudem schränkte gerade in Deutschland die Kontrolle der Telegramme die freie Kommunikation ein.³¹ Für Großbritannien galt zumindest während des Burenkrieges Ähnliches. Die Presseberichte aus den Kolonien beruhten deshalb häufig auf Zuschriften von Afrikareisenden, die eher die dortigen Gerüchte über Ereignisse schilderten und seltener Augenzeugenberichte waren. Eine weitere Quelle für die britische und deutsche Presse waren die Zeitungen in den Kolonien. Insbesondere die Nachrichtenagenturen sorgten durch das Aufgreifen von Zeitungsmeldungen in den unterschiedlichen Ländern für einen wechselseitigen Austausch von Meldungen, der eine kommunikative Verflechtung schuf.³² Die deutschen Zeitungen waren dabei aufgrund der rigideren Zensur bei ihren Kolonialberichten häufig auf die britischen Blätter und die englische Nachrichtenagentur Reuters angewiesen, wie sie beklagten.³³ Beim Aufkommen von Skandalen gingen die Nachrichten dementsprechend derartig vielfältige Wege, dass

²⁸ So argumentierte bereits: WINFRIED BAUMGART, *Der Imperialismus. Idee und Wirklichkeit der englischen und französischen Kolonialexpansion 1880–1914*, Wiesbaden 1975, S. 36f.

²⁹ Vgl. zu ihrer patriotistische Kriegsberichterstattung: S. J. TAYLOR, *The Great Outsiders: Northcliffe, Rothermere and the Daily Mail*, London 1996, S. 55–72.

³⁰ Vgl. bereits als zeitgenössische Reflexion: NEUE DEUTSCHE RUNDSCHAU 5 (1894), S. 332.

³¹ Vgl. etwa die Anweisung: an von Soden 27.5.1891, in: BAB/L, R1001-4694.

³² Diese Verflechtung zeigen anschaulich: SIMON J. POTTER, *News and the British World. The Emergence of an Imperial Press System, 1876–1922*, Oxford 2003; CHANDRIKA KAUL, *Reporting the Raj: The British Press and India, 1880–1922* Manchester 2003. Vgl. generell zur Presse in Kolonien, leider ohne Hinweise zur Verflechtung mit der Öffentlichkeit in den europäischen „Mutterländern“: ANDREAS OSTERHAUS, *Europäischer Terraingewinn in Schwarzafrika. Das Verhältnis von Presse und Verwaltung in sechs Kolonien Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens von 1894 bis 1914*, Frankfurt a. M. 1990.

³³ Vgl. die Beschwerde dazu in BERLINER TAGEBLATT Nr. 572, 11. 11. 1891.

sie sich leicht von dem eigentlichen Geschehen ablösen konnten und eher Deutungen der jeweils Beteiligten waren.

Eigene Korrespondenten, die direkt für eine Zeitung aus den Kolonien berichteten, waren dagegen noch die große Ausnahme. Die Afrika-Korrespondentin der *Times* etwa, Flora Shaw, verfügte zweifelsohne über exzellente Kontakte zur Regierung in Südafrika und zum Kolonialministerium, auf dessen Vorschlag sie überhaupt bei der *Times* eingestellt wurde.³⁴ Beide Seiten informierten sie exklusiv und vorab mit Informationen. Allerdings berichtete sie gewöhnlich von London aus. Eine größere Zahl von eigenen englischen Berichterstattem kam erst im Zuge des Burenkrieges nach Afrika, wobei diese oft weniger journalistische Erfahrungen und als kolonialtaugliche Abenteuerlust und Kompetenzen wie „Reitfähigkeit“ mitbrachten.³⁵

Die deutschen Zeitungen priesen ebenfalls vereinzelt eigene Korrespondenten in den Kolonien an. Diese waren jedoch nicht unbedingt vor Ort. So stellte das *Berliner Tageblatt* hämisch fest, dass der afrikanische „Spezialberichterstatte der Vossischen Zeitung“ nicht aus den Kolonien, sondern aus Berlin berichtete.³⁶ Diesen Spott konnte sich das *Berliner Tageblatt* erlauben, da es zu den ganz wenigen Zeitungen mit einem eigenen „Berichterstatte für Ost-Afrika“ gehörte. Obgleich auch dieser meist nur von der Küste melden konnte, was ihm über einige hundert Kilometer gerüchteweise zugetragen wurde, erhöhte gerade diese zunehmende persönliche Präsenz von Journalisten die Möglichkeit, Missstände in Skandale zu überführen.³⁷

Öffentliche Kritik am imperialen Vorgehen war seit den 1880er Jahren auch zunehmend aus der Politik zu vernehmen. Obgleich in nahezu jeder Partei einzelne Abgeordnete unterschiedliche Bedenken formulierten, bildete in beiden Ländern zunächst der linke Flügel der Liberalen die Keimzelle der Kritik. In Großbritannien waren es vor allem Linksliberale wie Henry Labouchere, John Hobson oder Edmund Morel, die den Kolonien eine stärkere Selbstverantwortung geben wollten. Während des Burenkrieges profilierten sich vor allem die späteren Premierminister Lloyd George und Campbell-Bannermann mit moralischen Argumenten gegen die koloniale Eroberung. In Deutschland kritisierten in den 1880er vor allem die Freisinnigen um Eugen Richter den Kolonialismus. Neben ökonomischen Bedenken, etwa am fehlenden Freihandel und den Steuerbelastungen, formulierten sie auch eine moralische Kritik – etwa daran, dass die Gewinne vor allem mit dem Export von Alkohol, Waffen und Munition erzielt würden.³⁸ Seit

³⁴ Vgl. auch: HISTORY OF THE TIMES 1884–1912, S. 161f.

³⁵ Vgl. ANDREAS STEINSIECK, Ein imperialistischer Krieg. Kriegsberichterstatte im Südafrikanischen Krieg (1899–1902), in: UTE DANIEL (Hrsg.) Augenzeugen. Kriegsberichterstattung vom 18. bis 21. Jahrhundert, Göttingen 2006, S. 87–112.

³⁶ BERLINER TAGEBLATT Nr. 572, 11. 11. 1891.

³⁷ Unterlagen zu Eugen Wolfs Arbeit und seinen Verbindungen zum Kolonialamt in: BAB/L, R1001-4694 und 4695.

³⁸ Vgl. MARIA-THERESIA SCHWARZ, „Je weniger Afrika, desto besser“. Die deutsche Kolonialkritik am Ende des 19. Jahrhunderts. Eine Untersuchung zur kolonialen Haltung von Links-

den 1890er wuchs jedoch bei Teilen der Linksliberalen die Akzeptanz der Kolonien, so dass es nach 1907 sogar zu einer Unterstützung der Kolonialpolitik im „Bülow-Block“ kam. Die wichtigste und dauerhafteste moralische Kolonialkritik kam dagegen in Deutschland aus den Reihen der Sozialdemokraten. Sie deuteten den Kolonialismus vor allem als Element des kapitalistischen Ausbeutungssystems und des Militarismus. Daher lehnten sie die Kolonialpolitik sowohl wegen der Ausbeutung der dortigen Einheimischen als auch wegen der Nachteile für die deutschen Arbeiter ab. Das schloss allerdings nicht aus, dass auch Teile der Sozialdemokraten einzelne Kolonialgesetze tolerierten, die etwa kulturelle Aufgaben betrafen.³⁹

Dieses Zusammenspiel aus zunehmender politischer Kritik, verstärkter medialer Berichterstattung und wachsenden moralischen Normanforderungen dürfte dazu geführt haben, dass der „Scramble for Africa“ seit den späten 1880er Jahren zunehmend von Kolonialskandalen begleitet wurde. Wie sie aufkamen und was sie verhandelten, sollen im Folgenden exemplarische Fallanalysen der wohl wichtigsten Kolonialskandale dieser Jahrzehnte zeigen. Sie konzentrieren sich auf afrikanische Kolonien, was nicht nur der besseren Vergleichbarkeit von Deutschland und Großbritannien geschuldet ist, sondern sich auch aus den Skandalen selbst ergibt. Untersucht werden dabei einerseits Skandale um prominente „Eroberer“ bei der Erschließung Afrikas, die ihre Dynamik bereits durch den bekannten Namen der Involvierten erhielten. Im Mittelpunkt stehen die Skandale um Henry Morton Stanley und Carl Peters, die beide schnell zu „Stars“ der Kolonialbewegung wurden. Die Skandale, die um sie herum entstanden, hinterfragten ihre oft rücksichtslosen Expeditionen. Andererseits werden Skandale analysiert, die aus der Verwaltung der Kolonien entstanden. Dabei werden Fälle untersucht, die ökonomische Misswirtschaft verhandelten (*Rear Column Scandal* und Woermann/Tippelskirch-Skandal) und Fälle, bei denen es um den Missbrauch der Amtsgewalt ging, was insbesondere in Deutschland häufig vorkam – von den frühen Skandalen um Leist und Wehlan bis hin zu späteren Skandalen um den Kameruner Gouverneur Puttkamer. Der Blick auf deutsche und britische Kolonialskandale, die sich aus Afrika heraus entfalteten, verspricht einen Einblick in die unterschiedlichen Praktiken, Normen und Deutungen, die um 1900 ihren Kolonialismus kennzeichneten. Sie dürften vor allem zeigen, wie die zeitgleiche Medialisierung und die Politisierung die Kolonialpolitik, die Kolonialvorstellungen und das Bild über die eigene Gesellschaft veränderten.

liberalismus und Sozialdemokratie, Frankfurt a. M. 1999, S. 93 u. 306; GRÜNDER, Geschichte, S. 71.

³⁹ HANS-CHRISTOPH SCHRÖDER, Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der „Weltpolitik“ vor 1914, Hannover 1968; SCHWARZ, „Je weniger Afrika, desto besser“, S. 237; GRÜNDER, Geschichte, S. 74–77; zeitgenössisch: GUSTAV NOSKE, Kolonialpolitik und Sozialdemokratie, Stuttgart 1914.

2. IM DUNKELSTEN AFRIKA: STANLEYS *REAR COLUMN*

Im Jahr 1890 erschien Henry Morton Stanleys Expeditionsbericht „In Darkest Africa“.⁴⁰ Wie der Titel suggerierte, sollte das Buch Licht in jenen geheimnisvollen dunklen Kontinent bringen, den Stanley gerade erneut durchquert hatte. Tatsächlich entfaltete sich bei der Veröffentlichung ein Skandal, der vor allem die dunklen Seiten der europäischen Kolonialisten beleuchtete. Nicht verborgene Flüsse, Tiere und Stämme, sondern verborgene Überschreitungen jeglicher moralischer Standards durch Europäer wurden durch einen Skandal aufgedeckt, der schrittweise das unmenschliche Verhalten von Stanleys Truppe rekonstruierte. Wie die Leser der britischen und internationalen Presse durch diesen Skandal detailliert erfuhren, hatten englische Offiziere aus Stanleys Expeditionstruppe Afrikaner zu Tode gepeitscht, sexuell missbraucht oder wegen kleiner Vergehen hingerichtet; sie hatten Truppen von Sklavenhändlern bezogen und den Kannibalismus an einem Mädchen gefördert, um einige Bilder davon zu malen. Die Zeitungsartikel machten auf diese Weise deutlich, wie fließend die Übergänge zwischen Zivilisation und brutaler Barbarei in den Kolonien sein konnten. Insofern lässt sich an dem Fall exemplarisch zeigen, auf welche Weise sich im späten 19. Jahrhundert Gewalt in den Kolonien zu einem Skandal entwickeln konnte, der diesem Verhalten moralische Grenzen setzte.

Stanley verkörperte in gewisser Weise jene Kommunikationsverdichtung zwischen Afrika und der westlichen Welt, die für Kolonialskandale nötig war. Dass gerade um ihn ein derartiger Skandal entstehen konnte, lag zunächst an seiner öffentlichen Bekanntheit. Stanley zählte zweifelsohne zu den berühmtesten Entdeckern Afrikas. Selbst kritische Biographen verglichen seine Leistungen mit denen von Marco Polo und Columbus.⁴¹ Zugleich stand Stanley wie kaum ein anderer für eine neuartige Verbindung zwischen Kolonialismus und modernen Massenmedien. Schließlich war Stanley ein Journalist, der sich Ende der 1860er Jahre durch Berichte über Kämpfe in Abessinien, Kreta und Spanien einen Namen machte. Den Auftrag für seine erste spektakuläre Afrikaexpedition erhielt er vom amerikanischen Massenblatt *New York Herald*. Dessen Herausgeber James Gordon Bennett, der Vater des Boulevardjournalismus, beauftragte ihn 1869, den in Zentralafrika verschwundenen schottischen Missionar David Livingstone zu finden und darüber zu berichten. Die Reise war somit ein „Stunt“, also eine von der Presse fabrizierte sensationelle Abenteuergeschichte. Derartige „Stunts“ initiierten die damaligen amerikanischen Massenzeitungen bereits ebenso mit spektakulären Ballonfahrten oder Nordpolexpeditionen.⁴²

⁴⁰ HENRY MORTON STANLEY, *In Darkest Africa*, London 1890; im selben Jahr bereits auf Deutsch: DERS., *Im dunkelsten Afrika. Aufsuchung, Rettung und Rückzug Emin Pascha's, Gouverneur der Aequatorialprovinz*, Leipzig 1890.

⁴¹ Vgl. bes. die Biographie von: FRANK MCLYNN, *Stanley. Sorcerer's Apprentice*, London 1991, S. 391.

⁴² Zu Stanleys Expeditionen selbst, die hier nicht im Vordergrund stehen, liegen zahlreiche weitere, vor allem biographische Arbeiten vor, die jedoch den Skandal kaum untersuchen; vgl.

Das tatsächliche Aufspüren von Livingston war zudem ein herausragender „Scoop“, also eine exklusiv und vor allen Zeitungen gedruckte Topmeldung, welche die anderen Blätter dann übernahmen.

Diese mediale Vermarktungsstrategie prägte alle weiteren Entdeckungsreisen Stanleys. Seine Artikel, Bücher und Vortragsreisen brachten ihm um 1890 sechsstellige Dollar-Honorare ein, und auch in Deutschland erschienen sofort regelmäßige Zeitungsberichte und Übersetzungen seiner Werke. Gerade aus dieser großen Öffentlichkeit, die seine Afrikaexpeditionen erreichten, erwuchs jedoch das Potential für Skandale. Der Journalist Stanley band den „dunklen Kontinent“ so dicht an die europäische Öffentlichkeit, dass die vielfältigen publizistischen Berichte leicht außer Kontrolle geraten und sich gegen die beteiligten Expeditionsteilnehmer selbst richten konnten.

Auch für seine Emin-Pasha-Expedition von 1887/89 lässt sich eine von vornherein geplante journalistische Vermarktung nachweisen. Offiziell organisiert wurde die Reise zwar von einigen Geschäftsleuten, die unter der Leitung von William Mackinnon das *Emin Pasha Relief Committee* bildeten und durch die Expedition den englischen Handel und Einfluss stärken wollten.⁴³ Um die Finanzierung der Reise und eine kontrollierte fortlaufende Berichterstattung zu sichern, schloss das Komitee mit den großen britischen Zeitungen vorher Exklusivabkommen. Die *Times* bekam für 500 Pfund das Recht, zuerst die regelmäßigen Berichte von Stanley zu erhalten, wobei das Komitee den Abdruck der Briefe extra berechnete.⁴⁴ Der *Standard*, der *Daily Telegraph*, die *Daily News* und der *Manchester Guardian* erhielten für Beträge von je 200 bis 500 Pfund zeitgleich von der *Times* die Meldungen.⁴⁵ Zudem verlangte Stanley vertraglich von den Expeditionsteilnehmern, sie dürften sich nicht eigenständig in der Presse äußern. Jede Korrespondenz der Teilnehmer hatte deshalb in London beim Komitee einzugehen, die diese prüfte und gegebenenfalls in redigierter Form der Presse übergab. Ebenso durften die Teilnehmer ihre Erlebnisse auch in Buchform erst sechs Monate nach der Publikation von Stanleys Buch drucken, um entsprechend hohe Verlagshonorare für Stanley zu sichern und ihm auch hier die Deutungshoheit zu gewähren.⁴⁶ Damit war die Reise von vornherein auf unterschiedliche Medienlogiken eingestellt. Aktualität, Exklusivität und der Versuch, Nachrichten zentral zu kontrollieren, standen nebeneinander. Die so

bes. JAMES J. NEWMAN, *Imperial Footprints. Henry Morton Stanley's African Journeys*, Washington 2004, S. 27 u. 49; zum Kontext der „Stunts“: BOLLINGER, *Die goldenen Jahre*, S. 59.

⁴³ Vgl. das Sitzungsprotokoll des Committee of Emin Pasha Relief Expedition (EPRE) 29. 12. 1886, in: SOAS, SCRR PP MS 1 /EPRE/1/2b/53 (Box 93). William Mackinnon war als Direktor der Imperial East Africa Company einer der führenden Köpfe bei der kolonialen Expansion Englands in Afrika.

⁴⁴ Sitzungsprotokoll EPRE 2. 2. 1887, in: SOAS, SCRR PP MS 1 /EPRE/1/2b/53 (Box 93).

⁴⁵ Vgl. rückblickend: Sitzungsprotokoll EPRE 11. 11. 1890, in: SOAS, SCRR PP MS 1 /EPRE/1/2b/53 (Box 93).

⁴⁶ Vgl. zu diesen Verträgen: Harwood an Winton 3. 4. 1889, in: SOAS, SCRR PP MS 1 /EPRE/1/2B/10 (Box 84); Winston an Troup 2. 5. 1889, in: SOAS, SCRR PP MS 1 /EPRE/1/2b/55 (Box 93).

sichergestellten fortlaufenden Berichte schufen jene mediale Aufmerksamkeit und Fallhöhe, die für den Skandal nötig war. Die gewünschte Pressekontrolle, die im Unterschied zu Deutschland im Inselreich ja kaum bestand, organisierte die Expedition quasi privatwirtschaftlich.

Von ihrem Verlauf her war die Expedition zugleich ein Erfolg und ein katastrophaler Fehlschlag. Auf der einen Seite erreichte Stanley sein offizielles Hauptziel, den Gouverneur der ägyptischen Äquatorialprovinz, Emin Pascha, zu befreien, der mit einigen Truppen nach Aufständen eingekesselt war. Da der in Deutschland geborene Emin Pascha durch zahlreiche Medienberichte eine ebenso mythenumwobene Figur war wie Livingstone, konnte Stanley so an seinen ersten „Stunt“ anknüpfen. Zudem gewann er bei der prestigeträchtigen Suche im Kongogebiet den Wettlauf mit der später gestarteten deutschen Expedition von Carl Peters und konnte für sich reklamieren, mit sechs Herrschern Verträge ausgehandelt zu haben, die auch wirtschaftliche Vorteile versprachen. Andererseits dauerte Stanleys Reise viel länger als geplant, die Kosten stiegen immens und die Todesrate war äußerst hoch. Sogar Stanley selbst ging von 311 Toten aus, wobei neben Einheimischen auch einige der englischen Begleiter verstarben.⁴⁷ Die Erfolgsmeldung von Emin Paschas Befreiung wurde dadurch gemindert, dass dieser überhaupt nicht „befreit“ werden wollte und erst nach längerem Zögern Stanley zur Ostküste folgte. Die frühzeitig einsetzenden Zeitungsmeldungen über die Brutalität von Stanleys Begleittruppe trübten die Erfolgsbilanz zusätzlich.

Die Regierung Salisbury hatte sich sicherheitshalber aus der Expedition heraus gehalten. Vermutlich hatte sie für den Fall eines Scheiterns eine ähnliche Krise gefürchtet, wie Premierminister Gladstone sie wenige Jahre zuvor beim Tod des von ihm in den Sudan entsandten General Gordon erlitten hatte.⁴⁸ Diese fehlende direkte politische Verantwortung senkte sicherlich das Potential für einen Skandal. Indirekt hatte die Expedition allerdings durchaus offiziellen Charakter. Die Regierung unterstützte sie, indem sie über die ägyptische Regierung die Hälfte der Kosten gewährte, Schutzbriefe vergab und Verträge sanktionierte, die die Expedition abschloss.⁴⁹ Vor der Abreise erklärte Stanley dem Prince of Wales persönlich sein Vorgehen, und auch die regelmäßigen Berichte über den Verlauf an Premierminister Salisbury zeigten ihre offiziöse Bedeutung.⁵⁰ Ebenso unterstützten einzelne Minister die restriktive Informationspolitik des Komitees.⁵¹ Für den Skandal reichten bereits die Berichte über die

⁴⁷ Als kritische Bilanz zu der Expedition vgl. bereits: IAN SMITH, *The Emin Pasha Relief Expedition 1886–1890*, Oxford 1972, S. 293 f.; McLYNN, Stanley, S. 321.

⁴⁸ Der Kolonialheld Gordon („Chinese-Gordon“) war nicht zuletzt wegen einer Pressekampagne von Stead 1884 von Gladstone zu einer militärischen Mission in den Sudan geschickt worden und dort umgekommen; vgl. SCHULTS, *The Tribute*, S. 66–88.

⁴⁹ Vgl. die Anfrage in: Mackinnon an Dermott 8.1.1890, in: SOAS, SCRR PP MS 1/EPRE/1/2B/12 (Box 84).

⁵⁰ Vgl. die Briefe von Lord Vivian an Salisbury in: Mackinnon Papers, SOAS, Box 88.

⁵¹ Vgl. etwa: Winton (War Office) an Mackinnon 2.4.1889, in: SOAS, SCRR PP MS 1/EPRE/1/2B/30 (Box 86); Lord Vivian an Salisbury in: SOAS, SCRR PP MS 2/EPRE (Box 88).

Brutalität von bislang unbescholtenen bürgerlichen Engländern, die den militärischen Rang eines Major und Leutnants hatten. Der Hauptbeschuldigte, Major Barttelot, war immerhin der Sohn eines Unterhausabgeordneten und hatte bereits Truppen durch den Sudan und Afghanistan geführt. Gerade weil die Presse ihn als „English Officer und Gentleman“ beschrieb, der in den letzten Jahren regelmäßig mit Billigung des Emin Pasha Komitees in den Zeitungen über Stanley berichtet hatte, besaß er die nötige Fallhöhe für einen Skandal.⁵²

Der Skandal entwickelte erst nach der Rückkehr der europäischen Expeditionsteilnehmer im Herbst 1890 seine volle Dynamik, als unterschiedliche Beteiligte über die Medien und ihre Memoiren eine Kontroverse um die Deutung der vergangenen Ereignisse begannen. Erste Meldungen über das brutale Verhalten von Stanleys „Rear Column“ hatten allerdings schon zwei Jahre zuvor eingesetzt. Sie begannen im September 1888 mit den Mutmaßungen über die Todesursache von Major Barttelot, der die Versorgungstruppe von Stanleys Expedition angeführt hatte und von einem afrikanischen Träger erschlagen worden war. So meldete der *Standard* unter Berufung auf den syrischen Übersetzer der Truppe, Barttelots Brutalität habe zu einem Racheakt geführt.⁵³ In der *Times* deutete zugleich eine Zuschrift des Missionars Graham Wilmot-Brooke an, dass die Afrikaner zur Teilnahme an Stanleys Expedition mit brutalster Gewalt gezwungen würden, um Elfenbein auszubeuten.⁵⁴ Diese Meldungen wurden über ebenso verschlungene Wege dementiert, etwa von einer Zuschrift eines Afrikareisenden in einer Brüsseler Zeitung, die dann die *Times* wieder abdruckte.⁵⁵ Ebenso erschienen selbst in dänischen und schwedischen Zeitungen Berichte mit Titeln wie „Ein europäischer Kannibale“.⁵⁶ Berichte aus Afrika von englischen Journalisten spielten dagegen bei diesen Mutmaßungen überhaupt keine Rolle. Der Skandal machte somit deutlich, dass auch um 1890 Zentralafrika für britische Journalisten kein Recherchegebiet war. Vielmehr entstand der Skandal aus afrikanischen Gerüchten von Kolonialreisenden, die in einer europäischen Öffentlichkeit kursierten.

Diese erste Empörung ebte jedoch schnell ab. Denn offensichtlich waren für einen Skandal Sprecher vor Ort nötig, die die Debatte mit kontinuierlichen und aktuellen Beiträgen am Laufen hielten. Die Zuschriften, die einzelne entfernte Beobachter mit großer Verzögerung aus Afrika schickten, reichten bei den aktualitätsfixierten Medien nicht aus, um akzeptierte „Wahrheiten“ zu ermitteln. Der wichtigste Zeuge bei diesen ersten Andeutungen, der syrische Übersetzer aus der Expedition, konnten die englischen Organisatoren der Expedition zudem durch finanzielle Mittel und Drohungen zu einem Widerruf bewegen. Das

⁵² Zit. DAILY TELEGRAPH 10. 11. 1890, S. 4.

⁵³ STANDARD 19. 9. 1888.

⁵⁴ TIMES 20. 9. 1888, S. 3.

⁵⁵ TIMES 24. 9. 1888, S. 5.

⁵⁶ Vgl. die Zusendungen und Übersetzungen in: Cridland an Winton 2. 11. 1888, in: SOAS, SCRR PP MS 1/EPRE/1/2B/27 (Box 86).

Emin Pasha Relief Committee brachte ihn in London dazu, Barttelot öffentlich zu rehabilitieren und dessen Strafmaßnahmen gegen die Afrikaner als absolut notwendig zu bezeichnen.⁵⁷ Der Übersetzer Assad Farran erhielt dafür vom Komitee trotz seines Vertragsbruchs seinen vollen Lohn und eine Einzelkabine für die Schifffahrt von London.⁵⁸ Zudem regte das Komitee an, ihm in Syrien vom Britischen Konsul ein Gehalt zu gewähren.⁵⁹ Einzelne Zeitungen bemerkten zwar die korrupte Medienpolitik des Komitees und hinterfragten den plötzlichen Meinungswechsel.⁶⁰ Die Mehrheit der Presse akzeptierte jedoch vorerst den offiziellen Bericht, ein Afrikaner habe Barttelot erschossen, als er sich nachts über deren Trommeln beschwerte.⁶¹ 1889 überwogen daraufhin wieder die anteilnehmenden fortlaufenden Berichte über Stanley, die jedes Lebenszeichen erfreut aufgriffen und mit ausführlichen Artikeln gespannt seine Expedition verfolgten.

Diese ersten kritischen Töne konnten Stanleys Ruf kaum schmälern. Das zeigte sich besonders bei seiner Rückkehr nach England im Sommer 1890. Obwohl Stanley schon als Junge mittellos in die USA ausgewandert war, wurde er nun als großer Engländer in London begrüßt. Die Queen empfing Stanley, unter den 10 000 Zuschauern bei seinem Vortrag in der Royal Albert Hall war auch die Königsfamilie, bei seiner Hochzeit war Gladstone Trauzeuge und er erhielt die Ehrendoktorwürde von Oxford und Cambridge.⁶² Sein Reisebericht „In Darkest Africa“ verkaufte sich sofort allein 150 000 mal auf Englisch und wurde zudem in zahllose Sprachen übersetzt. Nicht minder triumphal war sein Empfang in den USA, wo er mit einem eigenen Sonderzug seine Vortragsreise in ausverkauften Großveranstaltungen antrat. All dies schuf eine entsprechende Fallhöhe für einen Skandal und lenkte die breite öffentliche Aufmerksamkeit auf seine Expedition.

Für den Ausbruch des Skandals im Oktober 1890 waren ebenfalls nicht die Recherchen von Journalisten, Gerichten oder kolonialkritischen Politikern verantwortlich. Seinen Ausgang nahm er vielmehr, was die Kontingenz der Entstehung von Skandalen belegt, aus einem Streit unter den Angehörigen verstorbener Expeditionsteilnehmer, die über die Zeitungen deren Ehre verteidigen wollten. Insbesondere die Angehörigen des verstorbenen Majors Barttelot und Leutnants Jameson sahen ihre Verwandten öffentlich in ein schlechtes Licht gerückt und gaben Stanley die Schuld an deren Tod, da er zur Mehrung seines Ruhmes die „Rear Column“ zu lange ohne Vorräte und Versorgung habe war-

⁵⁷ DAILY TELEGRAPH 12. 11. 1890, S. 7.

⁵⁸ Secretary EPRE an Consul von Cairo 16. 10. 1888, in: SOAS, SCRR PP MS 1 /EPRE/1/2b/55 (Box 93); Sitzungsprotokoll EPRE 13. 10. 1888, in: ebd.

⁵⁹ Sitzungsprotokoll EPRE 3. 12. 1888, in: SOAS, SCRR PP MS 1 /EPRE/1/2b/53 (Box 93).

⁶⁰ STAR 2. 10. 1888, S. 1; PALL MALL GAZETTE 28. 9. 1888.

⁶¹ Diese Version übermittelte aus dem Lager: Jameson an Mackinnon 3. 8. 1888, in: SOAS, SCRR PP MS 1 /EPRE/1/2b/19 (Box 85).

⁶² Vgl. zu seinem Empfang bereits: SMITH, Emin Pasha, S. 293; NEWMAN, Imperial Footprints, S. 303.

ten lassen.⁶³ Diese Auffassung untermauerten sie mit der Publikation von internen Dokumenten. So edierte Barttelots Bruder posthum dessen „Diaries and Letters“, Jameson Witwe die letzten Briefe ihres Mannes, und überlebende Expeditionsteilnehmer wie Troup, Bonny und Ward druckten ihre Reiseberichte, auf die wiederum Stanley und andere Beteiligten mit Gegenverlautbarungen und weiteren kritischen Enthüllungen antworteten. Neben regelmäßigen Presseverlautbarungen erschienen nun auch diverse Bücher der Beteiligten, die um die Deutung der Ereignisse rangen.⁶⁴ Diese Bücher, die auszugsweise wiederum alle Zeitungen abdruckten, beschrieben die Gewalttaten der jeweils anderen englischen Expeditionsteilnehmer. Mit jedem Vorwurf und Gegenvorwurf kam es zu neuen Enthüllungen, die umso drastischer die koloniale Gewalt mit eindringlichen Einzelbeispielen beschrieben. Zudem versuchten die Beteiligten sich gegenseitig zu widerlegen, so dass auch ohne Gerichtssitzungen Anklagen und öffentliche Zeugenaussagen entstanden.

Die Journalisten hingegen agierten während des Skandals vornehmlich in der Rolle des Kommentators und Moderators. So druckte die *Times* etwa Barttelots Memoiren mit dem Hinweis, diese würden eine Antwort Stanleys erfordern. Tatsächlich diskutierten die Expeditionsmitglieder nun über den Atlantik hinweg per Zeitungsinterviews, die sich wechselseitig, mitunter täglich, aufeinander bezogen. So antwortete Stanley auf Barttelots Veröffentlichung sofort mit einem Interview aus New York, worauf Troup am nächsten Tag in der *Times* reagierte, was wiederum Barttelots Angehörige zu Stellungnahmen herausforderte, die dann Bonny und Ward mit Zuschriften kommentierten.⁶⁵ Diese Aussagen wurden durch Einschätzungen von anderen Kennern der Kolonien ergänzt, etwa von deutscher Seite von Carl Peters und Georg Schweinfurth.⁶⁶ Auch die Journalisten der Qualitätsblätter vermarkteten die Enthüllungen mit sensationellen Ankündigungen. Im Stile von Steads *Maiden Tribute*-Kampagne versprach etwa die *Times*: „These Statements will send a thrill of horror throughout the civilised world.“⁶⁷ Andere Blätter betitelten die Berichte mit „The African Horrors“ oder sprachen von einer „cloud of horror“.⁶⁸ Gerade das herausgestellte Wort „horror“ fasste jene Angstlust gegenüber dem Grauen, die den Artikeln ihre Faszinationskraft und ihr Empörungspotential gaben. „What a season of disaster!

⁶³ Erste Andeutungen von Barttelots Bruders in: *TIMES* 7. 12. 1889, S. 8.

⁶⁴ Vgl. von den gedruckten Memoiren etwa: WALTER GEORGE BARTELLOT (Hrsg.), *The Life of Edmund Musgrave Barttelot, Captain and Major Royal Fusiliers Commander of the Rear Column of the Emin Pasha Relief Expedition*, London 1890 (dt.: *Stanleys Nachhut in Nambuya unter Major Edm. M. Barttelot*, Hamburg 1891); J. S. JAMESON (Hrsg.), *The Story of the Rear Column of the Emin Pasha Relief Expedition by the Late James S. Jameson*, London 1890; HERBERT WARD, *Five Years with the Congo Cannibals*, London 1890; J. ROSE TROUP, *With Stanley's Rear Column*, London 1890; JOHN SCOTT KELTIE, *The Story of Emin's Rescue as Told in H.M. Stanley's letters*, London 1890.

⁶⁵ Vgl. etwa *TIMES* 27. 10. 1890, S. 8; 28. 10. 1890, S. 8; 29. 10. 1890, S. 5.

⁶⁶ *PALL MALL GAZETTE* 11. 11. 1890, S. 4 u. 14. 11. 1890, S. 6.

⁶⁷ *TIMES* 8. 11. 1890, S. 11.

⁶⁸ *DAILY TELEGRAPH* 12. 11. 1890, S. 7; *PALL MALL GAZETTE* 12. 11. 1890, S. 4.

The sickening horrors of the Stanley-Barttelot controversy!“, trug etwa auch Viscount Esher empört in sein Tagebuch ein, als er anscheinend zugleich angezogen und angewidert die Zeitungsdebatte verfolgte.⁶⁹

Der wörtliche Abdruck der Beschuldigungen erleichterte es, Sagbarkeitsgrenzen zu erweitern. Wie beim Prozessbericht und beim *New Journalism* legitimierte die Wiedergabe von Interviewaussagen, Briefen und Memoiren, sonst kaum druckbare Details zu publizieren. Die Leser erfuhren etwa, dass Major Barttelots Logbuch nahezu täglich das Auspeitschen von Afrikanern verzeichnet habe, bei dem verschiedene Männer starben, da sie 200 bis 300 Schläge bekamen. Ebenso sei ein 10-jähriger Junge durch Barttelots Stiefeltritte gestorben. Barttelot sei selbst von dem Mann erschossen worden, dessen Ehefrau er wie andere Frauen zum sexuellen Missbrauch gelegentlich in seiner Hütte festgehalten habe.⁷⁰ Die Erinnerungen gaben den Einzelfällen eine lebhaftere Anschaulichkeit. So berichtete der Expeditionsteilnehmer Bonny etwa ein Gespräch mit Barttelot über einen Afrikaner, dem sie Diebstahl vorwarfen: „If I don't shoot him, I will cut his ears off.“ I replied to this: „What will the people in Europe think of that? Would you like to read an account of this in the papers?“ He said he would not and than we discussed the question as to what should be done.“⁷¹ Schließlich verurteilten sie ihn zu 100 Peitschenhieben, an denen der Afrikaner starb. Einen Nubi, der eine Ziege stahl, wollte Barttelot erst erschießen, begnadete ihn dann aber zu 300 Peitschenhieben, wonach sein Rücken in blutige Stücke zerfiel. Als dieser nach Genesung fliehen wollte, band er ihn laut Erinnerung eines Beteiligten an eine Art Kreuz und erschoss ihn.⁷² Auch wenn diese grausamen Praktiken nicht unbedingt neu waren, markierte diese explizite Gewaltdarstellung in den Massenmedien und die Empörung hierüber einen bisher kaum beachteten Einschnitt in der Kolonialgeschichte.⁷³

An den *New Journalism* der 1880er Jahre knüpften auch die Berichte über die Beteiligung eines englischen Offiziers an einem Kannibalismusakt an. Wie Stanley und andere in den Zeitungen berichteten, habe sein Expeditionsteilnehmer Leutnant Jameson mit dem Sklavenhändler Tippoo Tib über den Kannibalismus gesprochen und gesagt, dass er nicht daran glaube, da noch kein Weißer dies gesehen habe. Tippoo Tib habe entgegnet, dass Jameson es für zwölf Taschentücher aus Baumwolle erleben könne. Daraufhin wurde ein 12-jähriges Mädchen gekauft, in Jamesons Anwesenheit mit einem Messer getötet

⁶⁹ Eintrag Tagebuch Esher 19. 11. 1890, in: CAC, ESHR 2/8.

⁷⁰ Vgl. etwa: PALL MALL GAZETTE 7. 11. 1890, S. 3, 8. 11. 1890, S. 4; TIMES 8. 11. 1890, S. 11, 9. 11. 1890, S. 9.

⁷¹ TIMES 10. 11. 1890, S. 9.

⁷² PALL MALL GAZETTE 17. 11. 1890, S. 6.

⁷³ Keine Erwähnung findet der Stanley-Skandal trotz seiner großen Bedeutung für die Zeitgenossen selbst in umfangreichen Standardwerken wie: ANDREW PORTER (Hrsg.), *The Oxford History of the British Empire*, Bd. 3: *The Nineteenth Century*, Oxford 1999; LAWRENCE JAMES, *The Rise and Fall of the British Empire*, Cambridge 2005 (3. Aufl.); ROLAND OLIVER und ANTHONY ATMORE, *Africa since 1800*, Cambridge 2005 (5. Aufl.).

und aufgegessen.⁷⁴ Jameson habe daraufhin zur Erinnerung einige Bilder davon gemalt und seinen Kollegen im Camp gezeigt. Die emotionalisierenden Elemente der Geschichte – wie etwa das junge Alter des Opfers und der niedrige Preis für ihre Ermordung – erinnerten im hohen Maße an Steads berühmte *Maiden Tribute*-Geschichte von 1885, in der berichtet hatte, wie man in London für fünf Pfund ein 13-jähriges Mädchen zur dauerhaften Verfügung kaufen könne. Ebenso knüpfte auch der Kannibalismusbericht an eine menschliche Urangst an, die schon vorher zahllose Kannibalismusgeschichten aus Schwarzafrika produziert hatte.⁷⁵ Während zunächst die Zweifel an der Geschichte überwogen, erschien sie der Mehrheit der Zeitungen seit November 1890 als wahr, da Stanley und andere Teilnehmer sie stützten. Zudem hatte Jamesons Frau zur Verteidigung ihres toten Mannes Briefe publiziert, die ihn de facto belasteten. Wie Jameson kurz vor seinem Tod in einem Brief berichtet hatte, habe er dem Kannibalismus beigewohnt und gezeichnet, konnte jedoch nicht eingreifen, weil alles so schnell gegangen sei.⁷⁶ Auch wenn er nach seiner eigenen Version den Mord nicht angeordnet hatte, war danach immer noch ein Engländer Komplize kannibalistischer Slavenhändler. Neben Barttelots Gewalträuschen bildete diese Szene eine zweite Ikone für den Rückfall in die Barbarei.

Die öffentliche Debatte, die der Skandal aus diesen Einzelfällen entfachte, verhandelten verschiedene generelle Normen und Deutungen. Sie hinterfragte vor allem die Zulässigkeit der Gewalt gegen Afrikaner. Bereits die ersten vorsichtigen Andeutungen von 1888 entflammten diese Diskussion kurz. Die eher konservativen Blätter verteidigten zunächst die Gewaltanwendung.⁷⁷ Beim neu gegründeten linksliberalen Massenblatt *The Star* führten hingegen bereits diese ersten Andeutungen zu einer massiven Kritik am britischen Kolonialismus:

It is no private interest which is at stake. It is the whole system of opening up Africa – 'rushing up' would be a more appropriate term – by tiny bands of English explorers, personally conducted by cannibals, the villy scum of slave-raiding and slave-trading Africa, who will only stick to their employers so long as they are given a free hand – getting a free hand meaning, in its turn, liberty to shoot, burn, torture and eat aborigines on the way.⁷⁸

⁷⁴ Diese Geschichte bildete in allen Zeitungsberichten den zweiten Hauptanlass der Empörung (neben Barttelots Strafen) und wurde ausführlich dargestellt und diskutiert; vgl. etwa PALL MALL GAZETTE 7.11.1890, S.3.

⁷⁵ Selbstverständlich ist der Kannibalismus-Diskurs älter; vgl. HEDWIG RÖCKELEIN (Hrsg.), Kannibalismus und europäische Kultur, Tübingen 1996.

⁷⁶ Vgl. Jameson an Mackinnon, 3.8.1888, abgedr. in DAILY TELEGRAPH 15.11.1890, S.5; TIMES 15.11.1890, S.11. Diese in den Zeitungen gedruckte Passage entstammte den post mortem gedruckten Briefen von Jameson, die 1890 auch als Buch erschienen; JAMESON, The Story of the Rear Column, S.291. Verschiedene Expeditionsteilnehmer bestritten die Wahrheit der Kannibalengeschichte; vgl. etwa die Aussagen von Troup in: PALL MALL GAZETTE 12.11.1890, S.6.

⁷⁷ Bes. die TIMES; vgl. ihre Leserbriefe ab 15.9.1888; besonders deutlich: „Discipline had to be enforced by flogging – no other means could maintain discipline with such a class of man.“ TIMES 22.9.1888, S.6.

⁷⁸ STAR 2.10.1888, S.1.

Selbst die linksliberale Öffentlichkeit warf somit zunächst den englischen Kolonialisten keine direkte Brutalität vor, wohl aber deren Förderung. Mit dem Verweis auf den Sklavenhandel knüpfte das Blatt zudem an eine Debatte an, die seit dem 18. Jahrhundert durch die Anti-Sklaverei-Bewegung etabliert war.

Nach Offenlegung der Details über die Brutalitäten erschien diese koloniale Gewalt deutlich weniger legitim. Der zunehmend konservativere *Daily Telegraph* tolerierte sie noch am ehesten, als er die Rechte eines kolonialen Eroberers reflektierte: „it may also be necessary that he should strike, flog and occasionally hang indolent treacherous natives under his command“, gestand er zu. Allerdings seien viele große Kolonialisten ohne Gewalt ausgekommen, weshalb auch Stanley und Barttelot nicht über Leben und Tod entscheiden brauchten.⁷⁹ Die Expeditionsteilnehmer rechtfertigten dagegen ihr Verhalten mit Analogien aus dem Kriegesrecht, da auch die Tötung eines desertierten Soldaten gerechtfertigt sei.

In der liberalen Öffentlichkeit führte der Skandal hingegen zu einer vehementen Ablehnung derartiger Praktiken. So forderte die *Pall Mall Gazette* die Bestrafung der überlebenden Expeditionsteilnehmer vor einem Kriegesgericht, da sie unter einem Schutzbrief gereist seien und sich Befugnisse wie Todesstrafen angemäßt hätten, was als Mord zu bewerten sei. Damit wurde die Vorstellung aufgebracht, dass für Schwarzafrikaner und Europäer in Schwarzafrika ähnliche moralische Standards und Gesetze zu gelten hätten wie in England.⁸⁰ In visueller Form legte dies auch eine Karikatur zu dem Skandal im *Punch* nahe, bei der Justitia trauernd am Grab von Jameson und Barttelot stand, während ein Kolonialist sie zu umarmen versuchte.⁸¹ Auch wenn sich kein Konsens über die zulässige Gewalt herausbildete, machten die drastischen Zeitungsberichte insgesamt zumindest deutlich, dass diese Form des Kolonialismus der Vergangenheit angehören müsse.

Ausländische Presseberichte über den Stanley-Skandal förderten diese Einschätzung in England. Gerade die deutschen Zeitungen sparten nicht mit ausführlichen Berichten, die täglich detailliert die grausamen Handlungen schilderten. Insbesondere die konservativen Zeitungen empörten sich über Stanleys Verhalten, meinten damit aber zugleich den englischen Nationalcharakter. Stanley sei es nur um seine Bereicherung gegangen, insbesondere um Elfenbein, nicht aber um Emin-Pasha, der gar nicht von ihm gerettet werden wollte.⁸² In England wurden diese deutschen Artikel wiederum als Argument für einen dringenden Reformbedarf aufgegriffen. Bezeichnenderweise beklagten die Briten noch mehr als den deutschen Spott den der französischen Presse.⁸³ Dies erklärt sich nicht nur aus der älteren Rivalität mit Frankreich, die nun bei der Aufteilung Afrikas neu aufflammte, sondern auch aus dem gerade gegenüber

⁷⁹ DAILY TELEGRAPH 10. 11. 1890, S. 5.

⁸⁰ Aussage Ward in: PALL MALL GAZETTE 22. 11. 1890, S. 6; PALL MALL GAZETTE 10. 11. 1890, S. 5.

⁸¹ PUNCH 22. 11. 1890.

⁸² Vgl. die Artikel in der NEUEN PREUSSISCHEN ZEITUNG 25. 10.–20. 11. 1890, bes. 8. 11. 1890 Nr. 523, S. 2; aber auch etwa: VOSSISCHE ZEITUNG 31. 10. 1890 Nr. 509, S. 2.

⁸³ STAR 10. 11. 1890, S. 1; TIMES 10. 11. 1890, S. 10.

Frankreich artikulierten Anspruch auf moralische Überlegenheit, der in fast allen Skandalen sichtbar wurde.

Die wechselseitige Beobachtung der internationalen Presse verstärkte in England die Auseinandersetzung darüber, inwieweit das Ansehen des Empires und der Anspruch auf moralische Humanität durch den Skandal gefährdet seien. So sah die *Times* in dem Verhalten der Expeditionsteilnehmer „a disgrace to the English name“.⁸⁴ Der *Star* deutete den Skandal als Zeichen eines derartigen moralischen Verfalls, dass die ausländische Kritik gerechtfertigt sei: „The Turks in Armenia, the Bashi Bazouks in Bulgaria never committed more horrible outrages than these [English officers]. [...] In the face of all these stories of horrible and ghastly beastly barbarities we cannot blame the Paris *Débats* for saying that they ,seriously interfere with the Biblical varnish with which pious England likes to cover her most selfish enterprises.“⁸⁵ Die *Pall Mall Gazette*, die unter der Überschrift „Are we a cruel nation?“ das Ansehen des Empires diskutierte, sah in dem Skandal die schlimmsten Vorwürfe „against the reputation of the Anglo-Saxon race for humanity“ seit der Veröffentlichung von *Onkel Toms Hütte*. Obgleich sie das Auspeitschen und Kidnappen im Kongo als Ausnahmen bezeichnete, erwog das Blatt, ob im englischen Charakter ein latenter Hang zur Grausamkeit durch die Sozialisation angelegt sei: „Our innate love for bullying, repressed but always present in English schoolboys as a class, in favourable surroundings develops into ferocious cruelty for cruelty’s sake. [...] School-boy bullying is a purely British institution. It is without parallel on the continent.“⁸⁶ Die Kolonialreiche erschienen damit als Gebiete, in denen sich geheime, sonst unterdrückte menschliche Abgründe zeigen konnten. Dagegen unterstrich Stanley selbst trotz seiner Anschuldigungen die überlegene Humanität der Engländer „in dealing with the Negro races.“ Gerade die Empörung über Barttelots Handeln sah Stanley als Beweis dafür, dass dies eine Ausnahme war, die nun wieder durch moralische Überlegenheit bewältigt werden müsse.⁸⁷ Dennoch dürfte gerade die internationale Vernetzung der Presseberichterstattung mit dazu geführt haben, dass sich die britische Öffentlichkeit umso vehementer von der kolonialen Erschließung mit der Peitsche distanzierte.

Bei der Suche nach den „wahren“ Begebenheiten löste der Skandal zugleich Diskussionen darüber aus, inwieweit Aussagen von Farbigen eine glaubwürdige Quelle für Vorwürfe gegenüber Europäern sein könnten. Dies bezog sich zunächst auf den syrischen Übersetzer der Expedition, der als einer der Urheber der Gewaltberichte galt. Obwohl er als Araber in der rassistischen Abstufung der Zeitgenossen den Schwarzafrikanern übergeordnet war, galten seine Vor-

⁸⁴ TIMES 24. 12. 1890, S. 6.

⁸⁵ STAR 10. 11. 1890, S. 1.

⁸⁶ PALL MALL GAZETTE 25. 11. 1890, S. 1.

⁸⁷ TIMES 9. 12. 1890, S. 8. Die überwiegend respektvolle Behandlung der Afrikaner durch die Briten betont etwa: BERNHARD PORTER, *The Lion’s Share. A Short History of Imperialism 1850–1900*, London 1996, S. 70f.

würfe als wenig glaubwürdig. Der Pariser Korrespondent der *Daily News* interviewte hierzu als Experten einen französischen Kolonial-Gouverneur, der alle Syrer als arrogant und unzuverlässig bezeichnete.⁸⁸ Dagegen sprach die liberale *Pall Mall Gazette* dem Syrer eine gewisse Glaubwürdigkeit zu, da seine Kleidung und sein Stil sehr britisch seien.⁸⁹ Insgesamt überwog jedoch der Tenor, einer derartigen Aussage wenig Bedeutung beizumessen. Erst als europäische Expeditionsteilnehmer die Berichte stützten, wurde der Syrer als ergänzender Zeuge akzeptiert und sein detaillierter Bericht auch in der *Times* abgedruckt.⁹⁰ Als nicht vertrauenswürdig galten generell schwarzafrikanische Zeugen, deren Aussagen kaum Berücksichtigung fanden. Der *Daily Telegraph* bezeichnete deshalb einen Prozess gegen die Expeditionsteilnehmer als schwer denkbar, da er eine „cloud of dark witnesses“ ins Gericht bringen würde, die eine Urteilsbildung verhindere.⁹¹

Kaum verhandelt wurden in dem Skandal dagegen sexuelle Gewalt und sexuelle Beziehungen zwischen Kolonialisten und indigenen Frauen. Stanley und andere deuteten zwar an, dass Bartelots Tod mit seiner gewaltsamen Verfügung über Frauen zusammenhing, aber offensichtlich schien es der englischen Öffentlichkeit leichter, Peitschenhiebe zu thematisieren als die Zwangsprostitution.⁹² Nur einzelne Zeitungsartikel berichteten etwas detaillierter über die Gefangennahme von Frauen, die sich nachts im Raum der Offiziere aufhalten mussten und dann ihren Männern wieder gegen Nahrungsmittel verkauft wurden.⁹³

Stattdessen diskutierte die Öffentlichkeit eher generell den Sinn und Zweck von derartigen Expeditionen. So fragte Henry Laboucheres *The Truth*, ob das hohe Blutopfer berechtigt sei, um noch einen See im Urwald zu verzeichnen.⁹⁴ Gerade die liberalen Zeitungen beschuldigten Stanley, nicht an Entdeckungen oder an der Rettung von Emin Pasha interessiert gewesen zu sein, sondern nur an kommerziellen Interessen. Vor allem die riesigen Elfenbeinvorräte von Enim Pascha und seinem Territorium seien Stanleys Hauptinteresse gewesen, nicht das Leben des kurzsichtigen Naturforschers.⁹⁵ Dies leitete zu jener ökonomischen Kolonialkritik über, die in den 1890er Jahren im hohen Maße Skandalisierungen prägten.

Der Skandal zeigte zudem, dass auch bei der Kolonialberichterstattung eine Kontrolle der Medien fehlschlug. Die Exklusivverträge und die bevorzugte Nachrichtenvergabe an die fünf ausgewählten Qualitätszeitungen sollte ursprünglich eine kontrollierte positive Berichterstattung sichern. Tatsächlich spar-

⁸⁸ DAILY NEWS 11. 10. 1888, S. 5.

⁸⁹ PALL MALL GAZETTE 28. 9. 1888.

⁹⁰ TIMES 14. 11. 1890, S. 9.

⁹¹ DAILY TELEGRAPH 10. 11. 1890, S. 4.

⁹² Zuerst Stanleys Beschuldigung in: NEW YORK HERALD 26. 10. 1890; auch in: TIMES 8. 11. 1890, S. 11.

⁹³ PALL MALL GAZETTE 13. 11. 1890, S. 6.

⁹⁴ TRUTH 11. 4. 1889.

⁹⁵ DAILY NEWS 1. 11. 1890, PALL MALL GAZETTE 30. 10. 1890; TRUTH 6. 11. 1890.

ten auch die *Times*, die *Daily News* oder der *Manchester Guardian* nicht mit Kritik, obgleich sie das Emin-Pasha-Komitee finanziell für ihre Exklusivnachrichten unterstützt hatten. Ebenso gelang es kaum, das vertraglich fixierte Deutungsmonopol für Stanley und das Komitee zu sichern. Die hohe öffentliche Nachfrage nach entsprechenden Meldungen aus Afrika, die Stanleys Medienpolitik selbst mit geschaffen hatte, führte vielmehr frühzeitig zu vielen Berichten von unterschiedlichen Afrikareisenden, die nicht vertraglich gebunden waren. So erschien bereits 1889, vor Abschluss der Expedition, das erste Buch von einem Deutschen.⁹⁶ Ebenso gelang es anderen Zeitungen wie dem *New York Herald*, vor dem Nachrichtenkartell Meldungen von Stanley zu drucken.⁹⁷ Nicht zu verhindern war zudem, trotz der Verträge, die frühzeitige Publikation der Erinnerungen der Beteiligten, die durch die große mediale Nachfrage alle vor der festgelegten Frist erschienen. Die geplante Veröffentlichung von Troups Memoiren 1889 konnte lediglich ein Jahr verzögert werden.⁹⁸ Bezeichnenderweise verzichtete Stanley auf die angedrohte Klage gegen die publikationsfreudigen Expeditionsteilnehmer. Vermutlich wusste er, dass die detaillierten Zeugenaussagen vor Gericht vor allem auf ihn selbst zurückgefallen wären.

Auf den ersten Blick schienen diese wochenlangen Diskussionen über detailliert dargestellte Gewalttaten wenig Folgen zu haben. Da sich die konservative Regierung mit einer direkten Unterstützung zurückgehalten hatte, blieb sie weitgehend außer Gefahr, auch wenn Zeitungen wie die *Pall Mall Gazette* ihre politische Verantwortung anprangerten. Ebenso blieb ein Prozess und damit eine Verurteilung der Offiziere aus, zumal die beiden Hauptbeschuldigten bereits in Afrika verstorben waren. In den Medien verlor der Fall zudem ab Mitte November 1890 langsam an Bedeutung. Das lag nicht zuletzt an der Überschneidung unterschiedlicher Skandale. Vor allem Parnells Ehebruch raubte seit Ende 1889 dem Kolonialskandal viel Aufmerksamkeit. Auch für Stanley selbst schien der Skandal kaum direkte Folgen zu haben. Er vergrößerte eher das Interesse an seinen Vorträgen und seine Berühmtheit. Ohnehin wurde ja weniger ihm selbst als seiner Truppe die brutale Gewalt vorgeworfen.

Dennoch sank Stanleys Reputation zumindest bei Teilen der Öffentlichkeit dauerhaft. Immerhin hatten ihm zahlreiche Zeitungsartikel Ruhmsucht, Ausbeutung, Kooperation mit Sklavenhändlern, die Tolerierung hoher Todesraten unter den afrikanischen Truppen und vor allem die Deckung der Gewalt der britischen Teilnehmer vorgeworfen. Seine widersprüchlichen Aussagen hierzu und seine aggressiven Anfeindungen gegenüber seinen Expeditionsteilnehmer

⁹⁶ J. R. WERNER, *A Visit to the Rear-Guard at Major Barttelot's Camp on the Aruhwimi*, Edinburgh und London 1889. Vgl. die Proteste des Komitees dagegen am 7.5.1889, in: SOAS, SCRR PP MS 1/EPRE/1/2b/55 (Box 93). Tatsächlich ist dieses Buch auch gegenüber Barttelot recht wohlgesonnen.

⁹⁷ Vgl. die Beschwerden in: Walter Wood/*The Standard* an Winton 3.4.1889, in: SOAS, SCRR PP MS 1/EPRE/1/2B/10 (Box 84).

⁹⁸ Vgl. Harwood an Winton 3.4.1889, in: SOAS, SCRR PP MS 1/EPRE/1/2B/10 (Box 84); Woodhouse an Dermott 29.8.1890, in: SOAS, SCRR PP MS 1/EPRE/1/2B/14 (Box 84).

minderten sein Ansehen auf allen Seiten. Kolonialisten hielten ihm vor, dass er überhaupt derartige Veröffentlichungen über die Gewalt in Afrika gemacht habe, selbst wenn sie wahr wären. Eine erneute große Expedition unter Stanley schien nun wenig wahrscheinlich, und er selbst verzichtete darauf. Stattdessen hielt er sich für einige Zeit in den USA auf, wo er sich angemessen empfangen fühlte.⁹⁹ 1891 kam er mit Vortragsreisen nach Großbritannien zurück und wurde ein Jahr später britischer Staatsbürger, um als Kandidat der Unionisten für das Unterhaus zu kandidieren. Wie sehr Stanley als Sinnbild des brutalen Kolonialisten umstritten blieb, zeigten die Proteste bei seinen Wahlkampfauftritten und seine Niederlage bei der Wahl.¹⁰⁰ Bei seiner erneuten Kandidatur 1895 gelang ihm zwar der Einzug, doch es kam erneut zu einigen Angriffen in der Presse. Als *Backbencher* blieb seine Parlamentsarbeit eher unauffällig.

Die entscheidenden Folgen des Skandals lagen jedoch weniger auf dieser individuellen Ebene. Er diskreditierte vielmehr den Typus des kolonialen Eroberers und Entdeckers, den Stanley repräsentierte. Damit hinterfragte der Skandal zugleich die männlich geprägte koloniale Imagination. Das Bild des „kolonialen Retters“, für das Stanley zunächst gestanden hatte, verkehrte sich in die Figur des brutalen Eroberers, den allein Ruhm und Reichtum antrieben. Ebenso verkehrte sich die Figur des kultivierenden Europäers in das Bild des Weißen, der in Afrika in einen vorzivilisatorischen Zustand zurückfällt. Um dies zu verhindern, markierte gerade die Empörung im Skandal einen Übergang von der ungeordneten Besitznahme Afrikas durch kleine Expeditionstruppen hin zu einer geordnet erscheinenden kolonialen Verwaltungsstruktur.

Der Skandal führte darüber hinaus zu einer generellen Verunsicherung über die menschlichen Abgründe, die, so die hier aufgebrachte Annahme, auch in gewöhnlichen Briten steckten und ausbrechen könnten, wenn sie sich in den moralisch entgrenzten Räumen der Kolonien befänden. In der Presse wurde zwar die entlastende Erklärung gesucht, Barttelot sei wohl verrückt gewesen.¹⁰¹ Dennoch formierten die Berichte ein generelles Unbehagen über die menschliche Seele. Joseph Conrads psychologisierender Roman *Herz der Finsternis*, der durch diesen Skandal und die Figur Barttelots maßgeblich inspiriert wurde, gab dieser Verunsicherung einige Jahre später einen besonders prägnanten und wirkungsmächtigen Ausdruck. Die dort beschriebene Kongo-Reise zum Reich des Elfenbeinhändlers Major Kurtz nähert sich nach außen hin der geheimen Welt Afrikas an, stand aber zugleich für eine Reise in die geheime Welt des Unterbewussten.¹⁰² Die breite öffentliche Euphorie für das Empire konnte der Skandal um Stanley zwar nicht erschüttern, aber gleichwohl setzte er einen nachhaltigen Kontrapunkt zur kolonialen Euphorie der 1880er Jahre.

⁹⁹ Stanley an Mackinnon 25. 12. 1890, in: SOAS, SCRR PP MS 1/EPRE/1/2B/218 (Box 55).

¹⁰⁰ McLYNN, Stanley, S. 373.

¹⁰¹ Vgl. etwa: TIMES 10. 11. 1890, S. 9.

¹⁰² JOSEPH CONRAD, *Herz der Finsternis*, Zürich 2004 (Heart of Darkness, London 1899). Die filmische Adaption *Apokalypse Now* (USA 1979) übertrug Conrads Deutung bekanntlich auf den Vietnamkrieg. Zu Conrads und anderen Adaptionen in Romanen vgl.: GREEN, Dreams.

3. BEREICHERUNG IN SÜDAFRIKA: VOM *JAMESON RAID* ZUM *WAR STORES SCANDAL*

Seit den späten 1890er Jahren entzündete sich die britische Kolonialkritik seltener an den Einzeltaten von „kolonialen Kraftmenschen“ wie Stanley. Vielmehr rückten mit der beginnenden Erschließung Afrikas die koloniale Administration und die organisierte Kriegsführung in den Vordergrund. Vor allem die Konflikte in Südafrika bildeten in den Jahren um 1900 einen Kulminationspunkt für die Skandale und Skandalisierungen in Großbritannien. Da die koloniale Expansion gegen die Buren sich gegen „Weiße“ richtete, reagierte die Öffentlichkeit auf Gewalttaten sensibler. Bezieht man die Vor- und Nachgeschichte des Burenkriegs zwischen 1895 und 1905 mit ein, so fällt zudem die starke Fixierung auf den Vorwurf der illegitimen Bereicherung auf. Natürlich war dies ein bekannter Topos der Kolonialkritik, der ja auch beim Skandal um Stanley aufgeflackert war. Im „Scramble for Africa“ gewann er jedoch besonders in Südafrika an Bedeutung.¹⁰³ Die zunehmende öffentliche Präsenz von Linksliberalen und Sozialisten dürfte diese kapitalismuskritische Lesart des Kolonialismus um 1900 zusätzlich verstärkt haben. Nicht minder wichtig war, dass seit 1895 mit Joseph Chamberlain ein Minister die britische Kolonialexpansion leitete, der im besonderen Maße mit ökonomischen Argumenten angreifbar erschien. Denn Chamberlain blieb auch als Minister ein erfolgreicher Geschäftsmann, der durch vielfältige Investitionen sein Vermögen mehrte, wozu etwa größere Aktienanteile am *South African Gold Trust* zählten.¹⁰⁴ Kapitalismuskritik, Korruptionsverdächtigungen und Antikolonialismus gingen damit eine Liaison ein, die künftigen Skandalen den Boden bereiteten.

Zunächst ist jedoch auffällig und erklärungsbedürftig, wie viele Skandalisierungsversuche im Kontext des Burenkonfliktes scheiterten. Ein großer Skandal lag bereits beim Vorspiel zum Burenkrieg in der Luft, dem sogenannten *Jameson Raid* Ende 1895. Leander Starr Jameson war mit Wissen und informeller Unterstützung des Premiers der Kapkolonie, Cecil Rhodes, mit Truppen in die Burenrepublik Transvaal einmarschiert, um einen Putsch auszulösen und so eine Anbindung ans Empire zu erreichen. Allerdings wurde Jamesons Truppe rasch gefangen genommen. Kurz darauf hielten linksliberale Journalisten und Politiker Kolonialminister Chamberlain und Kap-Premier Rhodes ein Mitwissen

¹⁰³ Vgl. als frühes Zeugnis des Bereicherungsvorwurfes: SEYMOUR KEAY, *Spoiling the Egyptians. A Tale of Shame*, London 1882. Entsprechend waren zeitgenössische kritische Lesarten des Burenkriegs ausgerichtet; vgl. etwa: J. A. HOBSON, *The War in South Africa. Its Causes and Effects*, London 1900; DERS., *Imperialism. A Study*, London 1902.

¹⁰⁴ Vgl. als grundlegende Biographie: PETER T. MARSH, *Joseph Chamberlain. Entrepreneur in Politics*, New Haven und London 1994. Etwas knapper, aber ebenfalls quellenfundiert: DENIS JUDD, *Radical Joe. A Life of Joseph Chamberlain*, Cardiff 1993.

über den Einmarsch vor, was diese leugneten.¹⁰⁵ Im Unterhaus und dem dazu eingesetzten *Select Committee* attackierten zudem besonders radikale Abgeordnete in Südafrika aktive Firmen, zur Bereicherung einen Angriff gegen die Burenrepublik zu fördern. Deren Wortführer Henry Labouchere argumentierte zugleich in seiner Wochenschrift *The Truth*, auch Rhodes und Chamberlain seien vornehmlich an den dortigen Bodenschätzen interessiert. Dabei hielt er ihnen vor, durch die koloniale Expansion ihre Aktiengewinne zu verbessern.¹⁰⁶ Den meisten Liberalen waren diese Vorwürfe jedoch zu heikel, zumal sie bis 1895 vielfach selbst mit Rhodes kooperiert hatten, so dass die Kritiker in der Minderheit blieben.¹⁰⁷ Chamberlain selbst entging dennoch nur haarscharf einem folgenswerten Skandal, da er durch das Beseitigen von einigen Telegrammen gerade noch sein tatsächliches Mitwissen über den Putschversuch verheimlichen konnte.¹⁰⁸

Dabei lässt sich abermals eine enge Verbindung zwischen den Kampagnen eines zunehmend investigativen Journalismus und Politikern ausmachen. Wie bei vielen Skandalen zuvor trat auf Seite der Kritiker vor allem der Starjournalist W. T. Stead hervor. Und erneut waren die Grenzen des unabhängigen Journalismus erkennbar: Während Stead aus einer alten Freundschaft heraus Cecil Rhodes schützte und einen ihn belastenden Untersuchungsausschuss verhindern wollte, lenkte er seine Vorwürfe ganz auf seinen alten Widersacher Chamberlain, wobei Stead durch interne Hinweise dessen Verwicklung in den Putschversuch belegen konnte.¹⁰⁹ Um seine investigative Recherche in eine politische Kampagne umzumünzen, verschickte Stead an diverse Politiker vorab das Manuskript seiner Schmähschrift „The History of a Mystery“, die Rhodes reinigen und Chamberlain steinigen sollte. Ebenso traf er sich mit dem radikalen Abgeordneten Labouchere, um ihn mit Informationen zu versorgen und selbst Einschätzungen zu erhalten.¹¹⁰ Stead schickte selbst dem vorherigen liberalen Premierminister Lord Rosebury unaufgefordert Material für dessen Agitation gegen die konservative Regierung.¹¹¹

¹⁰⁵ Diverse Akten mit offiziellen Dokumenten und der Korrespondenz zum Jameson Raid finden sich in: Univ. Birmingham Special Collection, JC 10/2. Nahezu ohne Archivbestände, aber grundlegend zum Ereignisablauf: ELIZABETH LONGFORD, *Jameson's Raid. The Prelude to the Boer War*, London 1982.

¹⁰⁶ Vgl. R. J. HIND, *Henry Labouchere and the Empire 1880–1905*, London 1972, S. 24; A. L. THOROLD, *The Life of Henry Labouchere*, London 1913, S. 390–391. SEARLE, *Corruption*, S. 49 u. 66; MARSH, *Joseph Chamberlain*, S. 401.

¹⁰⁷ Grundlegend zur gesamten politischen Reaktion: JEFFREY BUTLER, *The Liberal Party and the Jameson Raid*, Oxford 1968.

¹⁰⁸ Die Debatte um Chamberlains Wissen über den Putsch wurde bereits untersucht in: MARSH, *Chamberlain*, S. 378–402; JUDD, *Radical Joe*, S. 197.

¹⁰⁹ Vgl. bes. *REVIEW OF REVIEWS* Febr. 1896, S. 117f., sowie fortlaufend in der *REVIEW OF REVIEWS* 1897, bes. S. 2f., 37, 107, 140, 205, 313, 351, 417 u. 546. Bezeichnenderweise war seine wichtigste Schrift ein halbfiktionaler Text: W. T. STEAD, *History of the Mystery or The Skeleton in Blastus's Cupboard*, London 1896. Hinweise zu Stead Agitation, die hier jedoch um einige Quellenfunde ergänzt sind, auch in: JOSEPH BAYLEN, W. T. Stead's 'History of a Mystery' and the Jameson Raid, in: *JOURNAL OF BRITISH STUDIES* 4 (1964), S. 104–132.

¹¹⁰ Vgl. auch die Briefe Laboucheres an Stead, in: *Churchill Archives/Cambridge*, Stead 1–45.

¹¹¹ Rosebury an Stead 25. 11. 1896, in: CAC, Stead 1/63.

Wiederum suchte Stead sogar die Nähe derjenigen Politiker, die er bekämpfte. Chamberlain lehnte es jedoch ab, sich mit Stead zu treffen oder seine Beweise anzusehen – vor allem, weil er Stead seit dessen Kampagne gegen seinen Freund Dilke verachtete.¹¹² Dennoch kam es selbst in diesem Fall zu der für England typischen Gesprächsbereitschaft zwischen Politikern und kritischen Journalisten. Vor allem der konservative Fraktionsvorsitzende Arthur Balfour versuchte, Stead mit diversen persönlichen Briefen zu beruhigen.¹¹³

Diese Interaktion zwischen Journalisten und Politikern zeigte sich auch auf der anderen Seite. Hier setzte sich vor allem die *Times* mit äußerstem Engagement für Chamberlain ein und kooperierte eng mit dem Kolonialministerium. Chamberlain stand von Beginn an im regelmäßigen Kontakt zu der Afrikaredakteurin der *Times*, Flora Shaw. Da die *Times* sie auf Vorschlag des Kolonialministeriums eingestellt hatte und Chamberlain einer der aktivsten Medienpolitiker war, mag diese enge Beziehung wenig erstaunen.¹¹⁴ Bezeichnenderweise war die Journalistin nicht nur vorher in den *Jameson Raid* eingeweiht, sondern die *Times* bot sich erneut vorausseilend als Verlautbarungsorgan an, um den Putsch am gleichen Tag in der gewünschten Form mit einem fingierten Hilferuf aus der Burenrepublik zu rechtfertigen. Die enge Verbindung zwischen der Regierungspolitik und der *Times* zeigte sich auch darin, dass sich ihr Management in der Journalistenzunft für Chamberlain einsetzte und versuchte, die Pressebeichterstattung über ihn zu verbessern. Dem Journalisten und Herausgeber des *Spectators*, John Loe Strachey, der kritisch über Chamberlains Aktiengeschäfte berichtet hatte, versicherte der *Times*-Manager Moberly Bell etwa nachdrücklich die Haltlosigkeit der Vorwürfe: „I can only say that after patient searching with average intelligence that we never found a vestige of evidence which would justify such a suspicion.“¹¹⁵ Ebenso verteidigte der *Times*-Manager Cecil Rhodes Verhalten gegenüber Strachey und Labouchere mit dem Argument, es sei normal, einen bestimmten Aktienanteil für Freunde zu reservieren.¹¹⁶ Wie sehr sich die *Times*-Redakteurin Shaw dem Kolonialminister und Rhodes andiente, belegen auch die Briefwechsel, die 1897 im *Select Committee* verlesen wurden und die *Times* insgesamt bloßstellten.¹¹⁷ Chamberlain lancierte über die Redakteurin

¹¹² Memorandum Stead für Hawsley, in: CAC, Stead 5/3.

¹¹³ Vgl. die Anschreiben von Balfour an Stead, in: CAC, Stead 1/4. Weitere besänftigende Zuschriften von anderen Politikern: an Stead o.D. (Saturday), in: CAC, Stead 5/5

¹¹⁴ Dieser Hinweis bereits in: HISTORY OF THE TIMES 1884–1912, S.161f. Zu ihrer Vita: DOROTHY HELLY und DOROTHY CALLAWAY, Journalism as Active Politics: Flora Shaw, The Times and South Africa, in: DONAL LOWRY (Hrsg.), The South African War Reappraised, Manchester 2001, S.50–66.

¹¹⁵ Bell an Strachey 15.2.1896, in: House of Lords Record Office (HLRO), Strachey Papers, STR 2/9/2.

¹¹⁶ Bell an Strachey 22.2.1896 und 26.2.1896, in: HLRO, Strachey Papers, S 2/9/4f.

¹¹⁷ „Can you advise when will you commence the plans, we wish to send at earliest opportunity sealed instructions representative of the London Times European capitals; it is most important using their influence in your favour, Flora Shaw.“ Abgedr. in: HISTORY OF THE TIMES 1884–1912, S.232. Dort abgedruckt auch der rechtfertigende Artikel für den Einmarsch aus der Burenrepublik, der Jameson zur Rettung von Frauen und Kinder zum Einmarsch herbei rief: ebd., S.211.

regelmäßig seine Positionen in die Medien. Der *Jameson Raid* bedeutete somit im Grunde genommen abermals eine Blamage für die *Times*, da sie, wie sich herausstellte, mit dem Abdruck eines gefälschten Briefes einen Gewaltakt unterstützte und durch die Verwicklung ihrer Redakteurin ihr Ansehen als unabhängige Instanz Schaden erlitt. Die vorausseilende Zusammenarbeit zwischen Journalisten und Politikern, die sich sowohl bei den Kritikern als auch die Unterstützern des Kolonialministers zeigte, spricht dabei erneut gegen die oft formulierte Annahme einer wachsenden Trennung von Politik und Presse.

Da die Kritiker beim *Jameson Raid* in der Minderheit bleiben, die Beweislage gegenüber Chamberlain unklar war und sich keine breite Empörung über ihn einstellte, konnte der Kolonialminister seinen Posten behalten. Lediglich Cecil Rhodes musste seinen Posten als Premier der *Cape Colony* verlassen, nachdem seine Verwicklung deutlich geworden war. Neben Jameson wurden fünf Offiziere und ein Oberst gerichtlich verurteilt und entlassen.¹¹⁸ Obgleich insbesondere Steads Kampagne diesmal auf investigativen Recherchen beruhte, blieb seine Agitation damit relativ folgenlos. Er erreichte lediglich, dass Chamberlain unter Rechtfertigungszwang geriet. Die Liberalen um William Harcourt hielten sich dagegen zurück, obwohl sie von Chamberlains Wissen um den Putsch ausgingen.¹¹⁹ Gerade der regelmäßige Wechsel der Regierungsmacht dürfte im Unterschied zu Deutschland dazu beigetragen haben, dass eine harte Fundamentalkritik mit skandalösen Beschuldigungen ausblieb, da sie sich an der Mehrheitsstimmung der Öffentlichkeit orientierte.

Wie sehr weite Teile der Öffentlichkeit die imperiale Politik in Südafrika stützten, zeigte sich auch im Burenkrieg selbst. Der weit überwiegende Teil der Zeitungen stellte sich hinter den Angriff gegen die Buren, wohingegen von den größeren Blättern nur der *Manchester Guardian* und die Arbeiterzeitung *Morning Leader* die Anliegen der Buren vertraten und sich gegen die Kriegspolitik der Regierung richteten.¹²⁰ W. T. Stead, der sich ebenfalls frühzeitig gegen den Krieg positionierte und sogar ein Blatt namens *War against War in South Africa* gründete, blieb erneut, trotz seines großen Namens, recht einflusslos und wurde zunehmend zum Außenseiter.¹²¹ Auch seine persönlichen Treffen mit dem liberalen Oppositionsführer Campbell-Bannerman, dem er erneut Belege gegen Chamberlain vorlegte, sicherten Stead keine breitere Unterstützung bei den Liberalen.¹²² Seine mitunter scharfen Briefe, die er an den Premierminister und einige Minister schickte, blieben anscheinend bewusst

¹¹⁸ Unterlagen zu dem Fall und den Verurteilungen in: TNA, WO 108/414.

¹¹⁹ Diese Zurückhaltung der Liberalen unter Harcourt belegt durchweg die Studie von: BUTLER, *The Liberal Party*.

¹²⁰ DENIS JUDD und KEITH SURRIDGE, *The Boer War*, London 2002, S. 239f.

¹²¹ Stead begann seine Antikriegskampagne schon vor Kriegsbeginn, wobei er Chamberlains Kriegsplanungen mit dem Dreyfus-Skandal verglich, da letzterer ebenfalls als Angehöriger einer „unpopular race“ verfolgt würde; vgl. DERS., *Shall I Slay My Brother Boer? An Appeal to the Conscience of Britain*, London 1899, S. 6.

¹²² Zur Reaktion der Liberalen vgl. BUTLER, *The Liberal Party*, S. 235f.

unbeantwortet.¹²³ Die kriegsbegeisterten Zeitungen erhöhten dagegen ihre Auflagen. Insbesondere die 1896 vom späteren Lord Northcliffe gegründete *Daily Mail* stieg gerade durch ihre patriotische Unterstützung des Krieges zur auflagenstärksten Zeitung auf, die erstmals die Millionengrenze überschritt.¹²⁴

Dennoch kam im Zuge des Krieges eine Imperialismuskritik auf, die an die vorherigen Skandalisierungen gegen das Kolonialministerium anknüpfte und die Kriegsbegeisterung zu bremsen versuchte. Sie richtete sich zunächst erneut gegen die Korruption und den Profit, den insbesondere Kolonialminister Chamberlain aus dem Krieg ziehen würde. Wiederum bestand eine enge Interaktion zwischen Politikern und Journalisten. Von politischer Seite untersuchte zwischen Mai und August 1900 ein *Select Committee on War Office Contracts* elf Firmen auf Irregularitäten – etwa auf übersteuerten Preise, minderwertige Ware und Bestechung von Inspektoren. Tatsächlich konnte das Komitee in einigen Fällen Bestechungen feststellen.¹²⁵ Die radikalen Liberalen verdächtigten besonders die Firma Kynoch & Co, der Chamberlains Bruder vorstand, weil sie Angebote revidieren konnte und trotz hoher Preise und schlechter Qualität Zuschläge bekam. Radikale Journalisten trieben diese Vorwürfe weiter voran. Insbesondere der sozialistische *Morning Leader* erwies sich als investigativer Ankläger. Er veröffentlichte detaillierte Informationen über die minderwertige Qualität der Kynoch-Produkte und über den Aktienbesitz von 140 000 Pfund, den Chamberlains Familie an ihr habe. Detaillierte Listen über ihre Aktien veranschaulichten die Verquickung und ihren Reichtum. Ebenso berichtete das Blatt über die Geschäfte von Chamberlains Sohn, dessen Firma Hoskins & Sons bis vor kurzem die Armee ausgestattet hatte.¹²⁶ Chamberlain habe zudem aus seinem politischen Wissen bei Aktienspekulationen profitiert. Damit übernahm das linke Blatt die Rolle des investigativen Anklägers, die gerade im Krieg die bürgerlichen Blätter nicht mehr innehatten. Obgleich die Journalisten auf diese Weise Chamberlain mit Korruption in Verbindung brachten, vermied das Blatt jedoch aus Angst vor kostspieligen Verleumdungsklagen direkte persönliche Vorwürfe.¹²⁷ Ähnlich wie bei der deutschen Presse zeigte sich hier ein formeller Kodex, um diese britische Form der

¹²³ So hielt er Salisbury vor, er erstrebe die Kapitulation der Buren, „[...] by systematically torturing their women and children to death by first burning their homes, then destroying their means of subsistence then herding them in huge pestilence camps where children perish for the lack of milk [...]“. Stead an Salisbury 3.7.1901 und Notiz Salisbury, in: NL Salisbury, Hatfield House. Balfour, der einen ähnlichen Brief erhielt, verzichtete in Absprache mit dem Premierminister ebenfalls auf eine Antwort. Notiz für Salisbury 9.7.1901, ebd.

¹²⁴ Vgl. TAYLOR, *The Great Outsiders*, S.39–54; CATHERINE HUGHES, *Imperialism, Illustration and the Daily Mail 1896–1904*, in: MICHAEL HARRIS und ALAN LEE (Hrsg.), *The Press in English Society from the Seventeenth to Nineteenth Centuries*, Rutherford 1986, S.187–200.

¹²⁵ Zur Einsetzung, Zusammensetzung und zum Bericht vgl. die TIMES in der Zeit zwischen dem 9.5.1900, S.12 und 8.8.1900, S.4. Knappe Hinweise bei: DOIG, *Corruption*, S.75.

¹²⁶ Vgl. MORNING LEADER 3.8.1900, S.4 u. 18.9.1900, S.3. Wichtige Hinweise bereits in: SEARLE, *Corruption*, S.52–62. Nur erstaunlich knapp erwähnt ist die Kynoch-Affäre in: JUDD, *Radical Joe*, S.226; MARSH, *Chamberlain*, S.502f.

¹²⁷ Vgl. zu der Schwierigkeit, daraus eine Verleumdungsklage zu machen, Chamberlains Aufzeichnungen von 15.12.1900 in: Univ. Birmingham Special Collection, JC12/2/2.

Zensur zu umgehen. Dennoch erreichten die Verwandten Chamberlains erfolgreiche Verleumdungsklagen.¹²⁸

Im Unterhaus griff vor allem der junge radikalliberale Abgeordnete Lloyd George die Anklagen des *Morning Leaders* auf. Er erweiterte sie mit einer parlamentarischen Rhetorik, die, wie in Shakespeares Brutus-Rede, die Ehrenhaftigkeit Chamberlains zugleich betonte und diskreditierte. Auch Lloyd George kritisierte den Krieg nicht aus pazifistischen Motiven heraus, sondern als Akt der Korruption.¹²⁹ Die liberalen Kampagnen gegen Chamberlain und den Burenkrieg wurden durch den von Lloyd George mit ausgehandelten Aufkauf der *Daily News* verstärkt, die sich nun, dank einer Finanzhilfe des Schokoladenfabrikanten Cadbury, zum Blatt der Kriegsgegner entwickelte.¹³⁰ Auffällig ist dabei, dass diese linksliberale Kritik mitunter durchaus antisemitische Untertöne aufwies, wenn sie sich etwa gegen den internationalen Kapitalismus von „Jewburg“ richteten.¹³¹ Antideutsche Töne kamen hinzu, da bereits die Namen einiger Unternehmer eine deutsche Abstammung verrieten. Trotz dieser Mischung aus Populismus und detaillierten Finanzaufstellungen verpufften diese Skandalisierungen jedoch, was nicht zuletzt die geringe Wirkungsmacht des Antisemitismus in Großbritannien zeigte.

Abgefedert wurden die Vorwürfe auch durch Chamberlains gewandten Umgang mit den Medien. Schon vor Kriegsbeginn hatte der Kolonialminister seine Verbindungen zur Presse weiter intensiviert. Mit der Nachrichtenagentur Reuters hatte er den Ausbau des wechselseitigen Informationsflusses und den täglichen Besuch eines Reuters-Journalisten im Ministerium vereinbart, um Meldungen oder Korrekturen aufzunehmen.¹³² Ebenso pflegte Chamberlain guten Kontakt zu dem neuen Großverleger Alfred Harmsworth, dem späteren Lord Northcliffe. Wie sehr er auf ihn einging, berichtete ein Journalist Northcliffe nach einem Gespräch mit Chamberlain: „Joseph continues very anxious to meet your views [...] He stated that he values your support very highly, and is much in debt for your proposal. [...] I think he will do all he can do to meet you.“¹³³ Mit seinen *Popular Politics* sah Chamberlain sich generell als ein Geistesbruder der Großverleger. „Just as Harmsworth knows what the public want to read,

¹²⁸ Aufzeichnungen zu TIMES 21.3. und 27.3.1901 in: Univ. Birmingham Special Collection, JC12/2/2.

¹²⁹ Gleiches galt für den Sozialisten Keir Hardie; vgl. KENNETH O. MORGAN, Lloyd George, Keir Hardie and the Importance of „Pro-Boers“, in: SOUTH AFRICAN HISTORICAL JOURNAL 41 (2000), S. 290–311.

¹³⁰ Vgl. bereits: JOHN GRIGG, Lloyd George and the Boer War, in: A. J. A. MORRIS (Hrsg.), *Edwardian Radicalism 1900–1914. Some Aspects of British Radicalism*, London 1974, S. 13–25; STEPHEN KOSS, *Fleet Street Radical. A.G. Gardiner and the Daily News*, London 1973, S. 40.

¹³¹ Vgl. die Hinweise bei: COLIN HOLMES, *Anti-Semitism in British Society 1876–1939*, London 1979, S. 67–69.

¹³² Engländer (Reuters) an Chamberlain 26. 5. 1897, in: Univ. Birmingham Special Collection, JC 6/4m/2.

¹³³ Wilson an Northcliffe 1. 10. 1903, in: BL, Northcliffe Mss. Add. 62201:1. Vgl. generell zu ihrer Beziehung: THOMPSON, Northcliffe, S. 32.

so I know what the elector wants; it is an instinct in both of us.“¹³⁴ Bei den konkreten Skandalisierungsversuchen wandte sich Chamberlain persönlich an kritische Journalisten. Den Herausgeber des *Spectator*, John Strachey, lud er etwa zum Dinner ein und schrieb ihm mehrere rechtfertigende Briefe.¹³⁵ Auch wenn Strachey darauf beharrte, enge Verwandte von Ministern sollten keine Geschäfte im Kontext der Regierungspolitik machen, so förderten die Briefe zumindest einen respektvollen Umgang.¹³⁶ Zudem reagierte Chamberlain auf die Vorwürfe mit einer Gegenskandalisierung und hinterfragte den Aktienbesitz der Liberalen. Die *Times* flankierte offensichtlich seine Strategie. Sie sprach Chamberlain von jeglichem begründeten Verdacht frei und erwog spöttisch, auch als Drohung an die Liberalen, die Offenlegung aller Aktienanteile von Regierungsmitgliedern der letzten 30 Jahre.¹³⁷ Die zunehmenden Kriegserfolge überdeckten die Vorwürfe zusätzlich. Wie begrenzt die Wirkung dieser ersten Skandalisierung war, zeigte sich nicht zuletzt der Ausgang der vom Burenkrieg geprägten Wahlen im Herbst 1900, die die Liberalen deutlich verloren.¹³⁸

Dass Regierungen im Krieg nur schwer mit Skandalen zu treffen waren, zeigte sich selbst bei der Aufdeckung der grausamen Kriegsführung in Südafrika. Im Burenkrieg berichteten rund 300 bis 400 Kriegsberichterstatter aus aller Welt, vornehmlich aus Großbritannien und den USA. Obgleich sie prinzipiell der britischen Zensur unterlagen, ließ sich diese durchaus umgehen. Als kritische unabhängige Journalisten, die etwa Gewalt an der Zivilbevölkerung anprangerte, verstanden sich die britischen Journalisten jedoch kaum.¹³⁹ Dementsprechend war es kein Journalist, sondern die englische Krankenschwester Emily Hobhouse, die die skandalösen Berichte über die britischen „Concentration Camps“ an die Öffentlichkeit brachte.¹⁴⁰ Als Leiterin des *Women's Branch of the South Africa Conciliation Committee* hatte sie in den Camps Hilfsmittel an Frauen und Kinder verteilt und anschließend 1901 in öffentlichen Reden und Publika-

¹³⁴ So ebenfalls wiedergegeben in: Wilson an Northcliffe 1. 10. 1903, in: BL, Northcliffe Mss. Add. 62201:1.

¹³⁵ Vgl. die Korrespondenz Strachey – Chamberlain 3. 3.–8. 3. 1900, in: HLRO, Strachey Papers, STR 4/6/11.

¹³⁶ Vgl. bes. Strachey an Chamberlain 21. 8. 1900, in: HLRO, Strachey Papers, STR 4/6/13. Strachey an Chamberlain 23. 8. 1900, in: Univ. Birmingham Special Collection, JC12/2/2; so schrieb Strachey hier: „I never doubted your patriotic devotion and absolute rectitude of intention and action.“

¹³⁷ TIMES 11. 12. 1900, S. 11.

¹³⁸ Dass die Kriegsbegeisterung auch bei unteren Schichten das Wahlverhalten von 1900 prägte, betont: PAUL READMAN, *The Conservative Party, Patriotism, and British Politics. The Case of the General Election of 1900*, in: JOURNAL OF BRITISH STUDIES 40 (2001), S. 107–145.

¹³⁹ Zu der Kriegsberichterstattung vgl. RAYMOND SIBBALD, *The War Correspondents: the Boer War*, Stroud 1993; JACQUELINE BEAUMONT, *The British Press and Censorship during the Boer War*, in: SOUTH AFRICAN HISTORICAL JOURNAL 41 (2000), S. 267–289; STEINSIECK, *Ein imperialistischer Medienkrieg*. Vgl. mit Blick auf die Reuters Berichte: SIMON J. POTTER, *News and the British World: The Emergence of an Imperial Press System, 1876–1922*, Oxford 2003, S. 112.

¹⁴⁰ Zu ihrem gut dokumentierten Wirken vgl. EMILY HOBHOUSE, *Boer War Letters*, hrsg. v. RYKIE VAN REENEN, Cape Town und Pretoria 1984.

tionen Berichte über die katastrophalen Zustände verbreitet. Immerhin kamen von den rund 160 000 eingesperrten Buren mindestens 25 000 um – überwiegend Frauen und Kinder.¹⁴¹

Verschiedene linksliberale Politiker und Journalisten griffen Hobhouse' Berichte auf, um einen Skandal auszulösen, der die Kriegsführung stoppen sollte. Journalisten und Politiker arbeiteten dabei erneut eng zusammen. Da der Bruder von Emily Hobhouse für den *Manchester Guardian* schrieb, der sich unter dem Herausgeber C. P. Scott gegen den Krieg engagierte, konnte das Blatt seine Schlüsselrolle in der Anti-Kriegs-Agitation ausbauen. Scott wiederum kooperierte in der einsetzenden Kampagne eng mit dem liberalen Oppositionsführer Campbell-Bannerman und dem Nachwuchspolitiker Lloyd George.¹⁴² Mit C. P. Scott trat dabei erneut ein Journalist hervor, der zugleich Abgeordneter war und durch diese Doppelfunktion öffentliche Kampagnen vorantrieb. Sein *Manchester Guardian* druckte Teile des Berichts ab, und Campbell-Bannerman klagte in seiner berühmten Unterhausrede die Zustände in den Lagern als „methods of barbarism“ an. Ihre Anfragen nach den Todesraten bezogen sich vor allem auf „white persons“, was das Skandalpotential vergrößerte.¹⁴³ Damit engagierten sich Stead und Scott gegen die mehrheitliche Meinung der Leser, was unterstrich, dass es diesen Ausnahmejournalisten nicht um hohe Auflagen, sondern um politische Ziele und Debatten ging. Ebenso griff *Reynolds's Newspaper* emotionalisierend die Vorwürfe auf. So druckte sie unter der Überschrift „Our War on Women and Children. One of the victims“ das Bild eines völlig ausgemergelten Jungen auf dem Sterbebett ab und warb mit Auszügen für Hobhouse' Broschüre.¹⁴⁴ Auch Hobhouse' Schrift zog dabei ihre schockierende Wirkung daraus, dass sie über einzelne Frauen und Kinder im Sterben berichtete und damit abstrakte Kriegsgrausamkeiten anschaulich greifbar machte.

Die Mehrheit der Presse, allen voran die *Times* und die *Daily Mail*, stellte sich dennoch klar auf die Seite der Regierung und lehnte Hobhouse' Bericht und den Barbarei-Vorwurf als überzogen ab. Vielmehr gaben diese Blätter der Nachlässigkeit der Mütter die Schuld an den toten Kindern und berichteten stattdessen über die großzügige Versorgung der Kriegsgegner.¹⁴⁵ Ebenso blieb Lord

¹⁴¹ JUDD/SURRIDGE, *The Boer War*, S. 196.

¹⁴² Scott an Campbell-Bannerman 28.11.1900, Campbell-Bannerman an Scott 1.2.1902 in: BL, Campbell-Bannerman MS Add. 41236; Stead an Campbell-Bannerman 15.8.1901, in: ebd. Vgl. auch: MARK HAMPTON, *The Press, Patriotism, and Public Discussion*. C. P. Scott, the *Manchester Guardian* and the Boer War, in: *HISTORICAL JOURNAL* 44 (2001), S. 177–197.

¹⁴³ Vgl. bes. die Unterhausdebatten am 17. 6., 21. 6. u. 24. 6. 1901 Hansard's *Parliamentary Debates* Bd. 44, Sp. 541, 573, 597, 887, 1053.

¹⁴⁴ REYNOLDS'S *NEWSPAPER* 23. 6. 1901, S. 4. Ein ähnliches Bild in: REYNOLDS'S *NEWSPAPER* 7. 7. 1901, S. 6. Bei Studien, die den kaum vorhandenen Protest gegen den Krieg in den britischen Medien betonen, wird das Massenblatt *Reynolds's Newspaper* stets übersehen, obwohl es sich mit ausführlichen Artikeln gegen den Krieg wandte.

¹⁴⁵ Vgl. *Times* 26. 6. 1901, S. 14 u. 2. 7. 1901; zur *Daily Mail*: TAYLOR, *The Great Outsiders*, S. 70. Zur öffentlichen Debatte über die *Concentration Camps* vgl. PAULA M. KREBS, *Gender, Race, and the Writing of Empire*. *Public Discourses on the Boer War*, Cambridge 1999, S. 32–54. Im

Kitchener, der für diese brutale Kriegsführung maßgeblich verantwortlich war, in der Öffentlichkeit weiterhin ein Kriegsheld.¹⁴⁶ Obgleich die Grausamkeit der britischen Kriegsführung durchaus publik wurde, galt sie folglich nur bei kleineren Teilen der Öffentlichkeit als ein skandalöser Normverstoß. Die Konzentrationslager blieben damit zunächst eher Gegenstand einer politischen Debatte als eines emotionalisierenden Skandales. Vielleicht lag dies auch daran, dass diese Auseinandersetzung zunächst vornehmlich mit Statistiken geführt wurde und weniger mit einzelnen Geschichten wie sonst bei Skandalen üblich. Lediglich der fortlaufende Verweis auf die sterbenden Kinder trieb die Empörung voran.

Zugleich minderten die Gegenskandalisierungen der konservativen Politiker und verschiedener Zeitungen die Vorwürfe ab. Artikel über Erschießungen, die die Buren angeblich an Verletzten vornahmen, wogen anscheinend die Anklagen auf. Gleiches galt für den ebenfalls von einer Frau verfassten Regierungsbericht über die Lager, demzufolge die Buren die tödlichen Seuchen in den Lagern durch ihre Schmutzigkeit selbst auslösen würden.¹⁴⁷ Immerhin konnten die von Hobhouse ausgestoßenen Proteste jedoch bewirken, dass die Regierung die Zustände untersuchte, Verbesserungsvorschläge aufnahm und sich so die Todesrate in den letzten Kriegsjahren senkte. Mit dem Ende des Krieges nahm zudem auch die Kritik in den Zeitungen zu. Die Berichte über die *Concentration Camps* und die toten Zivilisten häuften sich nun, wobei besonders die *Times* weiterhin die britischen Kriegsverbrechen und Toten ignorierte.¹⁴⁸ Dass diese Nachrichten jedoch keine schlagartige Empörung gegen die Regierung auslösten, lag vermutlich an dem geringen Neuigkeitswert der Meldungen. Sie führten eher zu einer kontinuierlichen Unzufriedenheit, die nicht plötzliche Rücktritte, sondern künftige Verluste bei Wahlen förderte.

Wesentlich stärkere Kritik am Burenkrieg formulierte die Öffentlichkeit auf dem europäischen Kontinent. Obgleich sich die deutsche Regierung mit Kommentaren zurückhielt, um die außenpolitischen Beziehungen nicht zu gefährden, warfen die deutschen Zeitungen nahezu einhellig und kontinuierlich den Engländern vor, aus Geld- und Machtgier furchtbarste Kriegsgräuere an den Buren zu verüben.¹⁴⁹ Die Zuschauer bei Filmberichten zum Krieg feuerten die Buren auf

Unterschied zu Krebs ist aber zu betonen, dass Hobhouse' Berichte selbst in der *Times* wiedergegeben wurden. Von einem Ausblenden der tödlichen Gewalt in den britischen Medien, die verschiedene Studien betonten, kann man somit nicht sprechen; so jedoch etwa: GLENN R. WILKINSON, *Depictions and Images of War in Edwardian Newspapers, 1899–1914*, London 2003, S. 132f.

¹⁴⁶ KEITH SURRIDGE, *More than a Great Poster: Lord Kitchener and the Image of a Military Hero*, in: *HISTORICAL RESEARCH* 74 (2001), S. 298–313.

¹⁴⁷ Vgl. den positiv gefärbten offiziellen Bericht „Report on the Concentration Camps in South Africa by the Committee of Ladies“, in: Univ. Birmingham Special Collection, JC 33/3/4.

¹⁴⁸ KENNETH O. MORGAN, *The Boer War and the Media (1899–1902)*, in: *TWENTIETH CENTURY BRITISH HISTORY* 13 (2002), S. 1–16, bes. S. 3.

¹⁴⁹ Vgl. GEPPERT, *Pressekriege*, S. 125–132; ULRICH KRÖLL, *Die internationale Buren-Agitation 1899–1902. Haltung der Öffentlichkeit und Agitation zugunsten der Buren in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden während des Burenkrieges*, Münster 1973.

der Leinwand an,¹⁵⁰ und die Presse druckte äußerst detaillierte Schilderungen über die ‚bestialische‘ Gewalt der Briten, was sonst eher bei Berichten über Kriegsgegner üblich war.¹⁵¹ Auch im Umfeld des deutschen Kaisers deutete man den Krieg mit dem „schmutzigen Geldinteresse“ und skandalösen Verstrickungen der Briten. Verlören die Engländer den Krieg, so Prinz Albert, „würde ein Panama folgen, ärger als das französische.“¹⁵² Die von der Polizei aufgezeichneten Kneipengespräche zeigen ebenfalls eine starke Empörung über das britische Vorgehen, wobei die Gespräche besonders emotionale Gewaltberichte aus der Presse aufgriffen. So beklagten einige Gäste, dass Großbritannien „Frauen und Kinder gemordet hat, um einen Volksstamm mit Haut und Haaren auszurotten.“¹⁵³

Ähnlich wie der Stanley-Skandal verstärkte der Burenkrieg damit die deutsche Vorstellung von den zwei Gesichtern Großbritanniens, dessen „dunkle“, geheime Seite nun erneut offenbar würde. Als Chamberlain im Oktober 1901 das Vorgehen in Südafrika, ähnlich wie ein *Times*-Leserbrief kurz zuvor, damit rechtfertigte, die deutschen Soldaten hätten im deutsch-französischen Krieg weitaus schlimmere Gewalt verübt, kulminierten die emotionalen Proteste in Deutschland. Hunderttausende Menschen kamen zu öffentlichen Protestversammlungen zusammen und die Reichsregierung erhielt zahllose Protestresolutionen.¹⁵⁴ Damit bildete allerdings nicht mehr allein die Gewalt, sondern die angegriffene nationale Ehre das eigentliche Skandalon. Überdies löste die britische Gewalt gegen die Buren sogar von konservativer Seite Kritik an der Reichsleitung und am Kaiser aus, die der Öffentlichkeit zu englandfreundlich erschienen.¹⁵⁵ Auch wenn sich die Reichsleitung diesen Stimmungen nicht direkt anschloss, veränderten sie doch langfristig das deutsch-englische Verhältnis, zumal die Berichte in Großbritannien wiederum das Gefühl deutscher Feindseligkeit stärkten.¹⁵⁶

In Großbritannien kam es hingegen, trotz dieser zahlreichen Versuche, erst nach Kriegsende zu einer erfolgreicheren Skandalisierung der Verhältnisse in Südafrika. Der sogenannte *War Stores Scandal*, der von 1904 bis 1906 die Öffentlichkeit beschäftigte, lässt sich dabei als eines der wichtigsten öffentlichen Nachgefechte zum Burenkrieg fassen. Nicht die Kriegsgewalt oder die Bereicherung von Ministern führten zu einer breiten öffentlichen Empörung, sondern die Verschwendung von Steuergeldern.¹⁵⁷ Der Skandal entfaltete sich aus

¹⁵⁰ Vgl. IRIS KRONAUER, Vergnügen, Politik und Propaganda. Kinematographie im Berlin der Jahrhundertwende 1896–1905, Ms. Diss. Berlin 2000, S. 67; KRÖLL, Die internationale Buren-Agitation.

¹⁵¹ Vgl. DANIEL, Einkreisung und Kaiserdämmerung, S. 308–311.

¹⁵² Eintrag Waldersee 29.10.1899, in: MEISNER (Hrsg.), Denkwürdigkeiten, S. 437.

¹⁵³ Zit. Bericht Graumann 17.6.1902, abgedr. in: EVANS (Hrsg.), Kneipengespräche, S. 351; hier bereits weitere entsprechende Gespräche, ebd. S. 347–352.

¹⁵⁴ Zur Reaktion in Deutschland vgl. FÄLSCHLE, Rivalität, S. 47–53.

¹⁵⁵ Vgl. zu dieser Spannung jetzt: GEPPERT, Pressekriege, S. 132–141.

¹⁵⁶ KENNEDY, The Rise, S. 251.

¹⁵⁷ Die Literatur zum Kolonialismus hat den *War Stores Scandal* bislang weitgehend übergangen. Einige Hinweise in: SEARLE, Corruption, S. 75–79.

der Kriegsabwicklung, die mit großen finanziellen Transaktionen einherging. Da sich die Truppen aus eigenen staatlichen Farmen versorgt hatten, kam es nach ihrem Abzug aus Südafrika zu umfangreichen Verkäufen von überschüssigen Lebensmitteln, Tieren, Ausrüstungsteilen und Ländereien, aus denen sich die Regierung insgesamt über 9 Millionen Pfund erhoffte.¹⁵⁸ Dass es bei diesen unüberschaubaren Aktionen zu Unregelmäßigkeiten kam, deuteten am 4. Juni 1904 Berichte in der *Daily News* und der *Times* an. Wie die Blätter mit Verweis auf ein Gerichtsurteil in Südafrika meldeten, hatte der Bruder des südafrikanischen *Director of Supplies* Oberst Morgan, aus Armeebeständen für 300 britische Pfund Spreu verkauft, dann jedoch wieder die gleiche Menge für rund 2300 Pfund zurückgekauft und den Gewinn mit den beteiligten Händlern und Offizieren aufgeteilt.¹⁵⁹ Da Oberst Morgan angeblich auch 300 Pfund erhielt, erschien er beiden Zeitungen als Teil eines kolonialen Korruptionssystems, bei dem nur die Spitze des Eisberges zufällig entdeckt worden sei. Die *Daily News* prägte bereits mit der ersten Überschrift anklagend den Begriff „War Stores Scandal“, den der Fall auch in den nächsten Jahren behalten sollte. Ihr Kommentar fasste unter der Überschrift „Shame and Scandal“ gleich ein generelles Urteil: „The story of sordid corruption in South Africa grows daily more shameful. The wrested land, now that the murder has done its worst, seems delivered over to the kites and the vultures.“ Um die Leser emotional aufzuwühlen, formulierte sie gleich beim ersten Bericht das zentrale Argument des Skandals: „The British public must remember that it's their pockets which are being plundered.“¹⁶⁰ Auch wenn sie den Fall nicht selbst recherchiert hatte, prägte sie durch ihre Begriffe den Skandalverlauf. Die *Daily News* hatte, seit sie sich 1901 durch ihren Aufkauf durch den Schokoladenfabrikanten Cadbury zu einem parteinahen liberalen Blatt und Kritiker des Burenkrieges entwickelt hatte, auch in den Jahren zuvor nicht mit skandalisierenden Anklagen gegen die konservative Politik gespart.¹⁶¹ In diesem Fall griffen jedoch selbst die konservativen Blätter die Beschuldigungen auf. Die *Times* benutzte zwar bei ihrer ersten Meldung nicht vergleichbar starke Kraftausdrücke, verband aber immerhin den Vorwurf mit der nachdrücklichen Forderung nach einer Aufklärung, zumal entsprechende Gerüchte seit langem virulent seien.

Bei Skandalbeginn zeigte sich, dass die Medien durch die Telegraphenberichte und Nachrichtenagenturen besser und schneller informiert waren als die Ministerien. Der Kriegsminister erfuhr, wie seine Telegramme belegen, erst über die *Times*-Artikel von den Vorwürfen und verlangte daraufhin zügig Berichte aus Südafrika. Die Regierung nahm die Pressestimmen äußerst ernst und leitete so-

¹⁵⁸ Detaillierte Angaben in: Memorandum Wilson/Director of Army Finance o.D., in: TNA, WO 32/9260; Memoranda Butler 21. 1. 1905, in: TNA, WO 108/383, S. 46.

¹⁵⁹ *DAILY NEWS* 4. 6. 1904, S. 4; *TIMES* 4. 6. 1904, S. 7.

¹⁶⁰ *DAILY NEWS* 4. 6. 1904, S. 4.

¹⁶¹ So zuletzt nur einen Tag vorher mit einem Bericht über „Scandal of Office“; *DAILY NEWS* 3. 6. 1904, S. 8.

fort breitere Untersuchungen ein.¹⁶² Noch im selben Monat pries der Kriegsmi-
nister seine Reformvorschläge als „new system“ an, das, so wörtlich, zukünftig
derartige Skandale verhindern solle.¹⁶³ Korruption in den Kolonien und die Ver-
schwendung von Steuergeldern wurden offensichtlich sofort als ein besonders
sensibler Bereich angesehen. Zugleich sorgte das Parlament für einen entspre-
chenden Handlungsdruck, da die liberalen Abgeordneten die Artikel umgehend
in Anfragen aufgriffen. Sie bedienten sich ebenfalls der Steuerzahler-Rhetorik,
als sie auf die Verschwendung von Militäreigentum hinwiesen, „for which the
ratepayers of this country had to pay.“¹⁶⁴ In den parlamentarischen Antworten
gab sich die Regierung allerdings abwartend und verwies mehrfach nur auf lau-
fende Ermittlungen in den Verleumdungsprozessen, um Zeit zu gewinnen.

Seine weitere Dynamik entfaltete der Skandal, weil Oberst Morgan die beiden
Zeitungen auf Verleumdung verklagte, da er nicht an den Geschäften seines
Bruders beteiligt gewesen sei. Wie bei allen Skandalen gaben die Prozesse der
Presse erneut Anlass, ausführlich den Fall zu räsonieren. Beide Seiten richteten
ihre Appelle abermals an die Steuerzahler: Während Morgan betonte, seine
sparsame Verwaltung habe den Briten zwei Millionen Pfund erspart, betonte die
Daily News in ihren Kommentaren, „the matter affects the administration of
hundreds of thousands of pounds worth of goods paid for, and belonging to the
people of this country.“¹⁶⁵ Obgleich das Gericht den Oberst in beiden Prozes-
sen davon freisprach, an diesem korrupten System beteiligt gewesen zu sein,
urteilte die Jury im Prozess gegen die *Times*, „that the trial reveals a very lax
state of affairs, and urge a rigid investigation on the part of the Govern-
ment.“¹⁶⁶

Da Medien, Parlament und Gericht skandalöse Zustände ausmachten, war die
Regierung zum Handeln gezwungen. Tatsächlich setzte sie schon vor den Pro-
zessen ein *Departmental Committee* unter William Butler ein, das generell die
Abwicklung der Militärbestände untersuchen sollte. Obgleich in dem kleinen
Gremium nur hohe Militärs saßen, legte es bereits im Juni 1905 einen kritischen
öffentlichen Bericht vor, wie er in Deutschland damals undenkbar gewesen
wäre. Diese von der Regierung angeregte Untersuchung, und nicht etwa eine
Recherche der Zeitungen, stieß in dieser zweiten Phase des Skandals maßgeblich
eine breite Empörung an. Butlers Bericht, der eingangs ebenfalls auf die Last der
Steuerzahler hinwies, druckten auch regierungsnahen Blätter in umfangreichen
Dokumentationen ab.¹⁶⁷ Zudem griff selbst die *Times* in ihren Kommentaren

¹⁶² Vgl. Secretary of State for War an General Officer Commanding Pretoria 6.6.1904 und
20.7.1904, in: TNA, WO 108/384.

¹⁶³ Memorandum o.D., in: TNA, WO 32/9260.

¹⁶⁴ So der Ire Swift MacNeill 25.7.1904 Hansard's Parliamentary Debates Bd. 138, Sp. 1039.

¹⁶⁵ DAILY NEWS 2.3.1905, S. 12.

¹⁶⁶ TIMES 7.4.1905, S. 3.

¹⁶⁷ Eingangs kommentierte der Bericht dies mit der Frage: „Are the tax-payers of this country to
continue to be the sport of the many questionable contractors who are ready to follow their
several advocations in the wake of the war [...]?“ Report of Committee Appointed by the

emotionalisierend seine Vorwürfe auf: Seit 1902 sei fortlaufend versucht worden, die Bestände zu möglichst geringen Preisen an einen möglichst kleinen Kreis von Abnehmern zu verkaufen. Nicht minder skandalös fand die *Times*, dass in einem „dual system“ Armeegüter zu geringen Preisen verkauft und dann zu hohen Preisen von Zwischenhändlern zurückgekauft worden seien und zahlreiche wichtige Dokumente fehlten.¹⁶⁸ Lediglich das angeblich besonders unabhängige und skandalorientierte Boulevardblatt *Daily Mail* ignorierte den Skandal und stützte die Regierung, indem sie auf Fehler im *Butler Committee* hinwies, die Parlamentsberichte unkommentiert ließ und sie mit wohlwollenden Überschriften versah.¹⁶⁹

Die Empörung der liberalen Blätter war dagegen äußerst groß. *Reynolds's Newspaper* beschuldigte unter der Schlagzeile „Great Scandal“ die Regierung Balfour, die Wahrheit zu verdecken, das Unterhaus nicht informiert zu haben und jene zu unterstützen, „[which] have been stealing the money wrung from the poor in war taxation“.¹⁷⁰ Ihre Forderung, die Regierung per *Impeachment* zu entlassen oder im Strafgericht Old Bailey zu verurteilen, unterstrich den scharfen und populistischen Ton. Sowohl der Kriegsverlauf als auch die seit 1886 währende Dominanz der Konservativen führten zu diesen für England ungewöhnlich polarisierten Kommunikationsstil, der sich im Skandal weiter zu spitzte. *Reynolds* sprach nun regelmäßig von „The Thieves Government“, das sich wie die russische Regierung mit Gewalt an der Macht halte und den Steuerzahler um 7 000 000 Pfund betrogen habe – obgleich dies nur der geschätzte Verkaufswert aller Kriegsbestände war.¹⁷¹ Gerade in Großbritannien, wo im Parlament der Respekt gegenüber jedem Abgeordneten zentral war, bildete diese Gleichsetzung mit Dieben zweifelsohne einen Affront, der nur über die Medien, nicht aber im Parlament sagbar war. Bei dieser journalistischen Kritik kam es wiederum zu einer Zusammenarbeit zwischen der parteinahen Presse und der Politik. So kündigte der liberale Oppositionsführer Campbell-Bannerman dem Herausgeber der *Daily News* schon vorher an, was er Premierminister Balfour im Unterhaus fragen werde.¹⁷² Visualisiert wurde der erdrückte Steuerzahler zudem in den Karikaturen des *Punch*, der die südafrikanischen Profiteure als Schlange darstellte, die den Steuerzahler als Hasen verspeiste, der sich mit Geld und Verträgen wehrt (Abb. 6).¹⁷³

Army Council to Consider the Question of Sales and Refunds to Contractors in South Africa, 1905, S. 59. Vgl. *TIMES* 15. 6. 1905, S. 3f., S. 9. Das gesamte *Blue-Book* des Berichtes hatte 530 Seiten.

¹⁶⁸ *TIMES* 17. 6. 1905, S. 12. Vgl. auch die interne Darlegung der Vorwürfe in: Evidence Ward, in: TNA, WO 32/9260, S. 21.

¹⁶⁹ Vgl. etwa: *DAILY MAIL* 17. 7. 1905, S. 5 u. 22. 7. 1905, S. 3.

¹⁷⁰ *REYNOLDS'S NEWSPAPER* 18. 6. 1905, S. 1.

¹⁷¹ Zit. *REYNOLDS'S NEWSPAPER* 2. 7. 1905, S. 1. Über „The Thieves' Government“, das der Korruption überführt sei, spricht fast jede ihrer Ausgaben im Juli und August 1905.

¹⁷² Campbell-Bannerman an Gardiner 16. 6. 1905, in: LSE, NL Gardiner 1/6.

¹⁷³ *PUNCH* 21. 6. 1905.

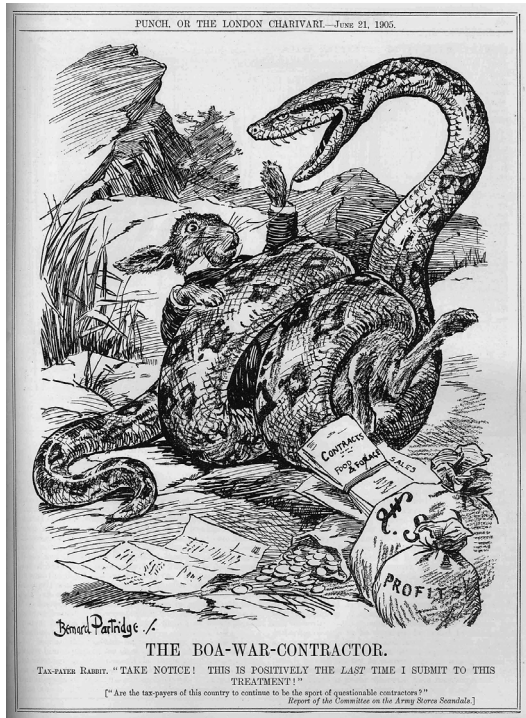


Abb. 6: Weniger die Gewalt im Burenkrieg als die Angst, der Steuerzahler würde von korrupten Kolonialverträgen und dem „Thieves Government“ ausgenommen, führte zu einem großen Kolonialskandal; *Punch* 21. 6. 1905.

Charakteristisch für Großbritannien war, dass die Regierung auf die Medienvorwürfe mit einer umfassenden Untersuchung und mit Sanktionen reagierte. Bereits nach dem Butler-Bericht entließ sie einige Offiziere in Südafrika. Da sich auch im Unterhaus die Klagen über die Verschwendung von Steuergeldern häuften, setzte die Regierung zudem in Abstimmung mit König Edward VII. eine *Royal Commission* ein, die eidesstattlichen Ermittlungen vornahm und alle Käufe und Verkäufe zwischen 1902 und 1904 überprüfte.¹⁷⁴ Nicht minder bereitwillig stellte das Kriegsministerium umfangreiche Auflistungen zur Verfügung.¹⁷⁵ Die von der Regierung eingesetzte Kommission erstickte den Skandal jedoch nicht mit Aktendetails, sondern hielt ihn durch die Vernehmung von zahlreichen prominenten Zeugen, wie sogar des Kriegsministers selbst, ein weiteres Jahr am Leben.¹⁷⁶ Sie machte zahlreiche neue Korruptionsverdächtige aus,

¹⁷⁴ Vgl. Bericht Balfour an Edward VII. und Kabinettsprotokoll. 22.6.1905, in: TNA, CAB 41/30/23. Von den zahlreichen Unterhausdebatten hierzu vgl. bes. die Sitzungen zwischen dem 21.6.1905 und 4.7.1905, vor allem 26.5.1905, in: Hansard's Parliamentary Debates Bd. 148, Sp.79–367.

¹⁷⁵ Vgl. Akten wie in: TNA, WO 108/383 bis 386.

¹⁷⁶ 75 Zeugen wurden an 26 Sitzungstagen vernommen; *TIMES* 10.8.1906, S.4f.

was zu weiteren Suspendierungen führte.¹⁷⁷ Ihr Bericht, der im Oktober 1906 endgültig offiziell vorlag, war zwar weniger kritisch als der von der Butler-Kommission. Dennoch bestätigte er fast alle bisherigen Vorwürfe. Die Misswirtschaft hatte demnach das Land zwischen 750 000 und 1 250 000 Pfund gekostet und nur Profit für einige „Commissioned officer“ und viele „Non-commissioned officers“ gebracht. Er zeigte die chaotische Kommunikation zwischen dem War Office und der Verwaltung in Südafrika und belegte erneut das Fehlen wichtiger Dokumente.¹⁷⁸ Vor allem machte der Bericht die Bestechung zahlreicher Militärbeamter deutlich, die insbesondere von der Firma Meyer größere oder auch erstaunlich kleine Geldgeschenke erhalten hatten und dafür unter Preis Waren verkauften.

Alles dies belegte, welche bemerkenswerte Selbstkritik und Selbstreinigung die britische Regierung bei Skandalen zeigte. Obgleich die Kommissionsmitglieder der Regierung nahe standen, führten ihre Recherchen zu derartig unliebsamen Ergebnissen. Die Presse reagierte entsprechend. Selbst die *Times* kritisierte in ihrer Bilanz die Misswirtschaft und Gleichgültigkeit gegenüber Steuergeldern, die das Kriegsministerium nicht verhindert habe, auch wenn die Regierung selbst nicht korrupt sei.¹⁷⁹

Die Folgen des Skandals waren immens. Parallel zur Diskussion über den Butler-Report verlor die konservativ-unionistische Regierung ihre Vormachtstellung. Schon bei den zeitgleichen Abstimmungen zu anderen Themen konnte sie keine Mehrheit mehr bilden, was die liberalen Opposition triumphieren ließ und Rücktrittsforderungen an Premierminister Balfour bescherte.¹⁸⁰ Ende des Jahres zerbrach die konservative Regierung schließlich ganz und verlor bei den anschließenden Wahlen erdrutschartig an die Liberalen. Diesen Verfall erklärte die bisherige Forschung gewöhnlich mit den Konflikten über den Freihandel, die Gewerkschaftsrechte und billige chinesische Arbeiter in Südafrika. Die „taxpayer“-Kampagne im Zuge des *War Stores*-Skandals dürfte jedoch ebenfalls einen größeren Anteil an ihrem Reputationsverlust gehabt haben.¹⁸¹

Im Vergleich zu anderen Skandalen zog der Fall umfangreiche personelle Konsequenzen nach sich. Zwölf Personen aus der Militärverwaltung, darunter ein Oberstleutnant, wurden entlassen, fünf pensioniert und zwölf getadelt.¹⁸² Noch schwerer wog vermutlich, dass die Presse ihre Namen veröffentlichte.¹⁸³

¹⁷⁷ Ward an Royal Commission 27.1.1906, in: TNA, WO 32/9258; Ward an Royal Commission 28.12.1905, in: TNA, WO 108/384.

¹⁷⁸ Report of the South African War Stores Commission 15.10.1906, in: TNA, WO 32/9259.

¹⁷⁹ „They were guilty of irresponsibility, indifference to public interest, and want of intelligence.“ *TIMES* 10.8.1906, S.7. Ähnlich auch: *TIMES* 30.8.1906, S.10; 17.10.1906, S.7; 31.12.1906, S.6.

¹⁸⁰ *DAILY MAIL* 21.7.1905, S.5.

¹⁸¹ In den gängigen Darstellungen zum Regierungswechsel finden sich keine Hinweise auf den „War Stores Scandal“. Vgl. etwa die umfassende Wahlkampfstudie von: A. K. RUSSELL, *Liberal Landslide. The General Election of 1906*, Newton/Hamden 1973.

¹⁸² Report of the South African War Stores Commission 15.10.1906, in: TNA, WO 32/9259.

¹⁸³ *TIMES* 16.19.1906, S.9.

Einen Tadel erhielten diejenigen, die lediglich Armeebestände zu schlechten Preisen verkauft hatten oder sich von den Käuferfirmen Kredite geben ließen. Entlassen wurde, wer Geld von den Agenten der Käufer angenommen hatte. Die Bestechungssummen betrugen bei einigen Beschuldigten 100, 200 und 500 Pfund, also oft mehr als ihre Monatsgehälter. Andere erhielten mehrmals kleine Beträge von nur ein bis zwei Pfund.¹⁸⁴ Wie bei späteren Korruptionsskandalen zeigte sich damit, dass es keine feste Summe der Käuflichkeit gab, sondern oft symbolische Bestechungsbeträge ausreichten. Gerade weil das korrupte Handeln von den Beteiligten kaum als Straftat wahrgenommen wurde, fielen die Bestechungen wohl vergleichsweise gering aus. Umgekehrt formuliert: Gerade die Etablierung von Korruptionsnormen durch derartige Skandale dürfte in späteren Fällen die Summen erhöht haben, die für die Senkung von Hemmschwellen nötig waren.

Damit war auch bei diesem Skandal die entscheidende Folge, dass er Normen für das Verhalten in den Kolonien setzte. Die große Zahl von bestochenen Offizieren machte deutlich, wie unproblematisch dort bisher korrupte Geschenke erschienen. Die rigorosen Untersuchungen, die Entlassungen und die öffentliche Empörung verfestigten nun die Norm, dass auch in Afrika ein derartiges Verhalten nicht mehr tolerierbar war und von der heimischen Öffentlichkeit geahndet wurde. Die Kritik an der nachlässigen Aktenführung legte zudem heimische Bürokratiestandards fest. Der sparsame Umgang mit Steuermittel wurde ebenfalls zur Leitlinie erhoben. Die Regierung setzte dafür maßgebliche Akzente, die aber durch die Zeitungskommentare angestoßen worden waren, auch wenn die Presse den Skandal kaum durch eigene Recherchen forciert hatte. Bekräftigt wurden diese normativen Anforderungen durch eine Gesetzesreform. Die Verschärfung des *Prevention of Corruption Act* gehörte 1906 zu den ersten Handlungen der neu gewählten liberalen Regierung, mit der sie Bestechungen über den Kreis des öffentlichen Dienstes hinaus unter Strafe stellte.¹⁸⁵

Dass es um 1900 ausgerechnet zu Skandalen in der Verwaltung gekommen war, erklärt sich auch aus der zunehmenden Bürokratisierung des Kolonialismus in Afrika. Erst das Entstehen formeller Verfahren setzte Normen, was Korruptionsskandale begünstigte. Skandale, die sich wie bei Stanley um Gewalt und sexuellen Missbrauch kolonialer „Eroberer“ drehten, traten dagegen in den Hintergrund. Dass jedoch weiterhin derartige Skandale um sexuellen Missbrauch in die englischen Medien wandern konnten, mag etwa ein abschließender kurzer Seitenblick auf den Silberrad-Skandal 1908/9 im Britisch-Ostafrika verdeutlichen. Er entstand, nachdem ein Leserbriefschreiber in der *Times* berichtete, sein Nachbar, der *Assistant District Commander* Hubert Silberrad, hätte sich verschiedene einheimische Mädchen zum sexuellen Verkehr zukommen lassen, sei deshalb aber lediglich von der Beförderung ausgeschlossen worden.¹⁸⁶ Die

¹⁸⁴ Memorandum o.D., in: TNA, WO 32/9259.

¹⁸⁵ DOIG, Corruption, S. 77.

¹⁸⁶ TIMES 3. 12. 1908, S. 10.

kleine Meldung, die die *Times* reißerisch mit „An East African Official and native Women“ überschrieb, löste wie der *War Stores Scandal* eine rasante Eigendynamik aus. Abgeordnete brachten bei ihren Anfragen an die liberale Regierung gleich noch andere Fälle auf, wie das tödliche Auspeitschen von Afrikanern in Rhodesien, den Kauf von Frauen durch Beamte oder den Missbrauch von eingeborenen Frauen in Ost-Afrika.¹⁸⁷ Wie beim Skandal um Stanleys *Rear Column* kamen gerade durch die Rechtfertigung des Hauptangeklagten weitere Vorwürfe auf und überführten den Verkehr zwischen afrikanischen Mädchen verstärkt an die Öffentlichkeit.¹⁸⁸ Der Skandal zeigte zudem, wie sich nach dem Regierungswechsel von 1905 die moralische Entrüstung in den Medien komplett veränderte: Liberale Blätter wie die *Pall Mall Gazette* oder *Reynolds's Newspaper*, die bisher gerade bei derartigen Skandalen besonders ausführlich und emotional berichtet hatten, beschränkten sich nun auf ganz wenige versteckte Kurzmeldungen.¹⁸⁹ Offensichtlich ging ihre journalistische Unabhängigkeit nicht so weit, dass sie mit derartigen Meldungen der liberalen Regierung hätten schaden wollen. Uneingeschränkter Wortführer bei diesem Kolonialskandal war dagegen die *Times*, die sich nun unter ihrem neuen Besitzer Northcliffe scharf polarisierend gegen die Liberalen richtete. Dieses Beispiel belegt damit, dass man aus den Skandalen und Kampagnen im Kontext des Burenkrieges nicht den Schluss ziehen darf, die liberale Öffentlichkeit sei prinzipiell besonders kolonialkritisch gewesen und hätte nur deshalb Skandale forciert. Vielmehr ging es vor allem darum, die regierende konservative Partei zu attackieren, weshalb die Liberalen nach dem Regierungswechsel von 1905 plötzlich mehr Zurückhaltung zeigten.

Sexuelle Normbrüche hatten in britischen Kolonialskandalen bisher nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Der Silberrad-Skandal löste nun auch in diesem Feld in der Presse und dem Parlament eine koloniale Normendebatte aus. Dabei wurde zum einen vornehmlich verhandelt, ob afrikanische Mädchen von 12 bis 13 Jahren schon so geschlechtsreif seien, dass mit ihnen, im Unterschied zu englischen Frauen, bereits sexueller Verkehr zulässig sei. Einige Leserzuschriften und der Staatssekretär im Kolonialministerium argumentierten mit der früher entwickelten Geschlechtsreife der Afrikanerinnen, während vor allem die Leserzuschriften der *Times* besagtes Alter als zu jung ansahen.¹⁹⁰ Zudem ging es generell um die Frage, ob britische Beamte mit afrikanischen Frauen verkehren dürften. Immerhin hatte der Silberrad-Skandal zur Folge, dass das Kolonialministerium eine neue Norm per Anweisung festigte: Ein Rundschreiben warnte alle zukünftigen Kolonialbeamten, dass der sexuelle Verkehr mit Einheimischen

¹⁸⁷ Vgl. die Parlamentsberichte in: *TIMES* 8. 12. 1908, S. 7, *TIMES* 11. 12. 1908, S. 8; Hinweise zu dem Skandal in: HYAM, *Empire*, S. 160–170.

¹⁸⁸ *TIMES* 10. 8. 1909, S. 8.

¹⁸⁹ So nur ganz knapp mit dem Hinweis auf Parlamentsdebatten: *PALL MALL GAZETTE* 27. 7. 1909; *REYNOLDS'S NEWSPAPER* 1. 9. 1909, S. 9.

¹⁹⁰ *TIMES* 9. 12. 1908, S. 6; *TIMES* 7. 12. 1908, S. 8.

ein Entlassungsgrund sei.¹⁹¹ Dass dieses Rundschreiben speziell für Afrika galt, unterstrich den rassistischen Unterton. Im Vergleich zu Deutschland, wo zur gleichen Zeit ebenfalls der sexuelle Verkehr mit Afrikanerinnen und „Mischehen“ debattiert wurde, blieb diese Debatte jedoch weniger ausgeprägt. Dennoch zeigte der Fall Silberrad, dass neben der Gewalt und der Korruption im edwardianischen England nun auch sexuelle Normverstöße in den Kolonien öffentlich benennbar waren. Diese Verschiebung der Sagbarkeitsgrenzen führte allerdings nicht zu einer Liberalisierung, sondern zu einer verstärkten Kontrolle.

4. GEWALTEXZESSE UND SEXUELLER MISSBRAUCH: LEIST UND WEHLAN

Nur wenige Jahre nach dem Skandal um Stanleys Nachschubtruppe kamen auch in Deutschland zahlreiche Skandale auf, die die grausame Gewalt in Afrika in die breitere heimische Öffentlichkeit überführten. Die ausführlichen Berichte über den britischen Skandal trugen sicherlich dazu bei, auch bei deutschen Kolonialhelden und Kolonialbeamte Gewalttaten denkbarer zu machen. Zugleich legte der Spott über den britischen Kolonialismus die moralische Messlatte der Deutschen höher und spornte zu gegenseitigen Bloßstellungen an. So hatte insbesondere Stanleys deutsches „Pendant“ Carl Peters während des Skandals in Interviews dessen Charakter kritisiert. Nicht einmal die Mahdi seien, so Peters, am oberen Nil eine so große Gefahr für die Zivilisation wie Stanley.¹⁹²

Die öffentliche Kritik an kolonialen Missständen ging in Deutschland frühzeitig vom Reichstag aus. Obgleich der Reichstag zwar nicht den kolonialen Kurs bestimmen durfte, erlaubte seine Mitsprache über das Budget doch eine Korrektivfunktion.¹⁹³ Die Debatten über die Kolonialhaushalte entwickelten sich immer wieder zu Anklagen gegen Normbrüche in den Kolonien, aus denen vielfach Skandale entstanden. Denn gerade weil die Mehrheiten häufig unsicher waren und insbesondere Teile der Zentrumsparterie und der Linksliberalen sich nicht unbedingt festlegten, versprachen emotionalisierende Anklagen konkrete politische Folgen.¹⁹⁴ Mit den steigenden Kolonialausgaben gewann der Reichstag so an kommunikativer Macht, da die Debatten öffentliche Zuschreibungen über die Kolonien prägten.

Weniger Beachtung fand bisher, dass die Kolonialkritik seit Anfang der 1890er Jahre auch mit der Ausbildung eines deutschen Korrespondentenjournalismus in Afrika zusammen hing. Damit entstand zumindest ansatzweise eine eigenständige investigative Berichterstattung aus den Kolonien, wie sie bisher selbst England nur vereinzelt besaß. Dies lässt sich gut an der Tätigkeit des Journa-

¹⁹¹ HYAM, *Empire*, S. 168.

¹⁹² Vgl. PALL MALL GAZETTE 4. 11., 11. 11. u. 14. 11. 1890; CARL PETERS, *Die Deutsche Emin Pascha Expedition*, München und Leipzig 1891.

¹⁹³ SCHWARZ, „Je weniger Afrika, desto besser“, S. 313.

¹⁹⁴ Als Überblick zur Haltung der einzelnen Parteien vgl. GRÜNDER, *Geschichte*, S. 63.

listen Eugen Wolf rekonstruieren. Wolf firmierte seit 1891 beim linksliberalen *Berliner Tageblatt* als „Berichterstatte für Ost-Afrika“. Damit berichtete er aus genau dem Gebiet, das Peters Expeditionen maßgeblich für das Deutsche Reich erschlossen hatte. Entsprechend war er der erste, der Peters Gewalttaten, die später zu einem Skandal führten, in Zeitungsartikeln zumindest andeutete.¹⁹⁵ Wolf verdankte diese Stelle weniger seinen journalistischen Fähigkeiten als seiner Kolonialerfahrung. So war er bereits 1885 kaufmännischer Beirat des Reichskommissars für Ostafrika gewesen, hatte an Expeditionen unter Wissmann teilgenommen und 1889 Indien bereist. Für eine „wissenschaftliche“ Arbeit mit gelegentlichen „handelspolitischen Berichten“ erbat er beim Kolonialamt 1890 einen Schutzbrief.¹⁹⁶ Bereits seine frühen Berichte überführten die afrikanischen Geschehnisse kritisch und recht aktuell in die deutsche Öffentlichkeit. So meldete das *Berliner Tageblatt* 1891: „Blutige Kämpfe im Kilimandjaro-Gebiet (Kabeltelegramm unseres Ostafrikanischen Spezialberichterstatters. Sansibar, 5. März; 7 Uhr 45 Min. Abends.) Reichskommissar v. Wissmann hat den Stamm der Kibosho wegen zahlreicher an Karawanen begangener Räubereien blutig gezüchtigt.“¹⁹⁷ Obgleich Wolf zumeist nicht vor Ort war und oft nur aus Sansibar schrieb, waren die Zeitungsleser damit wie in Großbritannien oft besser über die Vorgänge in den Kolonien informiert als das Auswärtige Amt, wie Caprivi Reichskanzlei feststellte.¹⁹⁸

Allerdings zeigt sich schnell, dass die journalistischen Spielräume in den deutschen Kolonien deutlich enger waren als in den britischen. Das Kolonialamt reagierte auf die kritische Berichterstattung sofort mit repressiven Maßnahmen, die an Bismarcks Pressepolitik erinnerten. Alle Telegramme aus Afrika, die einen politischen Inhalt aufwiesen, sollte nach einer geheimen Anweisung vorher der Gouverneur prüfen.¹⁹⁹ Die Bewegungsfreiheit des Journalisten Eugen Wolf wurde durch ein „Küstenverbot“ eingeschränkt, und nach eigener Aussage erhielt er eine Freifahrt nach Deutschland geschenkt, um seine journalistische Arbeit zu unterbinden.²⁰⁰ Ebenso wies der Justizminister an, dass Wolf „aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Wohlfahrt“ nicht die Namen von verstorbenen Europäern berichten dürfe.²⁰¹ Das Modell eines freien Journalismus

¹⁹⁵ BERLINER TAGEBLATT 23.6.1892. Vgl. FRANZ GIESEBRECHT, Ein deutscher Kolonialheld. Der Fall „Peters“ in psychologischer Beleuchtung, Zürich 1897, S.27. Das Berliner Tageblatt hatte mit dem Major August Boshart offenbar schon 1888–90 einen Berichterstatte aus Ostafrika; Boshart spätere Schriften zeigen ihn als einen extremen Rassisten, der für Ausrottung der Afrikaner eintrat, da sie sich durch ihre Unproduktivität gegen die Zivilisation stellen würden; vgl. seinen Beitrag in: FRANZ GIESEBRECHT (Hrsg.), Die Behandlung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien, Berlin 1898, S.39–47.

¹⁹⁶ Wolf an Kayser 24.10.1890, in: BAB/L, R1001-4694-7.

¹⁹⁷ BERLINER TAGEBLATT 6.3.1891.

¹⁹⁸ Caprivi/Reichskanzleramt an von Soden 6.3.1891, in: BAB/L, R1001-4694.

¹⁹⁹ Vgl. an von Soden 27.5.1891 u. von Soden an Caprivi 21.9.1891, in: BAB/L, R1001-4694.

²⁰⁰ Wolf an Kayser 12.2.1892, in: BAB/L, R1001-4694-77; BERLINER TAGEBLATT Nr.860, 16.12.1891.

²⁰¹ Justizamt an Caprivi 9.11.1891, in: BAB/L, R1001-4694-43.

im englischen Sinne kollidierte folglich in den Kolonien noch stärker mit der obrigkeitlichen Kontrolle als es im Reich üblich war. Eine weitere Strategie des Auswärtigen Amtes war die Verleumdung. Der Journalist wurde etwa durch lancierte Meldungen als unzuverlässig denunziert, da er mit englischer Hilfe reisen würde.²⁰²

Begrenzen ließen sich die Berichte des Afrika-Korrespondenten dennoch nicht. Auch wenn Wolf und das *Berliner Tageblatt* gelegentlich Meldungen über Missstände erst dem Kolonialamt übergaben und nicht gleich veröffentlichten, spornte die Zensur ihn eher an, zumal sie ihn im Reich berühmt und selbst zum Thema machte.²⁰³ Seine Artikel gegen das „System Soden“, den Gouverneur von Ostafrika, gewannen gerade durch die Repressionen an offener Schärfe. Er schrieb über Aufstände, gefallene Soldaten und blutige Vergeltungsmaßnahmen: „Es geht so weit, daß man den Eingeborenen ihre Lebensmittel wegnimmt, ohne dafür zu bezahlen, daß Soldaten das gestohlene Vieh nach der Küste senden und es da verkaufen, daß die Weiber der Eingeborenen sich flüchten müssen, um sich nicht Vergewaltigungen ausgesetzt zu sehen.“²⁰⁴ Artikel über koloniale Gewalt, Willkür und sexuellen Missbrauch waren damit bereits vor den ersten großen Kolonialskaudalen in der deutschen Öffentlichkeit präsent. Ein prinzipieller Gegner des Kolonialismus war Eugen Wolf freilich nicht. Dem von ihm kritisierten „System Soden“ hielt er idealisierend den früheren Reichskommissar Hermann von Wissmann entgegen, obgleich auch dieser Widerstand in den Kolonien hatte blutig niederschlagen lassen.²⁰⁵

Erst mit den Skandalen um Leist und Wehlan entstand 1894 jedoch eine ausführliche Berichterstattung über die deutsche koloniale Gewalt in der gesamten Presse, die zugleich in der breiten Öffentlichkeit eine massive emotionale Empörung auslöste. Obgleich der Ablauf dieser Skandale bisher kaum erforscht ist, wurde zumindest ihr Anlass bereits in der Literatur erwähnt: Dem stellvertretenden Gouverneur und Kanzler von Kamerun, Heinrich von Leist, wurde unter anderem vorgeworfen, dass er mehrere dahomeyische Frauen nackt vor den Augen ihrer Männer auspeitschen ließ, weil sie die unbezahlte Arbeit verweigert hatten, was wiederum zu einer blutigen Revolte geführt hatte.²⁰⁶ Seinem Stell-

²⁰² Meldung AA 23. 8. 1892, in: BAB/L, R1001-4694-121.

²⁰³ Vgl. etwa BERLINER TAGEBLATT Nr. 860, 16. 12. 1891; Berichte etwa in: WESER-ZEITUNG 3. 6. 1892.

²⁰⁴ „Neues aus Ostafrika“, BERLINER TAGEBLATT 1. 9. 1892.

²⁰⁵ So hatte Wissmann den sogenannten Araberaufstand unter Hassan Buschiri blutig niedergeworfen, ebenso den der Wahehe unter Mkwawa; im kollektiven Gedächtnis blieb er jedoch eine positive Gegenfigur zu Peters u. a.; vgl. JOACHIM ZELLER, „Deutschlands größter Afrikaner“. Zur Geschichte der Denkmäler für Hermann von Wissmann, in: ZfG 44 (1996), S. 1089–1111.

²⁰⁶ Vgl. zum Ereignisablauf bereits die knappen Hinweise in: MARTIN SCHRÖDER, Prügelstrafe und Züchtigungsrecht in den deutschen Schutzgebieten Schwarzafrikas, Münster 1997, S. 35–38; WALTER NUHN, Kamerun unter dem Kaiseradler. Geschichte der Erwerbung und Erschließung des ehemaligen deutschen Schutzgebietes Kamerun. Ein Beitrag zur deutschen Kolonialgeschichte, Köln 2000, S. 140f.; GOTTHILF WALZ, Die Entwicklung der Strafrechtspflege in Kamerun unter deutscher Herrschaft 1884–1914, Freiburg 1981, S. 59–64. Keine Hinweise auf

vertreter, dem Vizekanzler Alwin Karl Wehlan, wurde zudem die Verantwortung für mehrere grausame Gewaltexzesse seiner Truppen vorgehalten, vom blutigen Auspeitschen über willkürliche Tötung bis hin zur bestialischen Leichenschändung.²⁰⁷ Nicht nur das Ausmaß der Gewalt übertraf den Skandal um Stanleys Expeditionstruppe deutlich. Es handelte sich bei den beiden Juristen auch um offizielle Vertreter des deutschen Staates, deren moralische Fallhöhe damit noch größer war. Zudem gewann der Skandal um Leist eine emotionalisierende Dynamik, weil er zugleich den sexuellen Missbrauch von Afrikanerinnen verhandelte.

Aufgebracht wurden die Skandale wiederum durch das *Berliner Tageblatt*, das sich damit als das Organ einer investigativen Kolonialkritik etablierte. Über den Publizisten Franz Giesebrecht erhielt die Zeitung die Tagebuchaufzeichnungen des Kameruner Beamten Wilhelm Vallentin, aus denen es anonymisiert und mit abschwächenden Auslassungen zitierte. Sie wiesen auf die Auspeitschung der Frauen wegen ihrer Arbeitsverweigerung hin, was einen Aufstand ausgelöst habe, und nannten es gut denkbar, dass die Eingeborenen nun englischen Schutz suchen würden.²⁰⁸ In ihren täglichen kampagnenartigen Berichten forderte sie den Rücktritt von Kanzler Leist und seine Bestrafung. Ihr Selbstbewusstsein als investigatives Blatt unterstrich das *Berliner Tageblatt* nach den ersten Zugeständnissen der Regierung durch das Eigenlob, sie habe „die schreienden Mißstände der Regierung des Kanzlers Leist in Kamerun schonungslos aufgedeckt“.²⁰⁹ Unverkennbar verfolgte die linksliberale Zeitung weitergehende politische Ziele. Nicht zufällig platzierte sie ihre Vorwürfe gut eine Woche vor der Reichstagsdebatte über den Etat der Schutzgebiete, um so kolonialpolitisch Einfluss zu nehmen.

Dennoch blieb selbst das *Berliner Tageblatt* mit seinen Enthüllungen zunächst erstaunlich zurückhaltend. Die Redaktion sparte die drastischen Passagen des Tagebuchs offensichtlich aus, um nicht zu „sensationell“ zu wirken und sich so selbst zu diskreditieren. Den ausführlichen Abdruck überließ es der *Neuen Deutschen Rundschau* im April 1894. Erst diese Veröffentlichung beschrieb nicht nur blutige Prügelstrafen wegen Lappalien, sondern auch Leichenschändungen („Die Soldaten, nämlich einer, hätten es famos raus, den Feinden die Haut über den Schädel zu ziehen.“).²¹⁰ Ebenso berichtete sie über den mehr-

Leist und Wehlan gibt erstaunlicher Weise: KARIN HAUSEN, *Deutsche Kolonialherrschaft in Afrika. Wirtschaftsinteressen und Kolonialverwaltung in Kamerun vor 1914*, Zürich 1970.

²⁰⁷ Hinweise bereits in: RUDI KAESELITZ, *Kolonialeroberung und Widerstandskampf in Südkamerun (1884-1907)*, in: HELMUTH STOECKER, (Hrsg.), *Kamerun unter deutscher Kolonialherrschaft. Studien*, Bd. 2, Berlin (Ost) 1968, S. 11-54, S. 21.

²⁰⁸ BERLINER TAGEBLATT Nr. 64, 5. 2. 1894. Der promovierte Jurist Vallentin war 1893 nach Kamerun gekommen; vgl. die biographischen Hinweise auf Vallentin, in: GIESEBRECHT (Hrsg.), *Die Behandlung der Eingeborenen*, S. 141f.

²⁰⁹ BERLINER TAGEBLATT Nr. 67, 6. 2. 1894.

²¹⁰ „Tagebuch eines in Kamerun lebenden Deutschen“ in: NEUE DEUTSCHE RUNDSCHAU 5 (1894), S. 332-353, zit. S. 340.

fachen sexuellen Missbrauch von Frauen durch den Kameruner Kanzler, der sie als Zwangsprostituierte eingesperrt hatte. So hieß es:

Am 5. VIII 93 abends hat sich der stellvertretende Gouverneur Kanzler Leist aus dem Gefängnis drei Weiber holen lassen (Kassenverwalter Hering sagte es mir am selben Abend) und dieselben über Nacht bei sich behalten [...] und sah, wie ein Weib unter Sträuben und Schreien von drei Schwarzen in die Richtung des Kanzlerhauses hinweggeschleppt wurde.²¹¹

Diese Berichte sorgten in allen Zeitungen für Aufsehen und Wiederabdrucke und gaben dem Skandal erst seine Dynamik. Auch wenn die katholische Presse diese Vorwürfe zunächst aus sittlichen Bedenken nicht wörtlich publizierte, da sie „sich auf dem Gebiet des 6. Gebotes bewegen“²¹², führten sie zu einer breiten emotionalen Empörung über das Verhalten der Kolonialverwaltung. Da das Tagebuch von einem deutschen Beamten stammte, galt es als eine glaubwürdige Quelle. Zudem legitimierte der wörtliche Abdruck, ähnlich wie bei Gerichtsaussagen, die Publikation von Tabus – wie dem erzwungenen Geschlechtsverkehr zwischen hohen deutschen Beamten und Afrikanerinnen. Bemerkenswerter Weise stand im weiteren Verlauf gerade dieser sexuelle Missbrauch im Vordergrund der öffentlichen Debatte.

Die gesamte Presse forderte unter Verweis auf die Zeitungsberichte von der Regierung eine Erklärung. Verschiedene Reichstagsabgeordnete griffen dies auf und trieben so den Skandal maßgeblich voran. Der Freisinnige Eugen Richter forderte Gefängnisstrafen, und der Zentrumspolitiker Prinz Arenberg beklagte später, dass selbst die Misshandlung eines Pferdes gewöhnlich höher bestraft werde.²¹³ Der Sozialdemokrat August Bebel trug weitere Vorwürfe vor und brachte in den Reichstag, wie einen Tag zuvor angekündigt, eine Nilpferdpeitsche mit, um anschaulich zu verdeutlichen, womit die nackten Frauen und andere Afrikaner blutig gezüchtigt worden seien.²¹⁴ Bebel passte sich damit der Logik der Medien und des Skandals an, indem er zur emotionalen Visualisierung beitrug und den Journalisten auf der Tribüne ein Beispielobjekt vorführte. Die Peitsche erwies sich dabei als ein Kernsymbol, in dem sich die barbarische Willkür verdichtete. Auch im folgenden Verlauf forcierten vor allem Reichstagsabgeordnete den Skandal. Sie fragten nach dem Ermittlungsstand und nannten namentlich verschiedene Zeugen, die man zu den Folterungen und Hinrichtungen befragen könne.²¹⁵

²¹¹ Ähnlich ein weiterer abgedruckter Eintrag: „Kanzler Leist [hat] gestern Abend Weiber aus dem Gefängnis zum Tanze holen lassen, aber dann nach beendigten Tanz nicht wieder alle zurückgeschickt.“ NEUE DEUTSCHE RUNDSCHAU April 1894, zit. S. 343 u. 347.

²¹² So: DER WESTFALE Nr. 14, 14. 4. 1894; ähnlich: KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG Nr. 219, 13. 4. 1894.

²¹³ Vgl. Richter 13. 4. 1894, IX. Legislatur Periode, II. Sess., 1893/94, 81. Sitzung, Bd. 135, S. 2078. Arenberg RT 13. 3. 1896, IX. Leg. Per., IV. Sess., 1895–97, 59. Sitzung, Bd. 144, S. 1421.

²¹⁴ RT 16. 2. 1894, IX Leg. Per., II. Sess., 1893/94, Bd. 135, 51. Sitzung, S. 1294. Angeblich war das Mitbringen der Nilpferdpeitsche, die Arbeiter aus Kamerun übermittelt hatten, eine Reaktion auf Caprivis Ausspruch, er wisse nichts von Nilpferdpeitschen. Vgl. auch: SCHWARZ, „Je weniger Afrika, desto besser“, S. 285.

²¹⁵ Vgl. bes. Vollmar RT 28. 3. 1895, IX. Legislatur Periode, III. Sess., 71. Sitzung, S. 1751 f.; zu der Debatte auch: SCHRÖDER, Prügelstrafe, S. 45–47.

Das Kolonialamt nahm die öffentlichen Vorwürfe zunächst sehr ernst und reagierte mit erstaunlicher Konzilianz. Bereits seine offiziöse Antwort über die „Kreuzzeitung“ gestand die Auspeitschung der Frauen ein, da Leist dies in einem Selbstbericht beschrieben habe, und es veröffentlichte diesen amtlichen Bericht.²¹⁶ Schon nach den ersten Gerüchten über den Aufstand schickte es zudem den Regierungsrat Friedrich Wilhelm Rose zur Untersuchung der Fälle nach Afrika.²¹⁷ Dass auch dieser Bericht Leist „auf das Schwerste belaste“, konzedierte Außenstaatssekretär Marschall von Bieberstein bereits im April 1894 im Reichstag.²¹⁸ Leist und Wehlan wurden zumindest suspendiert und vor deutsche Disziplinalgereichte gestellt. Zudem ermittelte das Auswärtige Amt aber auch sofort gegen den Beamten Vallentin, dessen Aufzeichnungen den Skandal ausgelöst hatten. Obgleich sich seine Vorwürfe als stichhaltig erwiesen, leitete es seine Entlassung ein, da er, so Marschall später, seine Vorwürfe „öffentlich in der Presse erhoben hat, seiner vorgesetzten Dienstbehörde aber nichts davon gemeldet hat“.²¹⁹ Die vergleichsweise transparente Aufklärung der Regierung ging folglich mit einer Abschreckung gegenüber Beamten einher, die Missstände veröffentlichen wollten.

Die Disziplinarverfahren intensivierten die öffentliche Debatte darüber, in welchem Maße Gewalt gegen Schwarzafrikaner und der sexuelle Verkehr mit Afrikanerinnen legitim sei. Sowohl vor Gericht als auch in Presseartikeln verteidigte Leist sein Verhalten als allgemein in Afrika üblich und notwendig. Selbst nach dem Prozess beharrte er darauf, die Prügelstrafe sei wegen der Faulheit und Frechheit der Neger nötig, und wegen ihrer Primitivität würde ihre Nacktheit nicht das weibliche Schamgefühl verletzen.²²⁰ Ebenso verteidigte der Kameruner Kanzler den sexuellen Verkehr mit Afrikanerinnen. „Die Befriedigung des Geschlechtstriebes“ unverheirateter Männer sei ja auch in Europa üblich, nur dass in Afrika keine Prostituierten zur Verfügung stünden:

Die Prostitution wird dadurch ersetzt, daß die Farbigen ihre Weiber den Europäern vermieten. Die Benutzung der Pfandweiber bot nun an und für sich, d. h. ohne die Veröffentlichung Vallentins, weit mehr Garantie für einen unauffälligen Geschlechtsverkehr als die Benutzung erst aus den Towns herbeigeholter Personen. Ich wies die Pfandweiber, deren Bestellung dem Diener am Bequemsten war, nicht zurück, da sie für denselben Entgelt sich preiszugeben hätten, auch wenn sie nicht zufällig den Gläubigern ihrer Eigentümer verpfändet gewesen wären.²²¹

Auch vor Gericht gab Leist den Verkehr mit den „Pfandweibern“ zu und rechtfertigte dies mit der sexuell stimulierenden Wirkung des Tropenklimas, den verschiedenen Landessitten und damit, dass alle Weißen so verfahren würden. „Was

²¹⁶ NEUE PREUSSISCHE ZEITUNG 6. 2. 1894, morgens. BERLINER TAGEBLATT Nr. 69, 7. 2. 1894

²¹⁷ Disziplinarurteil gegen den Kanzler Leist, abgedr. in: BERLINER NEUESTE NACHRICHTEN, Nr. 560, 4. 11. 1894.

²¹⁸ RT 13. 4. 1894, IX. Legislatur Periode, II. Sess., 1893/94, 81. Sitzung, Bd. 135, S. 2078f.

²¹⁹ So seine Begründung im: Reichstag 28. 3. 1895, IX. Legislatur Periode, III. Sess., 71. Sitzung, S. 1753.

²²⁰ LEIST, Der Fall Leist, in: DIE ZUKUNFT Nr. 45, 8. 8. 1896.

²²¹ LEIST, ebd.

ich gethan, haben vor mir alle anderen gethan – heute laufen noch schwarze Weiber da herum, die den Namen ihrer ehemaligen Besitzer (Deutsche) tragen.“²²² Damit knüpfte er an frühe Argumentationen von Kolonialisten an, die ein derartiges Sexualleben als legitim und notwendig ansahen.²²³

Das Disziplinargericht schloss sich diesen Deutungen im hohen Maße an. Um zu ermitteln, was in Afrika eine legitime sexuelle Moral und Prügelstrafe sei, hatte der mit der Untersuchung beauftragte Regierungsrat Rose vor Ort zahlreiche Gespräche geführt. Dabei gewann er die Erkenntnis, dass das Schlagen von nackten Frauen nicht landesüblich sei. Das Gericht bewertete jedoch afrikanische Frauen als „Sache“, da „sie der freien Verfügung des Mannes ähnlich wie eine Sache unterliegt“ und etwa bei Schulden als Pfand verliehen oder gegen Entgelt vermietet würden.²²⁴ Das Gericht akzeptierte zudem zugunsten von Leist die „eigenartigen Kameruner Verhältnisse und andererseits das dortige Klima, das eine größere Erregbarkeit hervorruft“.²²⁵ Die Aussagen von afrikanischen Frauen, sie seien mit Gewalt zu Leist gebracht worden, sah das Gericht dagegen als unwahrscheinlich an, „da den dortigen Weibern Schamgefühl und Geschlechtsehre unbekannte Begriffe seien und von einer Weigerung keine Rede sei, sobald wie hier Bezahlung in Aussicht stehe.“²²⁶ Aussagen von Afrikanern wurde generell, ähnlich wie in England, keine eigenständige Beweiskraft zugesprochen. Dementsprechend milde fiel das Urteil aus: Leist wurde lediglich versetzt, bei 80 Prozent seiner Bezüge.

Der Prozess machte somit den regen Sexualverkehr zwischen Deutschen und Afrikanerinnen öffentlich. Wie die Leser aller Zeitungen erfuhren, sagten zahlreiche Zeugen aus, es sei durchaus üblich, dass Weiße diese gegen Entgelt „fleischlich gebraucht hätten.“ Die Zahl der Pfandweiber sei bei den Kolonialisten so stark angewachsen, dass sie im Gefängnis oder „der sog. Pfandkammer“ untergebracht würden. Dass Leist etwa einem Marine-Offizier solche Frauen zur Verfügung gestellt habe, hätte nur der üblichen Gastfreundschaft entsprochen. Dabei würden die Frauen nachts nur eingeschlossen, um sie vor der „Benutzung“ durch schwarze Polizisten zu schützen, die oft geschlechtskrank seien.²²⁷ Die afrikanischen Frauen wurden folglich einerseits als sexuell frei verfügbare Ware imaginiert, andererseits als Gefahrenherd.²²⁸ Die afrika-

²²² BERLINER LOKAL-ANZEIGER Nr. 527, 9. 11. 1894.

²²³ Zu Leist Verteidigung vgl. die zahlreichen Presseberichte in: BAK, ZSg 113-629. Zum generellen Diskurs: WILDENTHAL, German Women, S. 81 f.

²²⁴ So etwa Freiherr von Soden oder von Schuckmann. Diese und folgende Zitate nach dem ‚Disziplinarurteil gegen den Kanzler Leist‘, abgedr. in: BERLINER NEUESTE NACHRICHTEN Nr. 560, 4. 11. 1894.

²²⁵ Begründung zit. nach: BERLINER TAGEBLATT Nr. 176, 6. 4. 1895.

²²⁶ Disziplinar-Urteil nach: KÖLNISCHE ZEITUNG Nr. 893, 4. 11. 1894.

²²⁷ So seine Verteidigung vor Gericht laut: KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG Nr. 619, 18. 10. 1894; ‚Disziplinarurteil gegen den Kanzler Leist‘, abgedr. in: BERLINER NEUESTE NACHRICHTEN Nr. 560, 4. 11. 1894.

²²⁸ Die Ambivalenz, die der Wahrnehmung von Prostituierten ähnelte, wurde bereits verschiedentlich herausgestellt; vgl. KUNDRUS, Moderne Imperialisten, S. 87.

nischen Kolonien selbst erschienen somit wie ein einziges, nahezu kostenfreies Bordell.

Die Öffentlichkeit wies diese Deutungen des Gerichts und der Kolonialisten jedoch klar zurück. Alle politischen Lager empörten sich über das Urteil, dessen Begründung und die Enthüllungen selbst. Jede Parteirichtung führte Fälle an, bei denen Beamte bereits wegen politischer Äußerungen viel härter bestraft worden seien. Konservative und katholische Blätter gingen zwar davon aus, dass Prügelstrafen bei den „Negern“ noch nötig seien, waren aber bestürzt, dass Deutsche sich den „landesüblichen Sitten“ anpassen würden und „barbarisch“ handelten.²²⁹ Auch der Reichskanzler und der Kolonialdirektor sprachen sich sofort gegen die Haltung von „Pfandweibern“ aus, und das Auswärtige Amt weigerte sich, Leist weiter zu beschäftigen.²³⁰ Ebenso legte der untersuchende Rat Rose Berufung ein. Damit zeigte sich, dass die konservative Justiz im Skandal keine Normen zu setzen vermochte.

Vor allem die kolonialkritischen Parteien verallgemeinerten den Fall mit scharfem Spott. Die sozialdemokratischen Blätter schrieben über die „Frauenpeitscher und Haremshalter“ und die „nächtlichen Orgien im Kameruner Kanzlerpalais“. ²³¹ Frühzeitig leiteten sie anhand des Skandals eine Umdeutung der kulturellen Zuschreibungen ein und bezeichneten deutsche Kolonialisten wie Leist als die eigentlichen „Wilden“. ²³² Die liberale *Frankfurter Zeitung* karikierte: „Wenn fürderhin die Nilpferdpeitschen lustig auf den Rücken von nackten Negerweibern klatschen, so wundere sich darüber der gute Unterthan in Europa weiter nicht“, denn dies sei Teil unserer „Kulturmission“. ²³³ Auch die englische Presse berichtete mit Überschriften wie „The Flogging Scandal“ regelmäßig detailliert über die deutschen Folterungen. Auffälliger Weise blieb die *Times* bei der Darstellung des sexuellen Missbrauchs sehr zurückhaltend, da die schwarz-weiße Sexualität in England noch kaum publizierbar war. Gerade im Kontext der deutsch-englischen kolonialpolitischen Verstimmungen 1894 waren jedoch selbst solche Artikel bereits ein moralischer Triumph über den kolonialen Nachzügling Deutschland. ²³⁴ Die breite, parteiübergreifende und internationale Empörung trug wesentlich dazu bei, die kolonialen Normen und die Gerichtsurteile zu revidieren. Im Revisionsprozess betonte der Ermittler Rose nun plötzlich, dass auch afrikanische Frauen ein Schamgefühl kennen würden. Das Auspeitschen galt jetzt als Überschreitung der Amtsgewalt. Leist wurde von

²²⁹ KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG Nr. 619, 18.10.1894; DEUTSCHE REICHSZEITUNG Nr. 479, 18.10.1894; REICHSBOTE Nr. 245, 19.10.1894.

²³⁰ Reichskanzler i.A. Kayser an Zimmerer 8.11.1894, in: BAB/L, R 1001/5003.

²³¹ WÜRZBURGER JOURNAL Nr. 279, 19.10.1894.

²³² VORWÄRTS 9.2.1894, S. 2.

²³³ FRANKFURTER ZEITUNG Nr. 288, 17.10.1894.

²³⁴ Vgl. etwa TIMES 6.2.1894, S. 5; 9.2.1894, S. 5; 19.10.1894, S. 3; 24.10.1894, S. 5. Zu den deutsch-englischen Spannungen in der Kolonialpolitik 1894: FRÖHLICH, Konfrontation, S. 149f.

seinem Posten enthoben, bei eingeschränkter Pension aus dem Staatsdienst entlassen und wanderte in die USA aus.

Während der Leist-Skandal vor allem die Zulässigkeit des (erzwungenen) Verkehrs mit Afrikanerinnen verhandelte, thematisierte der gleichzeitige Skandal um Vizekanzler Wehlan stärker die Zulässigkeit kolonialer Gewalt. Die Gewalttaten, die er zu verantworten hatte, waren zweifelsohne von einer bisher undenkbaren Brutalität, und dennoch berichtete die Medienöffentlichkeit besonders im Zuge seines Disziplinarverfahrens ausführlich darüber. Die Leser erfuhren etwa, dass Köpfe als Trophäen abgeschnitten wurden, Leist Gefangene töten ließ, weil sie ohnehin sterben würden, und er blutende Gefangene an Masten binden ließ, bis Würmer in die Wunden traten.²³⁵ Wie Leist entschuldigte Wehlan sich damit, dass das Töten von Afrikanern etwas Gewöhnliches sei. So berichtete er: „Ich weiß, daß ein preußischer Offizier, der fieberkrank war, sich in einer Hängematte herumtragen ließ und mit einem Revolver mit scharfen Patronen schoß. Kein Hahn krächte danach [...]“²³⁶ Auch in diesem Skandal entlastete der Disziplinargerichtshof den Beschuldigten, da die Tötung der Gefangenen wegen des Kriegszustandes legitim sei und die Sicherheit der Truppe gewährleistet habe. Zudem wurde das angeblich junge Alter des Juristen (von 34 Jahren) als strafmildernd bewertet, weshalb Wehlan mit einer Versetzung ohne Gehaltseinbußen davon kam.

Jedoch setzte auch bei diesem Skandal der öffentliche Protest der Interpretation des Gerichts und den Kolonialisten Grenzen. Linke und bürgerliche Zeitungen lehnten abermals empört die Rechtfertigung ab, dies sei in Afrika so üblich. Vielmehr klagten sie auch für Afrikaner gewisse Humanitätsforderungen ein.²³⁷ Auch in Missionarskreisen fand die Affäre eine entsprechende Kritik.²³⁸ Trotzdem veränderte selbst der Revisionsprozess das Urteil nicht, und eine strafgerichtliche Verurteilung blieb aus.

Dennoch waren die Folgen dieser frühen deutschen Kolonialskandale beträchtlich. In der Öffentlichkeit diskreditierten sie im hohen Maße das Ansehen der Kolonialbeamten und den deutschen Kolonialismus insgesamt. Sie wurden nun mit blutiger Gewalt und sexuellem Missbrauch assoziiert. In den Hamburger Kneipen vermerkten die Polizeispitzel Stammtischgespräche wie: „Deutschland als einer der kultiviertesten Staaten der Welt hat in den letzten Jahren leider durch die schlechte Behandlung der Eingeborenen in Afrika gezeigt, wie mangelhaft es mit der Kultur bestellt ist.“ Ein anderer Gast nannte es „unglaublich,

²³⁵ So die Einträge des Tagebuches von Vallentini, das im Prozess verlesen wurde; vgl. Beilage VORWÄRTS Nr. 6, 8.1.1896.

²³⁶ BERLINER LOKAL-ANZEIGER Nr. 527, 9.11.1894

²³⁷ „Wir protestieren dagegen, daß die einfachsten Forderungen der Humanität und des Völkerrechtes für die Schwarzen nicht gelten sollen.“ FRANKFURTER ZEITUNG Nr. 8, 8.1.1896; REICHSBOTE Nr. 5, 7.1.1896; Beilage VORWÄRTS Nr. 6, 8.1.1896.

²³⁸ Vgl. die Position des Theologieprofessors und Redaktionsleiters der Allgemeinen Missionszeitschrift, GUSTAV WARNECK, in: GIESEBRECHT (Hrsg.), Die Behandlung der Eingeborenen, S. 152–158.

wenn man hört, wie die höheren Beamten dort über Leben und Tod der Menschen urteilen.“²³⁹ In anderen Kneipen klagte man über die zu geringen Strafen für Leist und Wehlan.²⁴⁰ Auch die Kolonialskandale trugen damit zur politischen Urteilsbildung bei. Wie beim Skandal um Stanleys *Rear Column* dominierte vor allem die Erschütterung darüber, dass unbescholtene Beamte sadistische Taten begehen konnten und quasi selbst zu „Wilden“ wurden.²⁴¹ Die Skandale standen damit ebenfalls für eine Verunsicherung über die Zivilisiertheit der Europäer.

Die Skandale führten zudem zu Reformen, die über die Entlassung und Versetzung von Beamten weit hinausreichten. So leiteten sie eine rechtliche Neuordnung in den Kolonien ein, nachdem sie deutlich gemacht hatten, dass keine klaren rechtlichen Regeln bestanden, sondern eher individuelle Willkür dominierte. Die Skandale führten zunächst zu einer Wissensbildung über das afrikanische Recht, auf das sich die Deutschen bei ihren Willkürakten berufen hatten. So fanden unmittelbar nach den Skandalen zahlreiche Umfragen unter den Eingeborenen über deren rechtlichen Verhältnisse und Sitten statt.²⁴² Parallel dazu setzten juristischen Ermittlungen ein, die ebenfalls Fragebögen entwickelten, die unter dem Eindruck des Skandals standen; sie fragten etwa: „Ist die Vielweiberei allgemein verbreitet? [...] Kommt es vor, daß eine Frau mehrere Männer hat? Wieviel? [...] Kommt der Frauenraub in Wirklichkeit vor oder nur als Form des Abschlusses der Ehe?“²⁴³ Bereits 1894/95 wurden daraufhin in verschiedenen Regionen Eingeborenen-Schiedsgerichte und eine Soldatengerichtsbarkeit eingeführt, um Konflikte vor Ort besser zu lösen.²⁴⁴

Vor allem kam es Anfang 1896 zur Reform der „Gerichtbarkeit über Eingeborene in den afrikanischen Schutzgebieten“. Unter dem Eindruck der Skandale forderte die Budgetkommission des Reichstages den Reichskanzler in einer Resolution auf, eine Gesetzentwurf gegen einen derartigen „Missbrauch der Amtsgewalt“ zu machen.²⁴⁵ Nach den darauf folgenden Verordnungen waren Gegenstände nur noch nach deutscher Prozessordnung zu ermitteln. „Ingleichen ist die Verhängung von außerordentlichen Strafen, insbesondere von Verdachtsstrafen, verboten.“ Auch die Prügelstrafen wurden nach den Skandalen reformiert, wobei England als Vorbild diente. Nur schwarzafrikanische Männer ab 16 Jahren (nicht Inder oder Araber) sollten sie noch erhalten, mit maximal 25 Schlägen pro Züchtigung.²⁴⁶ Um der Prügelstrafe ihre Willkür zu nehmen, wur-

²³⁹ Vigilanzbericht Schutzmann Graumann 19.3.1896, in: StAH, S 3930-23 Bd.3.

²⁴⁰ Vigilanzbericht Schutzmann Erxleben 17.3.1896, in: StAH, S 3930-21 Bd.3.

²⁴¹ Einzelne Hinweise hierzu auch in: WALZ, Entwicklung, S.69.

²⁴² Vgl. die Berichte an die Kolonialabteilung, in: BAB/L, R 1001/5000.

²⁴³ Vgl. Bericht Stradonitz/Gesellschaft für vergleichende Rechts- und Staatswissenschaft an Kolonialabteilung 14.8.1895, in: BAB/L, R 1001/5000; ähnlich der „Fragebogen der internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre“, sowie der Fragebogen von Prof. Dr. Kohler, 1896, in: ebd.

²⁴⁴ In: BAB/L, R 1001/5003.

²⁴⁵ RT 13.3.1896, IX. Leg. Per., IV. Sess., 1895-97, 59. Sitzung, Bd.144, S.1422.

²⁴⁶ Vgl. REICHS-ANZEIGER Nr.53, 29.2.1896, in: BAK, R 1001-5626. Zur Reform im April 1896 auch: WALZ, Entwicklung, S.77.

de sie bürokratisiert. So wurden die genaue Beschaffenheit des Schlaginstruments, die ärztliche Aufsicht und Regenerationsphasen festgelegt. Nachdem die Presse mehrfach gefordert hatte, dass Vergehen wie die von Leist und Wehlan auch durch das Strafrecht ahndbar sein müssten, erfolgten seit Anfang 1896 mehrere entsprechende Verordnungen. Ebenso erließ der Kanzler 1895 eine Anordnung über das moralische Verhalten von Beamten, die ein Einschreiten im Falle des Amtsmissbrauches forderte.²⁴⁷ Die Skandale trugen somit eindeutig dazu bei, Normen und Gesetze zu verändern.

Die Skandale stärkten ebenso das Selbstverständnis der deutschen Presse als „vierter Gewalt“. Vor allem das *Berliner Tageblatt* beanspruchte dies für sich, da es die Skandale angestoßen hatte. Das Blatt betonte, die Fälle hätten gezeigt, wie nötig die Veröffentlichung von Missständen und eine „Censorrolle der Presse“ seien. Weiter hieß es selbstbewusst:

Das Treiben des ersten Beamten einer der größten Kolonien des deutschen Reiches, die Unmoral der öffentlichen Auspeitschung nackter Weiber und der geheimen Orgien mit den Pfandweibern, würde sicherlich auch heute noch ein Geheimnis, allenfalls ein öffentliches, vielleicht auch ein amtliches (!) sein, wenn nicht das ‚Berliner Tageblatt‘ durch die Veröffentlichung der nun historisch gewordenen ‚Tagebuch-Blätter eines deutschen Kolonisten über die Meuterei in Kamerun‘ im Interesse der öffentlichen Sittlichkeit den Schleier von den skandalösen Vorgängen in jener Kolonie fortgezogen hätte.²⁴⁸

Die Veröffentlichung des Geheimen erschien somit als Pflicht der Presse. Auch die *Neue Deutsche Rundschau*, die durch die Veröffentlichung des Tagebuches an Bedeutung gewonnen hatte, verstärkte durch zahlreiche weitere investigative Berichte über Missstände in den Kolonien ihren Einfluss. Dabei stützte sie sich auf Augenzeugenberichte und Akten, um durch die Aufdeckung von skandalösen Zuständen eine humane Behandlung der Afrikaner zu erreichen.²⁴⁹

Vor allem eröffneten die Skandale den Kolonialismuskritikern breiteren Raum für ihre Positionen. Dabei deutete sich zaghaft eine Verschiebung an. Zumindest einzelne Staatsdiener mit Kolonialerfahrung forderten nun öffentlich für Afrikaner ähnliche Menschenrechte wie für Europäer. So bewertete der Premierleutnant Graf von Schweinitz nach seinen Erfahrungen in Ostafrika die Prügelstrafen als kontraproduktiv: „Der Neger ist Prügelstrafe nicht gewöhnt.“²⁵⁰ Auffällig humanitär argumentierten verschiedene Schriften von anderen höheren Militärs, die eine gewisse Zeit in Afrika verbrachten. So schrieb der bayerische Leutnant Rudolf Hofmeister, der vier Monate in Afrika war, unter Ein-

²⁴⁷ WALZ, Entwicklung, S. 65.

²⁴⁸ BERLINER TAGEBLATT Nr. 182, 9. 4. 1895.

²⁴⁹ Vgl. etwa: CARL R. HENNEKE, Zum Sklavenhandel, in: NEUE DEUTSCHE RUNDSCHAU 5 (1894), S. 1135–1143; FRANZ GIESEBRECHT, Koloniale Spekulationen, in: NEUE DEUTSCHE RUNDSCHAU 6 (1895), S. 1084–1100; DERS., „Kolonialgreuel“, in: ebd., S. 143–157.

²⁵⁰ HANS HERMANN GRAF VON SCHWEINITZ, Deutsch-Ost-Afrika in Krieg und Frieden, Berlin 1894, S. 37. Vgl. auch die Schrift von HAUPTMANN RICHELMANN, Die Nutzbarmachung Deutsch-Ostafrikas, Magdeburg 1894.

druck der Skandale: „Die Charaktereigenschaften sind bei den Negern ebenso gut ausgebildet, wie bei uns.“ Die „Weißen“ würden jedoch dazu beitragen, schlechte Charaktereigenschaften wie das Lügen zu verbreiten.²⁵¹

Neben philanthropischen Argumenten führte diese Schrift ein weiteres Argument für Reformen an, das auch das bürgerliche Lager bewegte: Das schwindende Ansehen des deutschen Kolonialismus im Ausland. „Warum kommen die Engländer, unsere afrikanischen Nachbarn, *ohne* die vielen Peitschenhiebe aus und warum wollen die Schwarzen lieber auf englischen Gebiete arbeiten als auf deutschen?“, fragte er.²⁵² Auch der 1890–92 in Togo stationierte Hauptmann Herold glaubte, England sei im Unterschied zu Deutschland eine erfolgreiche Kolonialmacht, weil es „stets nur vorzügliche, besonders ausgewählte Beamte in die Kolonien sendet.“²⁵³ Gerade diese Angst vor einem Ansehensverlust im Ausland dürfte ein weiteres Motiv für die Reformen gewesen sein, die die Medien durch die Skandale anstießen.

5. DEMONTAGE EINES KOLONIALHELDEN: „HÄNGE-PETERS“

Die ersten großen Kolonialskandale förderten sofort weitere Enthüllungen über die koloniale Gewalt und sexuellen Missbrauch. Nachdem die Öffentlichkeit für diese Normbrüche sensibilisiert war, schien eine große Aufmerksamkeit garantiert. Afrikareisende publizierten über ähnliche Vergehen, und Journalisten und Reichstagsabgeordnete griffen sie in kolonialkritischer Hinsicht auf – insbesondere wenn gerade die Kolonialetats diskutiert wurden. Der Blick erweiterte sich dabei über Kamerun hinaus auf andere Kolonien. So konnte August Bebel im März 1895 Berichte vorbringen, ein Gouverneur habe sieben Männer wegen Nichtigkeiten aufhängen lassen.²⁵⁴ Und sein Parteifreund Georg von Vollmar wies auf einen Bahnangestellten hin, der „nachts gewaltsam in die Häuser des Negerdorfes drang, um sich Weiber zu holen“, und einen Plantagenangestellten, der afrikanische Mädchen kaufte und deren afrikanische Liebhaber schlug. Zudem deutete der Sozialdemokrat Vollmar bereits im März 1895 im Reichstag Vergehen des berühmten Kolonialisten Carl Peters an, ohne ihn namentlich zu benennen. Dieser habe, so Vollmar, seine afrikanische Geliebte und deren Liebhaber aus Eifersucht hängen lassen.²⁵⁵ Vor allem die just veröffentlichte Broschüre des bayrischen Leutnants Hofmeister dürfte ihm dabei als Quelle gedient haben.²⁵⁶ Der Kolonialdirektor des Auswärtigen Amtes, Paul Kayser, wies die Vorwürfe über die Eifersuchtsmorde jedoch als bekannt, aber

²⁵¹ RUDOLF HOFMEISTER, Kulturbilder aus Deutsch-Ostafrika, Bamberg 1895, S. 5.

²⁵² Ebd. (H.i.O.).

²⁵³ ANTON BRUNO HEROLD, Die Behandlung der afrikanischen Neger, Köln 1894, S. 8.

²⁵⁴ RT 19.03.1895, IX. Leg. Per., III. Sess., 64. Sitzung, S. 1582. Gemeint waren „7 arme Teufel“ in Deutsch-Ostafrika, für deren Hinrichtung Gouverneur von Schele verantwortlich sei.

²⁵⁵ RT 18.3.1895, IX. Leg. Per., III. Sess., 63. Sitzung, S. 1571.

²⁵⁶ HOFMEISTER, Kulturbilder, S. 20.

unglaublich zurück, da sie nur von Engländern stammten. Das Mädchen sei eine Spionin gewesen und deshalb hingerichtet worden.²⁵⁷ Öffentlich wurde die Skandalisierung zwar als Ausdruck der englischen Rivalität abgetan, intern nahm die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes die sozialdemokratischen Vorwürfe jedoch ernster. So erstellte sie Dossiers zu den einzelnen Beschuldigungen, prüfte die genannten Quellen und holte Berichte ein.²⁵⁸ Die sozialdemokratische Reichstagskritik prägte damit erneut das Regierungshandeln, das stark unter Rechtfertigungszwang geriet.

Unter den zahlreichen Enthüllungen entwickelten sich die über Carl Peters zu dem herausragenden Skandal. Dieser trug maßgeblich dazu bei, die durch die Skandale um Leist und Wehlan aufgebrachte Kolonialkritik zu erweitern und zu verfestigen. Dass ausgerechnet die Enthüllungen über Peters zum wichtigsten Kolonialskandal der 1890er Jahre führten, lag zunächst an Peters Prominenz. Der Pastorensohn, der in Geschichte promoviert hatte und bei seinem englischen Onkel in London die Kolonialbegeisterung erlernte, gehörte zu den „Kolonialhelden“ der ersten Stunde. Seinen Ruhm begründete er damit, dass er frühzeitig koloniale Gebiete mit „Schutzverträgen“ sicherte, in der Öffentlichkeit für deutsche Kolonien warb und seit 1891 als Reichskommissar in Deutsch-Ostafrika diente.²⁵⁹ Bekannt wurde Peters vor allem durch spektakuläre Expeditionen, die er ähnlich wie Stanley mit regelmäßigen Berichten und Buchveröffentlichungen vermarktete. Das galt vor allem für seine Emin-Pasha-Expedition.²⁶⁰ Sowohl in den deutschen als auch in den englischen Medien fanden sich zeitweise tägliche Berichte über ihn, die mitunter spekulierten, ob Peters noch am Leben sei.²⁶¹ Trotz seines ausgeprägten Rassismus und übersteigerten Nationalismus war Peters damit, ähnlich wie Stanley, bereits vor dem Skandal eine Art „Medienstar“.

Dass Peters in Afrika rücksichtslos vorging, wurde ebenfalls frühzeitig öffentlich thematisiert, zumal er selbst damit in seinen Schriften prahlte. So rezensierte die zentrumsnahe *Kölnische Volkszeitung* 1891 sein Buch *Die Deutsche Emin-Pasha Expedition* mit den Worten: „er ist ein Draufgänger, der rasch den Finger am Drücker hat und was nicht rasch biegen will, das bricht er. Er fordert,

²⁵⁷ RT 18.3.1895, IX. Legislatur Periode, III. Sess., 64. Sitzung, Bd. 139, S. 1573; vgl. hierzu auch: von Buol-Berenberg: RT 18.3.1895, ebd., S. 1593.

²⁵⁸ Vgl. die Dossiers in: BAB/L, R 1001: 7249: 141 ff.; z. B. 3.12.1895 und 7.5.1896 in: BAB/L, R 1001: 7249: 165 f. und 177; Anfragen wie: Kolonialamt an Puttkamer 30.11.1895, in: BAB/L, R 1001: 7249: 28.

²⁵⁹ 1891 war diese Anstellung kommissarisch, ab 1894 fest; vgl. seinen eigenen Lebenslauf in: BAK, ZSg 113-621. Zu seinem Werdegang: ARNE PERRAS, Carl Peters and German Imperialism 1856-1918. A Political Biography, Oxford 2004. Völlig unzureichend dagegen: UWE WIEBEN, Carl Peters. Das Leben eines deutschen Kolonialisten, Rostock 2000.

²⁶⁰ CARL PETERS, Die deutsche Emin-Pasha-Expedition, München und Leipzig 1891.

²⁶¹ Vgl. etwa, als Stichprobe zum Jahreswechsel 1890: FRANKFURTER ZEITUNG Nr. 1, 1.1.1890; KÖLNISCHE ZEITUNG Nr. 361, 30.12.1889; BERLINER TAGEBLATT Nr. 661, 31.12.1889; TIMES 3.1.1890, S. 3; 4.1.1890, S. 5; DAILY NEWS 4.1.1890, S. 4; DAILY TELEGRAPH 1.1.1890, S. 5; FRANKFURTER ZEITUNG Nr. 228, 16.8.1889. Presseauschnitte für 1889, in: BAK, ZSg 113-624.

und wenn man verweigert, so wird genommen und unter Umständen geschossen.“²⁶² Tatsächlich berichtete Peters, wie er Afrikaner in Ketten legte und auspeitschte.²⁶³ Ebenso hörte die Kolonialabteilung schon seit 1892 von dem Vorwurf, Peters habe einen Mann und eine Frau aus Eifersucht getötet. Englische Missionare hatten dies übermittelt und Gouverneur Soden prüfte dies. Peters rechtfertigte jedoch die nicht gemeldeten Todesurteile, er habe sie wegen Diebstahl und Hochverrat ausgesprochen.²⁶⁴ Dieser Vorwurf wurde sogar Reichskanzler Caprivi und Außenstaatssekretär Marschall vorgetragen.²⁶⁵ Nach den sozialdemokratischen Andeutungen im Reichstag 1895 verhörte das Auswärtige Amt erneut Zeugen und bat Peters um eine Stellungnahme über die Vorkommnisse, wobei Peters am 9. April 1895 über die gehängte Afrikanerin sagte: „Sie hat sich als eine Art von Freudenmädchen auf der Station aufgehalten, und ich gebe zu, daß ich sie auch in der allerersten Zeit ihrer Anwesenheit ein- oder zweimal benutzt habe.“²⁶⁶ Damit verhärtete sich zwar der Verdacht auf einen Eifersuchtsmord, nachweisbar erschien dies aber nicht. Auch aus Angst, es könne ein weiterer Skandal entstehen, sah die Kolonial-Abteilung von einer Entlassung ab und bot Peters stattdessen eine hoch dotierte Stelle als Landeshauptmann in Ostafrika an.²⁶⁷ Die vorherigen Skandale um Leist und Wehlan hatten folglich zwar den Willen zur Aufklärung von kolonialer Gewalt gestärkt, ihr aber aus der Angst vor der Öffentlichkeit zugleich gewisse Grenzen gesetzt.

Der drohende Skandal wurde auch dadurch forciert, dass Peters offensichtlich nicht mehr unbedingt zurück nach Schwarzafrika wollte. So verlangte er vergeblich einen Posten als Beamter im Auswärtigen Amt oder ein attraktives Generalkonsulat, und kandidierte ebenso erfolglos für den Reichstag. Einen Posten als Landeshauptmann lehnte er schließlich ab und ging mit 39 Jahren mit Pension in den einstweiligen Ruhestand.²⁶⁸ Peters nutzte in Berlin seine freie Zeit für die Kolonial- und Flottenagitation und bemühte sich, den dortigen Vorsitzenden der Kolonialgesellschaft, den Zentrumsmann Prinz Arenberg, zu stürzen. Ebenso brachte er sich, wenn auch chancenlos, als Nachfolger des Leiters der Kolonialabteilung ins Gespräch, da Kaysers Position durch die Skandale angeschlagen war.²⁶⁹ Gerade diese aktionistische Präsenz förderte Ent-

²⁶² KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG 11.2.1891.

²⁶³ Vgl. etwa: PETERS, Emin-Pasha, S. 54f., 59 u. 89.

²⁶⁴ Bischof Smythies übermittelte dies; vgl. hierzu bereits: REUSS, *The Disgrace*, S. 121f.

²⁶⁵ So zumindest nach der späteren Rechtfertigung Kaysers im RT 13.3.1896, IX. Legislatur Periode, IV. Sess., 1895–97, 59. Sitzung, Bd. 144, S. 1441.

²⁶⁶ Kolonial-Abteilung an Peters 6.4.1895, in: BAB/L, N 2223/42: 16; Aussage Peters 9./10.4.1895, in: BAK, NL 1067-21. Antwort auch verlesen in: RT 14.3.1896, IX. Legislatur Periode, IV. Sess., 1895–97, 60. Sitzung, Band 144, S. 1452.

²⁶⁷ Bei 25 000 Mark Gehalt; Kolonial-Abteilung an Peters 31.5.1895, in: BAB/L, N 2223/42: 21.

²⁶⁸ AA an Peters 18.11.1895 abgedr. „Dr. Carl Peters, Mißbrauch der Amtsgewalt, Berlin 1899“, S. 19 in: BAK, ZSg 113-621.

²⁶⁹ So sah es Kayser selbst; DERS. an Eulenburg 18.3.1896, abgedr. in: Eulenburgs Politische Korrespondenz, Bd. 3, S. 1654.

hüllungen durch seine zahlreichen Gegner. Da entsprechende Gerüchte über ihn in Berlin längst kursierten, war absehbar, dass sich die Reichstagsdebatte über den Kolonialetat am 13. März 1896 auch um Peters drehen würde.²⁷⁰

Die Reichstagssitzung, bei der der Peters-Skandal seinen Ausgang nahm, zeigte die enge Verbindung zu den vorherigen Skandalen um Leist und Wehlan. Schon die ersten Reden griffen sie erneut auf, wobei sich eine gewisse Normverschiebung andeutete. Die Kolonialkritik reichte nun weiter ins bürgerliche Lager. Der Zentrumsabgeordnete Prinz Arenberg, immerhin vormals Präsident der Berliner Abteilung der Kolonialgesellschaft, sprach etwa von Wehlan als einem „ungewöhnlich brutalen, jeder Menschlichkeit baren und geradezu von einer krankhaften Grausamkeit beseelten Menschen“, und forderte, dass „Neger“ zumindest die Rechte von Tieren bekommen müssten, deren blutiges Auspeitschen bestraft würde.²⁷¹ Der konservative Pastor Schall forderte sogar, die „Neger“ nach den gleichen Gesetzen zu behandeln wie die eigenen Landsleute in der Heimat. Unter Anspielung auf die Vergehen von Carl Peters fragte er, wie „noch einmal wieder sich ein Fall ereignen konnte, der nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten civilisierten Welt tiefste Entrüstung hervorrufen musste“.²⁷²

Enthüllt wurden die Vergehen von Peters gleich im Anschluss von August Bebel. Seine Rede ließ verschiedene rhetorische Strategien erkennen, die ihre Wirkung mit erklären durften. Zunächst knüpfte Bebel seine Enthüllungen eng an die bekannten Untaten von Leist und Wehlan an, um Peters Handeln wahrscheinlicher erscheinen zu lassen. Das Vergehen von Peters nannte er nicht einfach, sondern rahmte es in eine detailreich ausgeschmückte Geschichte ein, die bildhaft Phantasien freisetzte und zugleich verallgemeinerte. Vor allem legte sie explizit seinen sexuellen Normbruch dar, der besondere Empörung versprach. Peters habe sich am Kilimandscharo als erstes,

wie das bei den Zivilisatoren drüben in Afrika mit Ausnahme der Missionare, wie ich wieder hervorhebe, fast ausnahmslos die Regel ist, eine Eingeborene als Beischläferin erworben. Diese Beischläferin war ein sehr schönes Dschaggamädchen, namens Gidschagga, die Schwester des Häuptlings Manamia in Maba. Gidschagga mochte von den erzwungenen Zärtlichkeiten des Dr. Peters nicht sehr befriedigt sein und sie knüpfte ein intimes Verhältnis an mit einem seiner Diener mit Namen Mabrucki. Das erfuhr Dr. Peters. Jetzt gab er sofort den Befehl, das junge Mädchen und den jungen Mann an den Galgen zu hängen (Bewegung), weil das junge Mädchen ihm gegenüber einen Vertrauensbruch begangen habe.²⁷³

Mit den zahlreichen Details und Namensnennungen versuchte Bebel, die Zuverlässigkeit seiner Kenntnisse über Gerüchte hinaus zu zeigen. Als Belege nannte Bebel vor allem Quellen aus kirchlichen Kreisen, um auch katholische

²⁷⁰ So die Presse rückblickend: HAMBURGER NACHRICHTEN Nr. 64, 15. 3. 1896.

²⁷¹ RT 13. 03. 1896, IX. Legislatur Periode, IV. Sess., 1895–97, 59. Sitzung, Bd. 144, S. 1421.

²⁷² Ebd., S. 1422.

²⁷³ Ebd., S. 1432f. Zum Skandal vgl. bisher, allerdings mit einem stärkeren Fokus auf die Ereignisrekonstruktion: REUSS, *The Disgrace*, S. 214–230.

und konservative Abgeordnete zu überzeugen. Neben namentlich genannten Zeugen von Mission und Station und Auszügen aus Peters eigenen Schriften war sein Hauptbeleg ein angeblicher Brief von Peters an den englischen Bischof Tucker, in dem Peters sich rechtfertigte, dass er „nach afrikanischem Gebrauch verheiratet gewesen sei, und daß ihm nach afrikanischen Recht zustand, die Ehebrecherin mit dem Tode zu bestrafen“.²⁷⁴ Damit ähnelte Bebels Rede einem Staatsanwalt, der detailliert eine Tat rekonstruierte, Zeugen und Belege nannte und die Wahrscheinlichkeit der Vergehen prüfte. Zugleich zeigte Bebels Spott über Peters Sexualität, die nicht zur Befriedigung seiner Geliebten ausgereicht hätte, Züge eines sensationellen Boulevardjournalismus auf, wie er in Deutschland bisher kaum existierte. Die Quellen für Bebels Enthüllungen können nicht abschließend geklärt werden. Einiges spricht dafür, dass neben Rudolf Hofmeister auch der Journalist Eugen Wolf ihm Material gab, wie auch Peters intern vermutete.²⁷⁵

Bereits im Reichstag kündigte sich an, dass die Vorwürfe eine starke Empörung und damit einen großen Skandal auslösen würden. Da Bebel Sozialdemokrat war, unterlagen seine Enthüllungen per se dem Misstrauen der Abgeordneten. Glaubhaft wurden sie aber dadurch, dass der Kolonialdirektor Kayser in seiner Antwort zwar widersprach, prinzipiell jedoch die Vorwürfe gegen Peters bestätigte. Der Kolonialdirektor gestand Peters Liebesaffären und die Hinrichtungen wegen Diebstahl, was nicht nur die Verdienste Peters, sondern auch die Kolonialpolitik insgesamt verdunkeln würde. Das Protokoll verzeichnete sofort „stürmische Unterbrechungen“. Auch wenn Kayser in seiner Rede am nächsten Tag einen „geschlechtlichen Zusammenhang“ mit der Hinrichtung zurückwies, suggerierten die von ihm vorgetragenen Aussagen doch Peters Schuld.²⁷⁶ Den Kolonialkritikern war es mit dieser Skandalisierung folglich gelungen, die Kolonialpolitik insgesamt maßgeblich in Frage zu stellen, da deren Verwalter offensichtlich trotz besseren Wissens versagten. Vor allem rückten die Sozialdemokraten öffentlich in die Rolle des moralischen Tugendwächters, die im Unterschied zum Auswärtigen Amt für die Einhaltung von Recht und Sitte eintraten, wie auch Wilhelm II. verbittert bemerkte.²⁷⁷ Die Sozialdemokratie schien zudem über Informationskanäle zu verfügen, die bis nach Afrika reichten, kirchliche Kreise einschlossen und die der Regierung übertrafen.

Bebels Vorwürfe erschienen sofort in allen Zeitungen.²⁷⁸ Nahezu die gesamte Öffentlichkeit rückte von Peters ab und empörte sich spöttisch über ihn. Selbst die „Kreuzzeitung“ erklärte ihre angeblich schon immer bestehende Distanz zu Peters damit, dass er kein Christlich-Konservativer sei.²⁷⁹ Die Zentrums Presse

²⁷⁴ RT 13.3.1896, IX. Legislatur Periode, IV. Sess., 1895–97, 59. Sitzung, Bd. 144, S. 1434.

²⁷⁵ Peters an Harden 21.3.1896, in: BAK, N 1062: 79.

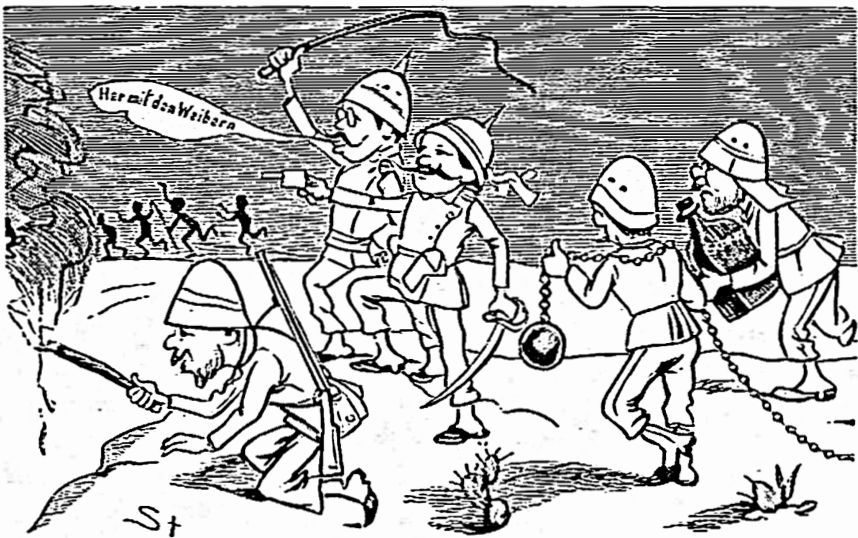
²⁷⁶ RT 14.3.1896, IX. Legislatur Periode, IV. Sess., 1895–97, 60. Sitzung, Bd. 144, S. 1452.

²⁷⁷ Vgl. die Marginalien des Kaisers in: Hohenlohe an Wilhelm II. 22.3.1896, in: BAK, NL 1067-21.

²⁷⁸ Vgl. etwa: FRANKFURTER ZEITUNG ab Nr. 75, 15.3.1896; KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG Nr. 242, 15.3.1896.

²⁷⁹ NEUE PREUSSISCHE ZEITUNG Nr. 130, 17.3.1896.

Der Schrecken von Afrika.



Die Schwarzen: „Mette sich, wer kann! Das Christenthum und die Civilisation kommen! Helft uns, ihr guten Fetische, sonst sind wir alle verloren.“

Abb. 7: Die Verkehrung der Stereotype: Nicht mehr die laxe Moral der Afrikaner, sondern die der Kolonialisten erschien nach den zahlreichen Skandalen Mitte der 1890er Jahre als Gefahr. Aus: Kladderadatsch Nr. 12, 22. 3. 1896.

drohte damit, die Unterstützung des Kolonialismus zu überlegen, wenn derartige Vorfälle nicht aufhörten.²⁸⁰ Peters wurde, wörtlich und in Karikaturen, als triebgesteuerter Lüstling dargestellt, der sich Afrika als Harem aneignet.²⁸¹ Wie bei den Skandalen um Leist und Wehlan erschien auch hier nicht mehr die moralische Laxheit der Afrikaner, sondern die der Kolonialisten als eigentliche Bedrohung (vgl. Abb. 7). Gerade wegen des Rassismus und Moralismus der Kolonialbewegung traf die Herausstellung des Geschlechtsverkehrs einen empfindlichen Nerv. In den Hamburger Kneipen vermerkten die Polizeispitzel zahllose Gespräche über Babels Rede, die Peters Vergehen mit denen von Wehlan und Leist verglichen. So sagte ein Gast etwa laut Polizeiprotokoll: „Wenn

²⁸⁰ GERMANIA Nr. 63, 15. 3. 1896; KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG Nr. 177, 14. 3. 1896. Sie verwies dabei auf die Rede von Lieber im Reichstag, der diesen Schluss jedoch laut Protokoll nicht so klar zog; RT 16.03.1896, IX. Legislatur Periode, IV. Sess., 1895–97, 61. Sitzung, Bd. 144, S. 1494.

²⁸¹ KLADDERADATSCH Nr. 12, 22. 3. 1896, S. 48.

man die Aufzeichnungen von B. [Bebel] lese, so denke man es könnte gar nicht möglich sein, daß Deutsche so handeln können, aber man müsste es glauben, da es ja nicht die ersten Fälle von Grausamkeiten sind, außerdem B. sehr vorsichtig ist, unwahre Behauptungen an den Tag zu bringen.“²⁸² Die vorherigen Skandale machten damit die neuen Enthüllungen glaubhafter.

Trotz der breiten öffentlichen Empörung missbilligte die politische Rechte allerdings nicht durchweg derartige Hinrichtungen. Justizminister Schönstedt wandte sich etwa dezidiert dagegen, Reichsgesetze auch in den Kolonien gelten zu lassen, und bezeichnete die Todesurteile eines Kriegsherrn rechtens.²⁸³ Ebenso nannte der konservative Abgeordnete von Manteuffel die Hinrichtung von Spionen im Krieg als üblich; problematischer sei, dass Peters sich bei seiner Liebenschaft „muselmanischen“ Regeln unterworfen hätte.²⁸⁴ In der Presse unterstützte besonders Maximilian Harden derartige Strafen. Während Harden bei anderen Themen Toleranz zeigte, erwies er sich gegenüber Afrikanern immer wieder als Rassist. So verteidigte er Peters Verhalten mit den Worten: „Die schwarzen Brüder sind blutgierige und raubsüchtige Halunken, die einstweilen nur durch die Furcht zu bändigen sind.“²⁸⁵ Ebenso sei es unter den afrikanischen Bedingungen normal, dass keine Keuschheit herrsche. Carl Peters, der mit Harden nun fast täglich korrespondierte, schrieb dem Journalisten daraufhin, „ich konnte keinen besseren Anwalt finden als Sie sich diesmal erwiesen haben.“²⁸⁶ Gerade im Rückblick ist diese Liaison zwischen dem antisemitischen Kolonialisten und dem später wegen seiner jüdischen Herkunft attackierten Harden bemerkenswert. Das Beispiel zeigte zudem einmal mehr, dass Harden eben nicht einfach auf moralische Empörung und Sensationsgeschichten abzielte, sondern vor allem auf eine unabhängige und provokative Positionierung.

Zumindest Teile der politischen Rechten sprachen sich weiterhin dagegen aus, derartige Vorwürfe öffentlich zu verhandeln, da man eine „Selbstschändung“ vor dem Ausland vermeiden müsse.²⁸⁷ Sie fürchteten insbesondere um das Ansehen beim Kolonialvorbild und -rivalen England. Tatsächlich spotteten viele ausländische Berichte über den deutschen Kolonialismus. Die *Pall Mall Gazette* fragte, ob Deutschland wirklich als Kolonialmacht geeignet sei,²⁸⁸ und der englische *Spectator* deutete die Skandale direkt als Zeichen der angelsächsischen kolonialen Überlegenheit: „This is the third case and yet German officials wonder why, even when they have acquired colonies, German settlers prefer to immig-

²⁸² Vigilanzberichte Schutzmann Erxleben 17.3.1896, in: StAH, S 3930-21 Bd. 3.

²⁸³ „Kann bei diesen uncivilisierten, wilden, jeder Erziehung, sittlicher und geistiger Erziehung entbehrender Völkerschaften seitens der Beamten mit den Mitteln operiert werden, wie wir sie in unseren civilisierten Land für ausreichend halten?“ Schönstedt RT 14.03.1896, IX. Legislatur Periode, IV. Sess., 1895-97, 60. Sitzung, Bd. 144, S. 1461.

²⁸⁴ Ebd., S. 1480.

²⁸⁵ HARDEN, Struwpeters, in: ZUKUNFT 21.3.1896, S. 529-536, hier S. 536.

²⁸⁶ Peters an Harden 20.3.1896, in: BAK, N 1062: 79.

²⁸⁷ LEIPZIGER NEUESTE NACHRICHTEN Nr. 74, 15.3.1896; RHEINISCH-WESTFÄLISCHE ZEITUNG Nr. 91, 31.3.1896.

²⁸⁸ PALL MALL GAZETTE 16.3.1896.

rate to America or to the British Colonies.“²⁸⁹ Die *Times* berichtete wie meist im Auslandsteil mit ruhiger Distanziertheit, machte den Terror durch den deutschen Kolonialhelden aber unmissverständlich deutlich und hoffte, dass sich künftig „Christianity, humanity and morals“ gegenüber der rücksichtslosen Grausamkeit durchsetzten.²⁹⁰ Diese Deutungen standen im Kontext der zeitgleichen deutsch-englischen Spannung in der Kolonialpolitik, die der *Jameson Raid* in Transvaal und die Krüger-Depesche von Wilhelm II. ausgelöst hatten.²⁹¹ In der moralischen Rivalität darüber, welches Land einen besonders legitimen Kulturauftrag in den Kolonien erfüllte, war dieser Peters-Skandal ein weiterer Rückschlag.

Auch die deutsche Debatte über die koloniale Gewalt blickte vielfach auf die englischen Skandale. Die politischen Milieus zogen aus der britischen Kolonialpolitik allerdings unterschiedliche Schlüsse. Konservative wie von Arnim führten an, dass man in England aus Patriotismus nie die Grausamkeiten von Stanley kritisiert habe.²⁹² Auch der Justizminister relativierte die Vorwürfe gegen Peters damit, dass Stanley und andere grausamer gehandelt hätten, und verschiedene rechte Zeitungen schlossen sich dem an.²⁹³ Dagegen wies der liberale Abgeordnete Richter zwar Vergleiche mit Stanley zurück, argumentierte aber ebenfalls mit englischen Skandalen. Er verglich Peters Eroberungen mit dem *Jameson Raid* in Transvaal. Jameson sei zu Recht vor Gericht gestellt worden, Peters hingegen bisher nicht.²⁹⁴ Das Empire blieb folglich ein Referenzraum, der vielfältige Argumente bediente.

Besonders die Sozialdemokraten führten nach den deutschen Skandalen den englischen Kolonialismus als Vorbild an. So betonte Wilhelm Liebknecht im Reichstag, England habe überall Freiheit und Kultur gebracht, Deutschland hingegen weise nur eine beschämende „Liste der Peters, Leist und Konsorten auf“. Dies liege an Englands freiheitlicher Verfassung, während in Deutschland Parteiwillkür und Unfreiheit herrsche.²⁹⁵ Dieser wohlwollende Blick auf das britische Empire verknüpfte somit die Reform der Kolonien und des Staates. Der Vergleich eröffnete innerhalb der Sozialdemokratie zudem eine gewisse Akzeptanz eines reformierten humanen Kolonialismus. Vor allem Eduard Bernstein verstärkte im Zuge der Kolonialskandale diesen Transfer, indem er den englischen Kolonialismus als Vorbild aufwertete und daraus Überlegungen ableitete, wie sich Sozialismus und humaner Kolonialismus vereinbaren ließen.²⁹⁶

²⁸⁹ SPECTATOR 21. 3. 1896, S. 399.

²⁹⁰ Zit. TIMES 16. 3. 1896, S. 5; TIMES 14. 3. 1896, S. 11.

²⁹¹ Zu den Spannungen vgl. FRÖHLICH, Konfrontation, S. 314f.

²⁹² RT 14. 3. 1896, IX. Legislatur Periode, IV. Sess., 1895–97, 60. Sitzung, Bd. 144, S. 1452.

²⁹³ Ebd., S. 1461. Vgl. etwa: RHEINISCH-WESTFÄLISCHE ZEITUNG Nr. 91, 31. 3. 1896.

²⁹⁴ RT 14. 3. 1896, IX. Legislatur Periode, IV. Sess., 1895–97, 60. Sitzung, Bd. 144, S. 1465.

²⁹⁵ So Liebknecht rückblickend RT 21. 6. 1899, X. Leg. Per., I. Sess., 1898/99, 98. Sitzung, Bd. 159, S. 2708; vgl. auch SCHRÖDER, Sozialismus, S. 166.

²⁹⁶ Selbst im Burenkrieg bekräftigte er diese Position; vgl. BERNSTEIN, Sozialdemokratie und Imperialismus, in: Sozialistische Monatshefte (1900), S. 238–251 u. 549–562; FRANCIS LUDWIG

Auch Carl Peters selbst reagierte auf die Vorwürfe. Über den befreundeten Abgeordneten von Arnim wies er sie bereits einen Tag später im Reichstag zurück, was damit die gesamte Medienöffentlichkeit erreichte. Zudem dementierte er, jemals einen Brief an Bischof Tucker verfasst zu haben.²⁹⁷ Ebenso gab er sofort entsprechende Erklärungen an die Presse und ließ den „einzigen Brief“ veröffentlichen, den er je an einen englischen Missionar geschrieben habe, bis die Regierung Peters tagsdrauf jede weitere öffentliche Stellungnahmen untersagte.²⁹⁸ Wie Peters' Korrespondenz mit seiner Schwester zeigt, sah er sich selbst als verletzter Held, der einer Intrige zum Opfer gefallen war. Trost suchte er in religiösen Deutungen und in der Vorstellung, er könne den Reichskanzler und Leiter der Kolonialabteilung stürzen.²⁹⁹ Immerhin gelang es Peters und der ihm nahe stehenden Presse, Kolonialdirektor Kayser die Hauptschuld an dem Skandal zu zuschreiben, da dieser ihn nicht energisch verteidigt habe.³⁰⁰ Dass Kayser die Vorwürfe nicht vorher genügend untersucht hatte und Peters einen Posten anbot, machte ihn auch für die Kolonialkritiker zur Zielscheibe. Tatsächlich zermürbte dies Kayser so sehr, dass er um eine Versetzung an das Leipziger Reichsgericht bat, was ihm mit einem großzügigen finanziellen Ausgleich schmackhaft gemacht wurde.³⁰¹ Damit zeigte sich wieder einmal, dass gerade bei deutschen Skandalen zuerst diejenigen ihre Posten verloren, die in der Bürokratie nicht an deren Vertuschung mitarbeiteten.

Angesichts der massiven Vorwürfe leitete Reichskanzler Hohenlohe sofort nach Babels Entdeckungen eine Untersuchung gegen Peters ein, die im September in ein förmliches Disziplinarverfahren mündete.³⁰² Babels Hauptbeweis, Peters Brief an Bischof Tucker, erwies sich rasch als nicht existent. Babel hatte zwar in London Eduard Bernstein gebeten, das Original zu finden, musste aber einsehen, dass wohl nur ein Brief an Bischof Smithies vorlag, der jedoch kein vergleichbares Schuldeingeständnis barg.³⁰³ Dafür brachte die Ermittlung andere Belege zu Tage, die sowohl eine illegitime Tötung als auch ein Eifersuchtsmotiv nahe legten. So schrieb der Kompanieführer Freiherr von Bülow etwa am

CARSTEN, Eduard Bernstein 1850–1932, München 1993, S. 51f. u. 68; MARKKU HYRKKANEN, Sozialistische Kolonialpolitik: Eduard Bernsteins Stellung zur Kolonialpolitik und zum Imperialismus 1882–1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Revisionismus, Helsinki 1986, S. 184f.

²⁹⁷ RT 14. 3. 1896, IX. Legislatur Periode, IV. Sess., 1895–97, 60. Sitzung, Bd. 144, S. 1452.

²⁹⁸ Hohenlohe an Peters 18. 3. 1896, in: BAB/L, N 2223/42: 43. Vgl. seine Erklärung im KLEINEN JOURNAL 17. 3. 1896, die in alle Zeitungen wanderte.

²⁹⁹ Vgl. die Briefe: Peters an Elli o. D. (1896), in: BAB/L, N 2223/89: bes. 6 u. 11.

³⁰⁰ RHEINISCH-WESTFÄLISCHE ZEITUNG Nr. 91, 31. 3. 1896. Vgl. auch Kayser's Selbstwahrnehmung: Kayser an Eulenburg 18. 3. 1896, abgedr. in: Eulenburg's Politische Korrespondenz Bd. 3, S. 1653f.

³⁰¹ Schreiben Kayser 28. 9. 1896, in: BAK, N 1007-1604; sowie: Kayser an Eulenburg 4. 9. 1896, abgedr. in: Eulenburg's Politische Korrespondenz, Bd. 3, S. 1737.

³⁰² Hohenlohe an Peters 18. 3. 1896, in: BAB/L, N 2223/42: 43; 21. 9. 1896 förmliches Disziplinarverfahren (Urteil in Druck von 1907) in: BAB/L, R 8034 II 347: 103.

³⁰³ Vgl. den Bericht in: Babel an W. Liebknecht 17. 5. 1896, in: BAB/L, NY 4034-134. Vgl. auch PERRAS, Peters, S. 224f.

7. Juni 1892 an den zuständigen Gouverneur: „Dr. Peters hat das Frauenzimmer und den Diener deswegen aufgehängt, weil sie geschlechtlichen Umgänge zusammen getrieben haben.“³⁰⁴ Ähnliche Aussagen machten ein Konsul, ein Maler, zwei Ingenieure und ein Leutnant. Damit erschien eine Verurteilung nahe liegend.

Die Urteilsbegründungen der kaiserlichen Disziplinarkammern deuteten ebenfalls eine gewisse Verschiebung der Normen an. Abermals erfolgte diese allerdings bei den Richtern zögerlicher als in der Öffentlichkeit, was ein Vergleich der ersten Urteilsbegründung und der der Revision belegt. So sprachen die Richter zunächst den Afrikanern weiterhin nur eine untergeordnete Menschenwürde zu. Die Hinrichtung Mabrucks bezeichneten sie als „Dienstvergehen“, da der Einbruch oder eine geschlechtliche Beziehung eine „nicht todeswürdige Handlung“ sei. Bei der Tötung von Jagodjo sowie der Prügelung und Kettenlegung der Frauen hatte sich das Gericht dagegen „von der Schuld des Angeklagten nicht überzeugen können.“ Wie bei Leist und Wehlan legitimierte es die Entlastung mit Verweisen auf das angebliche afrikanische Stammesrecht: Da die Frau ein Geschenk eines Häuptlings gewesen sei, sei eine Zurückweisung nicht möglich gewesen. Ebenso sei die Prügelstrafe legitim, und die zweite Flucht sei „geeignet, die Todesstrafe zu rechtfertigen“. Als schwerstes Vergehen sah es Peters falsche Berichterstattung, „weil es vorsätzlich begangen ist“.³⁰⁵ Besonders aus diesem Grunde lautete das Urteil Dienstentlassung ohne Pension. Noch schwerer als das Urteil wogen für Peters aber die Aussagen im Prozessverlauf und die Urteilsbegründung, die erneut Details über den sexuellen Missbrauch dokumentierten; etwa, dass Peters Frauen blutig ausgepeitscht und mit seinen Gefährten drei schwarze Frauen in der Vorratskammer festgehalten hatte. Damit wurde erneut das Bild der afrikanischen Zwangsprostituierten belebt, das bereits beim Leist-Skandal seine Wirkungsmacht entfaltet hatte.

Gerade diese erneuten Enthüllungen im Zuge des Urteils sorgten für eine vernichtende Empörung über Peters, obgleich das Gericht ihn von dem eigentlichen Vorwurf freigesprochen hatte. Selbst die nationalliberalen, konservativen und offiziellen Zeitungen richteten sich ausnahmslos gegen ihren einstigen Kolonialhelden. So stellte etwa die „Kreuzzeitung“ resigniert fest, dass die Deutschen statt der Kulturmission „die herbe Enttäuschung erleben müssen, daß nacheinander drei hervorragende Beamte unserer deutschen Kolonial-Verwaltung sich grobe Ausschreitungen haben zu schulden kommen lassen“.³⁰⁶ Auch wenn sie die Prügel- und Todesstrafe für Frauen für nötig ansah, seien die Konkubinen und der deutsche Ansehensverlust eine Schande. Die nationalliberale Presse sah das Urteil als schweren Schlag „für unsere Colonialsache“. Von der

³⁰⁴ Zit. nach Urteil Disziplinargericht in Druck von 1907 in: BAB/L, R 8034 II 347: 94.

³⁰⁵ Urteil in Druck von 1907 in: BAB/L, R 8034 II 347: 100.

³⁰⁶ NEUE PREUSSISCHE ZEITUNG Nr. 197, 29. 4. 1897. Ähnlich auch die rechte DEUTSCHE TAGESZEITUNG Nr. 192, 26. 4. 1897. Die offiziöse NORDDEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG sah zwar von Kommentaren ab, druckte aber alle Vergehen Peters; DIES. Nr. 174, 25. 4. 1897.

Regierung forderte sie in Zukunft, die Klagen ernster zunehmen und von der „Geheimhaltung der Acten“ abzusehen, damit die Sozialdemokratie nicht noch einmal Profit aus einer „Vertuschung“ ziehen könne.³⁰⁷ Selbst Peters größter Verteidiger, Maximilian Harden, erkannte nun dessen Schuld an, obgleich er dessen frühere Verdienste würdigte.³⁰⁸ Ähnlich äußerten sich die Stammtische. Laut Spitzelprotokollen sahen sie das Urteil als eine Niederlage für die Kolonialisten und für die Regierung, die die Sache übergehen wollte. Peters müsse unbedingt hart bestraft werden und die Kolonien seien neu zu gestalten, denn Leute wie Peters, Leist und Wehlan seien eine Schande für Deutschland, das als „zivilisiertester Staat der Welt“ zur Kultivierung in den Kolonien beitragen wollte.³⁰⁹

Ähnlich wie Leist ging Peters in Revision, und erneut führte die öffentliche Empörung dazu, dass das Gericht die Verurteilung verschärfte. Die Justiz reagierte damit auf den Normenwandel im Skandal. Peters wurde nun in allen Punkten für schuldig gesprochen. Der Schuldspruch bezog sich jetzt auch auf die Hinrichtung von Jagodjo aufgrund einer geschlechtlichen Beziehung. Ebenso machte es Peters für unzulässige Auspeitschungen und krieglerische Verwicklung verantwortlich. Dabei wurde den Aussagen der Afrikaner jetzt zumindest ein „gewisser Wert“ beigemessen.³¹⁰ Vor allem machte der zweite Prozess weitere Aussagen öffentlich, die Peters vollends diskreditierten; etwa den Bericht eines österreichischen Konsuls, dem Peters prahlend über die Hängung des Mannes erzählt hatte („Ich bin ein stiller ernster Pastorensohn, aber die Lochbruderschaft mit diesen Schweinen paßte mir nicht“) oder Berichte, wie Peters im Bambusstuhl sitzend der blutigen Auspeitschung der Frauen zusah.³¹¹ Neben der Dienstentlassung und der Aberkennung von Pension und Titel musste Peters die Prozesskosten zahlen. Eine strafrechtliche Verfolgung, wie sie Sozialdemokraten, Liberale und Teile anderer bürgerlicher Parteien forderten, fand dagegen nicht statt, da Peters Vergehen im Ausland begangen worden seien und dafür keine Regelungen vorgelegen hätten. Das Versäumnis, hier entsprechende Regeln zu erlassen, fiel dabei erneut negativ auf die Kolonialadministration zurück.

Der Skandal hatte erneut Folgen, die über die Entlassung Peters und Kaysers Rücktritt hinaus reichten. Vor allem sorgte er für die Fortführung der rechtlichen Reformen, die bereits nach den ersten Kolonialskandalen kurz zuvor eingesetzt hatten. So wurde bereits sechs Wochen nach Bebels Enthüllung die Zuständigkeit für die Strafgerichtsbarkeit, die Art der Strafen, ihre Vollstreckung und die Disziplinarbefugnisse der Bezirksmänner und Stationschefs im Innern

³⁰⁷ KÖLNISCHE ZEITUNG 26. 4. 1897.

³⁰⁸ HARDEN, Peters, in: ZUKUNFT 1. 5. 1897, S. 236.

³⁰⁹ Vgl. etwa die Berichte: Schutzmann Graumann 30. 4. 1897 und 5. 5. 1897 in: StAH, S 3930- 22 Bd. 4.

³¹⁰ Urteil in Druck von 1907 in: BAB/L, R 8034 II 347: 110.

³¹¹ Vgl. stellvertretend: VOSSISCHE ZEITUNG Nr. 537, 15. 9. 1897.

festgelegt. Teile davon verwiesen direkt auf die Skandale. So hieß es nun: „Die endgültige Verhängung der Todesstrafe steht allein dem Gouverneur zu.“ Ebenso bedurften höhere Haft- und Geldstrafen seiner Genehmigung. Bei schweren Verbrechen seien zudem bei der Strafverhängung Eingeborene hinzuzuziehen. Direkt auf die Skandale bezog sich auch §4: „[...] gegen eine Frauenperson irgend welchen Alters darf auf Prügel- oder Ruthenstrafe nicht erkannt werden.“³¹² Auch dieser Skandal verstärkte somit die Eindämmung der individuellen Befugnisse und die Stärkung von Zentralisierung und Reglementierung von Verfahren.

Da der sexuelle Verkehr zwischen Deutschen und Afrikanerinnen erneut den Kern des Skandals gebildet hatte, suchte die Kolonialbewegung nach Maßnahmen dagegen. So diskutierte die Deutsche Kolonialgesellschaft bereits bei ihrem Treffen 1896 die Frage der „Mischehen“, die als Gefahr gesehen wurden. Aus dieser Debatte heraus entstand die Anregung, die Ansiedlung weißer Frauen in Afrika zu organisieren, um die sexuellen Kontakte zwischen schwarz und weiß zu unterbinden. So gewährte die Deutsche Kolonialgesellschaft Reisehilfen für die Verschiffung von Bräuten und Verwandten. Da Frauen als das sittlich überlegene Geschlecht angesehen wurden, erhoffte man sich von ihrer Umsiedlung generell eine Hebung der Moral, von den Kolonisierten und den Kolonisten.³¹³

Der Peters-Skandal förderte zudem die öffentliche Aufdeckung weiterer Fälle, die die grausame Gewaltwillkür in den Kolonien dokumentierten und nun härter bestraft wurden. Sie wiesen vielfach ähnliche Vergehen wie die bisherigen Skandale auf. So erfuhren die Leser schon im Sommer 1896 von dem Pflanzungsleiter Friedrich Schröder, der in Ostafrika willkürlich auf Farbige schoss, sie folterte und „wüste Orgien“ mit afrikanischen schwarzen Mädchen abhielt. Wiederum scheint das *Berliner Tageblatt* durch ihren Afrikakorrespondenten Eugen Wolf zuerst entsprechende Berichte aufgebracht zu haben.³¹⁴ Auf die Meldungen folgten Zuschriften von Mitarbeitern Schröders an die Presse, die zahlreiche Geschichten über ihn verbreiteten; so habe er einen Häuptling einfach mit Schrot in den Rücken geschossen oder Schwarze an einen Pfahl gebunden.³¹⁵ Infolge der bisherigen Skandale wurde Schröder härter bestraft: Auch wenn die Richter abermals ausführten, dass die afrikanischen Frauen auf einer

³¹² REICHS-ANZEIGER Nr. 104, 1. 5. 1896, in: BAK, R 1001-5626.

³¹³ KATHARINA WALGENBACH, „Die weiße Frau als Trägerin deutscher Kultur.“ Koloniale Diskurse über Geschlecht, „Rasse“ und Klasse im Kaiserreich, Frankfurt a. M. 2005, bes. S. 125–131. Vgl. zur Ansiedlung deutscher Frauen: KUNDRUS, *Moderne Imperialisten*, S. 78–83; WILDENTHAL, *GermanWomen*, S. 90; NILS OLE OERMANN, *Mission, Church and State Relations in South West Africa under German Rule (1884–1915)*, Stuttgart 1999, S. 213f.; DANIEL JOSEPH WALTHER, *Creating Germans Abroad. Cultural Policies and National Identity in Namibia*, Ohio 2002.

³¹⁴ BERLINER TAGEBLATT Nr. 375, 25. 7. 1896.

³¹⁵ GERMANIA Nr. 171, 28. 7. 1896 u. Nr. 179, 6. 8. 1896; KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG Nr. 523, 1. 8. 1896.

„äußerst niedrigen sittlichen Stufe stehen und gerade über Geschlechtsehre die laxesten Begriffe haben“, erhielt Schröder erst 15 Jahre Haft, dann in zweiter Instanz zumindest fünf Jahre wegen Vergewaltigungen und Körperverletzungen.³¹⁶ Innerhalb der Kolonialadministration sprach man sich dabei gegen jede Milde aus, zumal Schröder für „das Mehrfache“ des Verhandelten verantwortlich sei.³¹⁷ Noch härter bestraft wurden die Vergehen von Prosper von Arenberg, der einen „Bastard“ betrunken gemacht, an die Decke gebunden, gefoltert und dann erschossen hatte. Nachdem ein Militärgericht ihm erst nur zu drei Jahren verurteilt hatte, führte die Revision nach öffentlichen Protesten zu 15 Jahren Haft.³¹⁸ Offensichtlich sollten derartige Urteile abschreckend wirken und die Öffentlichkeit beruhigen. In gewisser Weise waren sie ein Ersatz für die ausgebliebene strafrechtliche Verfolgung der Kolonialbeamten Peters, Wehlan und Leist. Zugleich gelang es der Regierung aber, die genauen Umstände dieser Vergehen stärker als bei den vorherigen Skandalen vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Die vor Gericht gegen Schröder vorgebrachten Details, wie die versuchte Vergewaltigung einer zehnjährigen Afrikanerin, wurden etwa nicht öffentlich, um einen neuen großen Skandal zu vermeiden.

Ebenso trug der Peters-Skandal dazu bei, auch nach 1896 die Diskussion darüber fortzusetzen, in welcher Form Afrikaner zu bestrafen seien. So befragte Franz Giesebrecht in Reaktion auf den Skandal 35 Kolonialbeamte und andere Kolonienexperten, „Welches ist die beste Methode der Behandlung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien?“ Die Antworten, die ausgewählt in der *Neuen Deutschen Rundschau* und in ausführlicher Form 1898 als Buch erschienen, wiesen vor allem vier gemeinsame Elemente auf: Die Eingeborenen seien wie große Kinder, und müssten dementsprechend „streng, aber gerecht“ behandelt werden; sie müssten zur Arbeit erzogen werden; und der Kolonisator müsse ein moralisches Vorbild sein.³¹⁹ Dass zur Erziehung in Afrika zumindest gegenwärtig Prügelstrafen nötig seien, betonten auch bei dieser umfangreichen Bestandaufnahme fast alle Befragten. Gerade die Infantilisierung der Eingeborenen wies dem Kolonisator aber vornehmlich die Rolle eines Erziehers zu.

Konsequenzen hatte der Peters-Skandal natürlich auch für den Protagonisten selbst. Peters emigrierte schon 1896 nach London. Er publizierte regelmäßig Artikel und Bücher und gründete hier eine Firma zur Erschließung von Bodenschätzen in Afrika, wohin er weiterhin reiste. Wie viele „Skandalopfer“ kämpfte

³¹⁶ Wörtlich: „wegen gewaltsamer Vornahme unzuchtiger Handlungen an zwei Frauenspersonen, versuchter Unzucht an einer nicht geschlechtsreifen Frauensperson unter 14 Jahren, Freiheitsberaubung begangen an drei Personen, Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs beziehungsweise einer das Leben gefährdenden Handlung in 14 Fällen, leichter vorsätzlicher Körperverletzung in vier Fällen.“ Urteile in: BAB/L, R 1001-4812/2.

³¹⁷ Stellvertretende Gouverneur Bennigsen an AA 7.9.1896 u. an Hohenlohe 8.9.1896, in: BAB/L, R 1001-4812/1.

³¹⁸ Vgl. FRANKFURTER ZEITUNG Nr. 310 und BERLINER TAGEBLATT Nr. 571, 9.11.1900.

³¹⁹ „Die Behandlung der Neger“, in: NEUE DEUTSCHE RUNDSCHAU 8 (1897), S.77-97. Langfassung der Beiträge in: GIESEBRECHT (Hrsg.), Die Behandlung der Eingeborenen.

er weiter um seine Rehabilitierung – mit Schriften, Klagen und Eingaben von seinen politischen Freunden.³²⁰ Nach 1900 setzte sich vor allem die rechte *Tägliche Rundschau* wieder für Peters ein. Immerhin erreichten Vertreter der Nationalliberalen, der Reichspartei und der Deutsch-Konservativen 1905 mit Unterstützung von 51 Abgeordneten, dass Peters wieder seinen Titel tragen durfte. Die Pension blieb aber weiter aus.³²¹ Zwischen 1906 und 1908 stand der Skandal erneut regelmäßig in der Presse. Das lag zum einen an den zahlreichen neuen Kolonialskandalen, die rückblickend an Peters erinnerten, zum anderen daran, dass Peters nun kämpferisch für seine Rehabilitierung eintrat. Er hielt Vorträge, schrieb Darstellungen über die damaligen Vorgänge und prozessierte gegen Journalisten, die sich ihn kritisierten.³²² Die Zeitungen stellten daraufhin erneut Material zusammen, das Peters der Lüge überführte.³²³ Dass ihm 1908 ein Gericht bei einem Prozess gegen einen Journalisten der *Kölnischen Zeitung* zugestand, er hätte die afrikanische Frau nicht wegen einer Liebesaffäre gehängt, verbuchten Peters und die rechte Presse als juristische Rehabilitierung, die restliche Öffentlichkeit jedoch nicht.³²⁴ Zumindest für die politische Rechte wurde Peters so wieder zu einer legitimen Ikone des Kolonialismus. Dass der Kaiser ihm 1914 wieder seine Pension gewährte, verfestigte diesen späten Ansehensgewinn. Sein jahrelanger Kampf für eine öffentliche Rehabilitierung trug aber auch mit dazu bei, dass sich die Erinnerung an den Skandal bis heute verfestigte.

In gewisser Weise markierte der Peters-Skandal eine gewisse Zäsur in der Wahrnehmung und Praxis des Kolonialismus. Der Typus des „kolonialen Kraftmenschen“, der mit dem Gewehr Afrika durchschreitet, galt nunmehr als unzeitgemäß.³²⁵ An seine Stelle traten, wie in Großbritannien nach dem Skandal um Stanley, eine verwaltungsmäßige Erschließung und eine geplante Kriegsführung. Die Skandale markierten diesen Übergang und kamen gerade deshalb auf. Abermals verschoben sie Normen und waren Ausdruck dieser Normverschiebung.

6. DIE KULMINATION DER KOLONIALSKANDALE 1906

Die Skandale in den 1890er Jahren hatten sicherlich dazu beigetragen, die öffentliche Wahrnehmung des Kolonialismus und den kolonialpolitischen Rahmen zu verändern. Dies bedeutete freilich nicht, dass die koloniale Praxis automatisch humaner wurde. Vielmehr kam es bekanntlich gerade nach der

³²⁰ Vgl. etwa die Broschüre: „Dr. Carl Peters, Mißbrauch der Amtsgewalt, Berlin 1899“, in: BAK, ZSg 113–621. Vgl. hierzu auch: PERRAS, Carl Peters, S. 231–234.

³²¹ Bülow an Peters 16. 6. 1905, in: BAB/L, N 2223/42: 45.

³²² Vgl. hierzu die zahlreichen Briefe von Peters an Hermann Peters, in: BAB/L, N 2223/95.

³²³ VOSSISCHE ZEITUNG Nr. 389, 23. 7. 1907.

³²⁴ Vgl. die Positionen in: DER TAG Nr. 177, 10. 4. 1908; VOSSISCHE ZEITUNG Nr. 37, 23. 1. 1908. Zu Peters Selbsteinschätzung: Peters an Hermann Peters 27. 1. 1909, in: BAB/L, N 2223/95: 104.

³²⁵ Den Begriff auf Peters und Schröder bezogen: FRANKFURTER ZEITUNG 9. 8. 1896.

Jahrhundertwende zu jenen blutigen deutschen Kolonialkriegen, die die bisherige Brutalität weit übertrafen. Das galt zunächst für den deutschen Einsatz gegen den Boxeraufstand in China, den die Sozialdemokraten zu skandalisieren versuchten. Der *Vorwärts* veröffentlichte allein zwischen August 1900 und Januar 1901 47 Briefe von dort kämpfenden Soldaten, die bildreich das grausame Vorgehen der Soldaten schilderten, und August Bebel las einzelne Passagen aus diesen Berichten im Reichstag vor. „Alles was uns in den Weg kam, ob Mann, Frau oder Kind, alles wurde abgeschlachtet“, hieß es etwa in den von Bebel zitierten Passagen.³²⁶ Andere Artikel beschrieben, wie an den Zöpfen aneinander gebundene Chinesen unter Peitschenhieben ihr eigenes Grab ausheben mussten. Dennoch blieb eine vergleichbar breite Empörung wie bei den vorherigen Skandalen um hohe Kolonialbeamte aus.

Ähnliches galt für den deutschen Truppeneinsatz gegen die Herero und Nama in Deutsch-Südwest-Afrika 1904 bis 1907, der mindestens 80 000 Afrikanern das Leben kostete, und die Kämpfe im deutschen Ostafrika, die wahrscheinlich noch höhere Opferzahlen aufwiesen.³²⁷ Bei ihrer öffentlichen Rezeption im Reich zeigte sich ein ähnliches Phänomen wie beim Boxeraufstand und beim Burenkrieg in Großbritannien: Trotz, oder vielleicht gerade wegen des zehntausendfachen Tötens im Krieg blieb die öffentliche Empörung begrenzt. Erneut protestierten immerhin die sozialdemokratischen Abgeordneten und Zeitungen gegen das brutale Vorgehen gegen die Hereros und veranstalteten zahlreiche Protestveranstaltungen.³²⁸ In ihren Flugblättern sahen sie die Aufstände nicht nur als eine Folge der Ausbeutung, sondern auch der „Untaten der Leist, Wehlan, Peters, Arenberg, Kossak, um nur die bekanntesten zu nennen.“³²⁹ Ebenso führten Bebels Reichstagsreden von 1904 die Aufstände auf „Mißhandlungen schlimmster Art“ und „sittliche Verfehlungen der Weißen gegen Hererofrauen“ zurück.³³⁰ Aber im Unterschied zu den medienwirksamen Skandalen der 1890er Jahre fehlte

³²⁶ Vgl. die Reden 19. 11. 1900 und 23. 11. 1900 in: RT, X. Leg., II. Sess., Bd. 179, S. 33 u. zit. S. 113. Vgl. auch: UTE WIELANDT und MICHAEL KASCHER, Die Reichstagsdebatten über den deutschen Kriegseinsatz in China: August Bebel und die „Hunnenbriefe“, in: SUSANNE KUSS und BERND MARTIN (Hrsg.), Das Deutsche Reich und der Boxeraufstand, München 2002, S. 183–201; in diesem Band weitere Beiträge zur Stichhaltigkeit der Vorwürfe.

³²⁷ Vgl. aufgrund der zahlreichen jüngeren Publikationen nur als Auswahl: JÜRGEN ZIMMERER und JOACHIM ZELLER (Hrsg.), Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904–1908) in Namibia und seine Folgen, Berlin 2003; JANNTJE BÖHLKE-ITZEN, Kolonialschuld und Entschädigung. Der deutsche Völkermord an den Herero 1904–1907, Frankfurt a. M., 2004. Die Opferschätzungen für den Maji-Maji-Krieg liegen oft deutlich höher; vgl. LUDGER WIMMELBÜCKER, Verbrannte Erde. Zu den Bevölkerungsverlusten als Folge des Maji-Maji-Krieges, in: FELICITAS BECKER/JIGAL BEEZ (Hrsg.), Der Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika 1905–1907, Berlin 2005, S. 87–99; WALTER NUHN, Flammen über Deutsch-Ost. Der Maji-Maji-Aufstand in Deutsch-Ostafrika 1905–1906, München 1998.

³²⁸ Immerhin 33 Veranstaltungen kündigte sie an, die sich auch gegen die Zwanzigjahrfeier des deutschen Kolonialreiches richteten; Meldung an AA 7.11.1904, in: BAK, N 1016–29; vgl. zudem VORWÄRTS 16. 6. 1905; SCHRÖDER, Sozialismus, S. 163 u. 186.

³²⁹ Flugblatt „Protest gegen die Kolonialpolitik“ 1904, in: BAK, N 1016–29.

³³⁰ Beispiele bereits in: SCHUBERT, Der schwarze Fremde, S. 254.

anscheinend ein konkretes, emotionalisierendes und anschauliches Narrativ zur öffentlichen Mobilisierung. Wie beim britischen Burenkrieg sorgte vielmehr die Kriegssituation für eine patriotische Toleranz gegenüber der deutschen Gewalt.

Dagegen kursierten genau umgekehrt emotionalisierende Berichte über die Grausamkeit der Afrikaner. Als die Regierung vom Reichstag zusätzliche Mittel für die Bekämpfung des Aufstandes erbat, enthielt sich selbst die SPD der Stimme, was zumindest eine gewisse Zustimmung verriet.³³¹ Und selbst ein kolonialkritischer Abgeordneter wie Matthias Erzberger stimmte für die Mittel für den Truppeneinsatz gegen die Herero mit der Begründung, dass „eine deutsche Frau, die diesen Unmenschen in die Hände fällt, von einem ganze Dorf mißbraucht wird, worauf man sie förmlich hinschlachtet“.³³² Stärker noch malten die rechten Abgeordneten die Brutalität der Afrikaner aus und verwiesen dabei ebenfalls emotionalisierend auf die Vergewaltigung weißer Frauen und auf kanibalistische Praktiken.³³³ Nachdem die Skandale in den 1890er Jahren das Bild des schützenswerten Afrikaners etabliert hatten, der barbarischen Kolonialisten ausgeliefert sei, verkehrte sich dies in das Stereotyp des brutalen Schwarzen, dem weiße Kolonialisten schutzlos ausgeliefert seien. Das Bild des brutalen deutschen Kolonialisten verstärkte sich dagegen nur in der sozialdemokratischen Öffentlichkeit und in Teilen Großbritanniens.³³⁴

Mittelfristig trugen die Kolonialkriege jedoch ähnlich wie der Burenkrieg in Großbritannien zum erneuten Aufkommen wirkungsmächtiger Kolonialskandale bei, die diese Deutungen wieder veränderten. Generell führten die Kolonialkriege ab 1905 zu einer verstärkten Reflektion über die stark gestiegenen Kosten des Kolonialismus, dessen Akzeptanz und seine Folgen. Sie förderte eine öffentliche Sensibilisierung für die Kolonialpolitik, die schließlich 1906 in zahllose Kolonialskandale mündete. Bemerkenswerterweise hingen sie jedoch kaum direkt mit den massenhaften Morden in Südwest- und Ostafrika zusammen. Vielmehr thematisierten sie einerseits, wie in den 1890er Jahren, einzelne Gewalttaten und sexuelle Missbräuche von höheren Kolonialbeamten, andererseits die ökonomische Misswirtschaft und Korruption in den Kolonien. Letzteres wies damit deutliche Parallelen zur britischen Entwicklung auf. Aus dem Zusammenfall dieser unterschiedlichen Skandale mit den Kolonialkriegen entstand die schwerste Krise des deutschen Kolonialismus.

Stärker als in den 1890er Jahren wurden diese Skandale direkt vom Reichstag aus angestoßen. Die Enthüllungen gingen erneut vor allem von sozialdemokratischen und linksliberalen Abgeordneten aus. Mit detaillierten Kenntnissen

³³¹ Vgl. auch: SCHRÖDER, Sozialismus, S. 187; HYRKKANEN, Sozialistische Kolonialpolitik, S. 221f.

³³² Reichstagsbrief anon., 2. 4. 1904, zit. in: LEITZBACH, Erzberger, S. 317.

³³³ Vgl. SCHUBERT, Der schwarze Fremde, S. 235; zur Zuschreibung der schwarzen „Zügellosigkeit“: HELMUT WALSER SMITH, The Talk of Genocide, the Rhetoric of Miscegenation: Notes on Debates in the German Reichstag Concerning Southwest Africa, 1904–14, in: SARA FRIEDRICHMEYER et al. (Hrsg.), The Imperialist Imagination. German Colonialism and Its Legacy, Michigan 1998, S. 107–123, bes. S. 112.

³³⁴ FRÖHLICH, Konfrontation, S. 234–238.

traten neben Bebel besonders der freisinnige Justizrat Bruno Ablass und der Sozialdemokrat Georg Ledebour hervor.³³⁵ Zudem förderten Abgeordnete der Zentrumsparlei durch investigative Ermittlungen die Skandale. Vor allem die Abgeordneten Hermann Roeren und Matthias Erzberger beklagten detailliert verschiedene koloniale Missstände, die in Skandale mündeten. Die Zentrumsabgeordneten verdankten ihr Engagement und ihr Wissen vor allem dem Austausch mit katholischen Missionaren und Kolonialbeamten. Hieraus entstand ein Informationsnetzwerk, das dem der Presse und der Sozialdemokratie mitunter überlegen war. Die katholischen Abgeordneten und Beamten agierten dabei als Anwälte für die Klagen der Missionare und machten die Konflikte zwischen Staat und Kirche in den Kolonien öffentlich. Gerade weil das Zentrum den Kolonialismus bisher vor allem wegen der Christianisierung Afrikas unterstützt hatte, waren die Klagen der Missionare von großer Bedeutung für den politischen Katholizismus.

Die Vorwürfe der katholischen Missionare und Beamten bildeten dadurch einen wichtigen Ausgangspunkt für die zahlreichen Skandale des Jahres 1906. In den Kolonien war es von Beginn an zu Spannungen zwischen Missionaren und Kolonialbeamten gekommen. Die Missionare beschwerten sich über die Missbehandlung von Afrikanern und den Lebenswandel der Europäer, die ihre Arbeit konterkarieren würden, gingen damit aber selten direkt an die deutsche Öffentlichkeit.³³⁶ Ein wichtiger Schlüsselkonflikt für die Kolonialschandale entstand in Togo, das aufgrund seiner wirtschaftlichen Situation als deutsche „Musterkolonie“ galt. Hier kam es zu einem „Kulturkampf in Übersee“ (H. Gründer) zwischen Beamten und katholischen Missionaren. Und selbst wenn es sich dabei oft, wie Ralph Erbar argumentierte, um individuelle Streitigkeiten handelte, so wurden die Spannungen in Afrika zumindest in Deutschland mit den Konfliktlinien des Kulturkampfes verbunden.³³⁷

Bereits 1890 kam es zu Spannungen, als Missionare beklagten, der Leiter der Regierungsstation lasse sich nachts schwarze Frauen kommen. 1902 monierten sie, der Stationsleiter Geo A. Schmidt sei gewalttätig gegenüber Eingeborenen und habe „ein noch nicht geschlechtsreifes Mädchen Adgaro gewaltsam mißbraucht“, wie ein Bericht des Kolonialamtes vermerkte.³³⁸ Schmidt ließ darauf-

³³⁵ Vgl. etwa die Reichstagsitzungen 15. 12. 1905 u. 19. 3. 1906, in: RT 15. 12. 1905, XI. Leg. Per., II. Sess., 1905/06, 13. Sitz., S. 344–349; 70. Sitz., S. 2147.

³³⁶ Vgl. zu den internen Berichten: OERMANN, Mission, S. 178.

³³⁷ HORST GRÜNDER, Kulturkampf in Übersee. Katholische Mission und deutscher Kolonialstaat in Togo und Samoa, in: AfK 69 (1987), S. 453–472; den „Kulturkampf“-Begriff weist dagegen zurück: RALPH ERBAR, „Ein Platz an der Sonne“? Die Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte der deutschen Kolonie Togo 1884–1914, Stuttgart 1991, S. 264f.

³³⁸ Bericht Kolonialamt 5. 2. 1905, in: BAB/L, R 43 945: 25ff. Im Prozess wurde Schmidt freigesprochen, weil das Mädchen seiner Aussage zufolge 14 Jahre alt war. Einzelne Quellen zur Verhaftung der Missionare in: KARL J. RIVINIUS, Akten zur katholischen Togo-Mission. Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern der Steyler Missionsgesellschaft und den deutschen Kolonialbeamten in den Jahren 1903–1907, in: NEUE ZEITSCHRIFT FÜR MISSIONSWISSENSCHAFT 35 (1979), S. 123–132 u. 171–190.

hin jedoch die Missionare wegen Verbreitung beleidigender Gerüchte verhaften. Dieser Streit spaltete die weiße Bevölkerung und führte zu Spannungen zwischen Protestanten und Katholiken. Dabei wurde auch gegen den etatmäßigen Bürovorsteher des Gouverneurs von Togo namens Wistuba, der sich auf die Seite der Missionare stellte und diese mit Material unterstützte, ein Disziplinarverfahren eingeleitet und dessen Tropenuntauglichkeit festgestellt.

Dieser scheinbar recht marginale Konflikt zwischen Missionaren und Kolonialbeamten übertrug sich von Togo schrittweise auf das Deutsche Reich und weitete sich rasant aus. Das Disziplinarverfahren animierte den Kolonialbeamten Wistuba nur, weitere Missstände aufzudecken.³³⁹ Ebenso wie die Mission informierte er den Zentrumsabgeordneten Hermann Roeren, der im November 1904 ein gemeinsames Gespräch zwischen Missionsleitung und Berliner Kolonialabteilung vermittelte.³⁴⁰ Zudem überreichte er zahlreiche skandalträchtige Informationen an einen vertrauten Beamten in der Berliner Kolonialabteilung namens Oskar Poeplau, der diese im November an den Reichskanzler weiterleitete. Das Material verwies auf unterschiedliche Fälle von Machtmissbrauch: etwa auf den Kauf von Afrikanerinnen durch höhere Beamte in Kamerun, eine Passfälschung, die der Kameruner Gouverneur Puttkamer für eine Geliebte persönlich vorgenommen hatten, eine tödliche Auspeitschung unter Anwesenheit des Gouverneurs von Togo oder auch auf Beamtenbestechung durch koloniale Lieferfirmen mit überzogenen Preisen.³⁴¹ Diese Unterlagen aus dem katholischen Kommunikationsnetz bildeten somit die Kerninformationen für die Skandale, die sich im Laufe des Jahres 1906 entfalteten. Die Reichskanzlei und die Kolonialabteilung vergaben die Chance, den drohenden Skandal durch eine frühzeitige Reaktion auf diese Berichte zu verhindern. Daraufhin informierte der Kolonialamtsbeamte Poeplau Anfang 1905 den Freisinnigen Abgeordneten Ernst Müller und anschließend den jungen Zentrumspolitiker Matthias Erzberger, die die Reichskanzlei nacheinander drängten, gegen die willkürliche Gewalt durch Kolonialbeamte und deren Frauenkauf vorzugehen.³⁴² Somit stand zunächst also gerade nicht der Weg an die Öffentlichkeit oder zur Presse im Vordergrund, sondern der Versuch, die gemeldeten Missstände durch interne Gespräche mit der Regierung zu beheben. Die Reichstagsabgeordneten dienten dabei als informelle Anwälte, die zugleich über das Druckmittel einer potentiellen Veröffentlichung der Missstände verfügten.

³³⁹ Bericht Kolonialamt 5.2.1905, in: BAB/L, R 43 945: 22ff. Knappe Hinweise auf Poeplau/Wistuba in: KLAUS EPSTEIN, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962, S.457–459; Hinweise zu dem Skandal jetzt auch in: BETTINA ZURSTRASSEN, Die Steuerung und Kontrolle der kolonialen Verwaltung und ihrer Beamten am Beispiel des Schutzgebietes Togo (1884–1914), Ms. Diss. München (Univ. der Bundeswehr) 2006, S.218–224.

³⁴⁰ Rechtfertigung Stuebel April 1907, in: BAB/L, R 43 941: 304ff.

³⁴¹ Seine Eingabe vom 22. 11. 1904 an Bülow enthielt etwa Hinweise auf das Verhalten von Thierry, Horn, Puttkammer, Brandeis, Prinz Arenberg, Besser, Wegener, Kannenburg; so Aufzeichnung für Loebell 11. 8. 1906, in: BAB/L, R 43: 941: 47ff.

³⁴² Vgl. auch: Prozessprotokoll 23. 4. 1909, in: BAB/L, R 43 945: 238ff.

Andere Skandale des Jahres 1906 beruhten auf der Verdichtung von Vorwürfen, die verschiedene Zeitungen und Abgeordnete schon längere Zeit vorbrachten. Das galt insbesondere für den Skandal um die Amtsführung des Kameruner Gouverneurs Jesco von Puttkamer. Bereits im Kontext des Peters-Skandal hatte das *Berliner Tageblatt* dem Gouverneur 1896 vorgeworfen, er sei ein Trinker, tropenunfähig, neun Monate im Jahr auf Urlaub, verschuldet und für die pekuniäre Misswirtschaft und Abhängigkeit von Handelsfirmen verantwortlich.³⁴³ Der Staatsanwalt, der sofort gegen die Zeitung ermittelte, riet kurze Zeit später dem Justizminister Zurückhaltung, da die Vorwürfe weitgehend berechtigt seien und eine Klage „alle Ergebnisse der Voruntersuchung zur öffentlichen Kenntniß“ bringen würde.³⁴⁴ Um einen Skandal zu vermeiden, verzichtete die Regierung aber auch auf Puttkamers Absetzung. Als Neffe Bismarcks und Sohn eines Innenministers war sein Spielraum besonders groß. Dafür folgten in regelmäßigen Abständen weitere Vorwürfe, wie im Jahr 1900 etwa durch die konservative süddeutsche *Deutsche Reichs-Post*. Da ihr Herausgeber, Friedrich Christian Schrepf, zugleich Reichstagsabgeordneter war, begleitete er seine Pressekampagne gegen Puttkamers Misswirtschaft mit Vorwürfen im Reichstag, womit es erneut zu einem Zusammenspiel von Presse und Politik in einer Person kam.³⁴⁵ Wiederum musste Puttkamer sich rechtfertigen, und schob die Schuld auf denunziatorische Berichte von Missionaren.³⁴⁶ Zudem suchte er in zahlreichen Briefen und persönlichen Gesprächen den engen Kontakt mit dem Journalisten Maximilian Harden, den er, wie einst Carl Peters, mit Material für dessen wohlwollende Artikel versorgte.³⁴⁷ Den Journalisten, die ihn beschuldigten, warf Puttkamer dagegen seinerseits den Verkehr mit Prostituierten vor.³⁴⁸

Zudem trat bei diesem Skandal eine weitere Informationsquelle hinzu, die bislang kaum eine Rolle gespielt hatte: Beschwerden, die afrikanische Stammeshäuptlinge einreichten. Nachdem „King Akwa“ sich bereits 1902 über Puttkamers Regierung beim Auswärtigen Amt beschwert hatte und mit vagen Vertröstungen beruhigt worden war, richtete er im September 1905 mit 27 Häuptlingen eine Petition an den Reichstag und die Reichskanzlei. Neben Hinweisen auf exzessive Auspeitschungen, Enteignungen und ungerechtfertigte Urteile fand sich etwa auch der Vorwurf, der Deutsche Oberrichter Meyer und Regierungsrat von Brauchitsch hätten in Kamerun für je 650 Mark bereits verlobte Frauen ge-

³⁴³ BERLINER TAGEBLATT Nr. 404, 10. 8. 1896.

³⁴⁴ Vgl. die gewandelte Einschätzung der Justiz von ihrer zunächst kämpferischen Haltung gegen die Zeitung: Hohenlohe an Justizminister Schönstedt 19. 8. 1896, Bericht Staatsanwalt an Schönstedt 11. 7. 1897, in: GStA, HA I 84a Nr. 49811.

³⁴⁵ RT 11. 03. 1901, X. Leg. Per., II. Sess., 1900/01, 65. Sitz., S. 1796; DEUTSCHE REICHS-POST Nr. 189–213, 15. 8. bis 12. 9. 1900.

³⁴⁶ Vgl. die Rechtfertigung 28. 8. 1901, in: BAB/L, R 1001: 7250: 33ff.; Abschrift, 10. 1. 1901, geschickt von Schrepf an Kolonialdirektor Stuebel 11. 3. 1901, in: BAB/L, R 1001: 7249: 236.

³⁴⁷ Vgl. etwa Puttkamer an Harden o. D. (wohl März. 1906), 26. 4. 1906, 15. 6. 1906 u. 20. 6. 1906, in: BAK, N 1062–83.

³⁴⁸ Bericht Puttkamer, 29. 3. 1906, in: BAB/L, N 2231–9:15ff.

kauft. Die Duala-Häuptlinge verlangten mit diesen Vorwürfen die Absetzung von Puttkamer, der Richter und der Bezirksamtswänner.³⁴⁹ In dieser Konstellation stärkte die Veröffentlichung der Missstände die Position der Kameruner vermutlich mehr als eine kriegerische Gegenwehr.

Die Skandale entstanden nicht allein aus diesen ganz unterschiedlich übermittelten Berichten. Sie entzündeten sich nahezu im gleichen Maße an der Reaktion auf diese Vorwürfe. So ließ Gouverneur Puttkamer, als er zur Petition der Häuptlinge Stellung beziehen sollte, kurzer Hand alle 27 Unterzeichner festnehmen und teilweise zu langen Haftstrafen verurteilen, da sie nicht den Dienstweg eingehalten hätten.³⁵⁰ Ähnlich reagierte die Reichsregierung auf die Vorwürfe, die der Beamte Poeplau überreichte. Sie ermittelte zunächst weniger gegen die Beschuldigten als gegen diejenigen, die die Beschuldigungen an die Öffentlichkeit gebracht hatten. Gegen Poeplau leitete sie sofort ein Disziplinarverfahren ein und ließ seine Wohnung durchsuchen, wobei sie den Bürovorsteher Wistuba als Informationsübermittler ausmachte.³⁵¹ Erst derartige Reaktionen führten zur öffentlichen Konfrontation mit den Zentrumspolitikern. Erzberger und Roeren drohten in Gesprächen mit der Reichskanzlei, das Zentrum würde den Kolonien keine Etats mehr bewilligen, wenn die Regierung so mit den Übermittlern umgehe.³⁵² Roeren trat zuerst an die Öffentlichkeit. Bereits Anfang 1905 brachte er einen „Klagebrief aus Togo“ in die Presse, dann verteidigte er in der Kolonialhaushaltsdebatte am 18. März 1905 im Reichstag die Missionare gegen den Vorwurf, sie hätten tadellose Beamte beschuldigt.³⁵³ Auch Erzbergers anklagende Reden in der Kolonialhaushaltsdebatte im März 1906 verurteilten weniger die Missstände als die Reaktionen der Kolonialabteilung, die auf Anfragen stets mit unzureichenden Informationen geantwortet hätte.³⁵⁴

Wie bei vielen Skandalen stand mit Matthias Erzberger ein einzelner Ankläger im Mittelpunkt der Öffentlichkeit, obgleich sich 1906 zahlreiche Abgeordnete von Zentrum, Freisinn und Sozialdemokratie bei der Skandalisierung engagierten. Die typische Duellstruktur der Skandale machte Erzberger zu einem öffentlichen Star, der emotional polarisierte. Besonders von linksliberaler und sozialdemokratischer Seite erhielt der Zentrumsmann hohe Anerkennung. So lobte das auflagenstärkste deutsche Blatt, die *Berliner Illustrirte Zeitung*, Erz-

³⁴⁹ Das Anschreiben ist auch abgedr. in: HORST GRÜNDER (Hrsg.), „... da und dort ein junges Deutschland gründen“. Rassismus, Kolonien und kolonialer Gedanke vom 16. bis 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1999, S. 137f. Zu den Duala-Protesten vgl. WALZ, Die Entwicklung, S. 121–141; ANDREAS ECKERT, Die Duala und die Kolonialmächte. Eine Untersuchung zu Widerstand, Protest und Protonationalismus in Kamerun vor dem Zweiten Weltkrieg, Münster 1991, S. 139–159.

³⁵⁰ Vgl. ebd.

³⁵¹ Hohenlohe an Chef der Reichskanzlei 31. 8. 1906, in: BAB/L, R 43: 941: 182ff.

³⁵² Loebell an Staatssekretär des AA u. a. 26. 9. 1905, in: BAB/L, R 43 945: 17ff.; Aufzeichnung Schnee 20. 9, in: BAB/L, R 43 945: 69ff. Erzberger selbst wies diese Äußerung im Gespräch mit Loebell später zurück.

³⁵³ RT 18. 03. 1905, XI. Leg. Per., I. Sess., 1903–05, 167. Sitzung, Bd. 203, S. 5390.

³⁵⁴ RT 13. 3. 1906, IX. Leg. Per., IV. Sess., 1895–97, 59. Sitzung, Bd. 144, S. 1975.

Abb. 8: Der Zentrumspolitiker Erzberger in der Pose des Enthüllungsjournalisten, der die Missstände in der „Kolonialküche“ von Reichskanzler Bülow und Landwirtschaftsminister Podbielski aufdeckt, welche diese ignorieren. Das „Küchenkabinett“ und die Kolonien erscheinen als verschlossener Bereich, in den Erzberger durch investigative Beobachtung einzudringen vermag. Aus: Kladderadatsch Nr. 33 19. 8. 1906, S. 482.



bergers „enorme Sachkenntnis, Witz und Schlagfertigkeit“ und druckte verschiedene Bildberichte über ihn, denn er sei „mit einem Schlage ein populärer Mann geworden.“³⁵⁵ Ebenso beschrieb die *Times* ihn als besten Sprecher des Reichstages, da er Humor, Aufrichtigkeit, Klarheit und Ausgewogenheit verbinde.³⁵⁶ Karikaturen zeigten Erzberger, wie er die Missstände in der „Kolonialküche“ aufdeckte (Abb. 8), wie er ein gemästetes Schwein namens Tippelskirch schlachtete (was auf das gleichnamige Unternehmen mit seinen überkauften Lieferungen an die Kolonien verwies), oder nach der Wahl vom Bülow-Blockstier auf die Hörner genommen wurde.³⁵⁷ Selbst wenn Erzberger in einer abseitigen Stadt wie Lüdenscheid eine Rede mit bekannten Enthüllungen hielt, führte dies zu zahlreichen Zeitungsmeldungen.³⁵⁸ Wie sehr Erzbergers Artikel die Beamten der Reichsleitung beschäftigten, dokumentieren die bis zu zehn Text-

³⁵⁵ Zit. BERLINER ILLUSTRIRTE ZEITUNG Nr. 49, 9. 10. 1906 u. Nr. 34, 26. 8. 1906; vgl. auch ebd. Nr. 31, 5. 8. 1906.

³⁵⁶ TIMES 10. 12. 1906, S. 6.

³⁵⁷ KLADDERADATSCH 8. 4. 1906 u. 19. 8. 1906 (Beiblatt); SIMPLICISSIMUS 7. 1. 1907.

³⁵⁸ NATIONAL ZEITUNG Nr. 396, 28. 6. 1906.

markierungsstriche nebeneinander, die sie beim Lesen seiner Schriften neben die Zeilen schrieben.³⁵⁹

Auch die Hamburger Kneipenbesucher sprachen vielfach über Erzberger und lobten ihn überwiegend. So hieß es etwa laut einem Spitzelbericht: „Erzberger ist ein Mann der mir gefällt. Er sucht alle Fehler aufzudecken und zu besprechen. Leider wird dieser Mann von seiner Partei verleugnet wie sogleich von Schädler öffentlich getan wurde. Jede andere Partei würde stolz auf ihn sein. Auf welche Weise er dies alles erfährt, wissen wir nicht, aber man darf wohl annehmen, daß er Gewährsmänner hat.“³⁶⁰ Auch nach der Reichstagsauflösung glaubten Kneipengäste, das Zentrum würde allein seinetwegen keine Stimmen verlieren.³⁶¹ Die Schlüsselstellung, die Erzberger durch seine erfolgreich betriebene Skandalisierung gewann, zeigte sich aber ebenso in den harten Attacken der politischen Rechten gegen seine Person. Die „Kreuzzeitung“ sprach etwa vom „Fall Erzberger“, die *Leipziger Neueste Nachrichten* vom „fanatischen Feldzug des Abg. Erzbergers“ und der *Hamburger Courier* schuf das Wort „Erzbergereien“.³⁶² Erzberger wurde dabei vorgehalten, die Techniken des „Sensationsjournalismus“ in die Politik zu überführen. Auf seine Veröffentlichungen reagierte die Rechte und insbesondere der Flottenverein sogar mit der Publikation „Die Lügen von Herrn Erzberger“.³⁶³ Auch diese Gegenreaktionen belegen die Personalisierung bei Skandalen.

Wie kam es, dass unter den verschiedenen Enthüllern ausgerechnet Erzberger diese Schlüsselrolle erhielt? Erzbergers souveräner Umgang mit der Öffentlichkeit lässt sich zunächst mit seiner journalistischen Berufserfahrung erklären. Von 1895 bis 1903 war er Redakteur der Württembergischen Zentrumszeitung *Deutsches Volksblatt* gewesen, und 1904/05 hatte er überwiegend für die auflagenstärkste Zeitung des politischen Katholizismus geschrieben, die *Kölnische Volkszeitung*. Danach verfasste er zahllose Artikel für diverse, auch nicht-katholische Zeitungen wie *Der Tag*.³⁶⁴ Ähnlich wie bei vielen anderen deutschen und englischen Skandalen wurden die Enthüllungen damit durch jemanden vorangetrieben, der an der Schnittstelle von Politik und Medien stand. Erzberger hob in seinen anonym verfassten Artikeln auch sein eigenes Handeln hervor, um seine Prominenz zu fördern. So schrieb er Ende 1905 über sich selbst: „Bekannt ist der scharfe Kampf, den diesen Sommer über der Zentrumsabgeordnete Erzberger gegen die Kolonialpolitik in der K. Vztg. [Kölnischen Volkszeitung]

³⁵⁹ Vgl. BAB/L, R 43 941: 70.

³⁶⁰ Polizeibericht Schutzmann Lücke 1. 12. 1906, in: StAH, S 3930-33; ähnlich auch: 18. 8. 1906, in: StAH S 3930-33.

³⁶¹ Polizeibericht Schutzmann Lücke 14. 12. 1906, in: StAH, S 3930-33. Kritische Stimmen zu Erzberger in: ebd. 17. 12. 1906.

³⁶² NEUE PREUSSISCHE ZEITUNG Nr. 332, 22. 7. 1906; LEIPZIGER NEUESTE NACHRICHTEN Nr. 190, 12. 7. 1906; HAMBURGER COURIER Nr. 341, 8. 7. 1906.

³⁶³ EPSTEIN, Erzberger, S. 660.

³⁶⁴ Vgl. die Aufstellung von: LEITZBACH, Erzberger, S. 16.

führte, und der, wie angekündigt, im Reichstage eine Fortsetzung finden soll.³⁶⁵ In seinen Reden und Artikeln verstand er es, anschauliche Beispiele aufzubringen, die zugleich detailliert recherchiert wirkten. Dank seiner Arbeit in der Budgetkommission und seinen finanzpolitischen Artikel konnte er souverän mit großen Zahlenkolonnen umgehen, die er in plastischen Bildern beschrieb. So erklärte er etwa in Interviews die Konsequenzen der Monopolverträge anhand überzogener Socken- und Schuhpreise oder verdeutlichte die schlechte Belieferung durch die Woermann-Linie mit dem Verfaulen von Kartoffeln auf ihren nicht gelöschten Schiffen.³⁶⁶

Seine Vorwürfe brachte Erzberger nicht auf einmal vor, sondern in dosierten Abständen, wodurch er den Zeitungen laufend neuen Stoff bot. Seine Vorankündigungen auf neue Enthüllungen sicherten bereits eine mediale Aufmerksamkeit. In einer abschließenden Buchpublikation bündelte er schließlich seine gesamten skandalösen Kolonialenthüllungen, die 1906 anfielen, zu einer übersichtlichen Generalabrechnung.³⁶⁷ Die Untersuchungen und Beschlagnahmungen in seinem Büro gaben ihm zusätzlich eine herausgehobene Märtyrerrolle, die er ebenfalls medial vermarktete. In Interviews und Artikeln mit Ich-Form berichtete Erzberger hierüber und stellte dabei seine eigene Recherche-Arbeit gegenüber den Beschuldigungen in den Vordergrund.³⁶⁸ Besondere Aufmerksamkeit erhielt er durch seine Parteizugehörigkeit. Als Zentrumsmann der politischen Mitte war er politisch anschlussfähiger als die Sozialdemokraten, zu denen die restliche Öffentlichkeit selbst bei berechtigten Anklagen Distanz hielt. Da das Zentrum in der Kolonialpolitik nicht eindeutig positioniert war, hatte es eine Schlüsselstellung bei der Annahme der Kolonialhaushalte, auch wenn Erzbergers Position innerparteilich umstritten war. Trotz des leichten Tadels, den Erzberger vom Fraktionschef Peter Spahn wegen seiner Kolonialkritik im März 1906 erhielt, zeigte sich der Machtgewinn des Abgeordneten schnell: Bereits im Mai 1906 brachte das Zentrum zusammen mit der SPD zwei Kolonialvorlagen zu Fall.

Die zahlreichen Skandale, die Erzberger und andere Abgeordnete 1906 anstießen, verhandelten unterschiedliche Normen. Eine erste Gruppe von Skandalen ähnelte den Fällen der 1890er Jahre. Sie schufen erneut eine breite Empörung über Kolonialbeamte, die Afrikaner körperlich misshandelt oder sexuell missbraucht hatten. Damit warfen sie abermals die Frage auf, inwieweit gewaltsame Strafen und sexueller Verkehr in den Kolonien zu tolerieren seien. Diese Fälle brachten vor allem die sozialdemokratischen und freisinnigen Reichstagsabgeordneten in die Öffentlichkeit. So erinnerte Bebel an einen Fall, bei dem ein Hauptmann auf eine Mutter und deren schreiendes Kind schoss, weil das Kind

³⁶⁵ Zit. nach: LEITZBACH, Erzberger, S. 304f.

³⁶⁶ DER TAG 15. 8. 1906.

³⁶⁷ MATTHIAS ERZBERGER, Die Kolonial-Bilanz. Bilder aus der deutschen Kolonialpolitik auf Grund der Verhandlungen des Reichstags im Sessionsabschnitt 1905/06, Berlin 1906.

³⁶⁸ FREISINNIGE ZEITUNG Nr. 327, 31. 7. 1906; GERMANIA Nr. 256, 7. 11. 1906.

ihn geweckt habe. Und der linksliberale Bruno Ablass schilderte, wie der Togoer Gouverneur Waldemar Horn bei einer Auspeitschung wegen Diebstahls teilnahm und den an einem Pfahl gebundenen Afrikaner danach in der Sonne sterben ließ.³⁶⁹ Ebenso monierte Ablass im Reichstag die ausbleibende Bestrafung eines Hauptmanns, der ein vor ihm geflohenes Kind der katholischen Mission erschoss.³⁷⁰ Vor allem freisinnige und sozialdemokratische Abgeordnete brachten zudem neue Vorwürfe über sexuelle Normbrüche im Reichstag auf. So berichteten sie, hohe Beamte in Togo hätten verlobte Afrikanerinnen für sich gekauft, in Kamerun seien mit Steuergeldern Hütten zur Unterbringung von afrikanischen Konkubinen gebaut worden, und Puttkamer habe das unsittliche Anfassen der Frau eines afrikanischen Übersetzers nicht bestraft.³⁷¹ Vielfältigen Spott löste die Enthüllung aus, dass Gouverneur Puttkamer eine deutsche Geliebte unter falschem Namen nach Kamerun geholt, als Cousine ausgegeben und ihr bei ihrer Abreise eigenhändig einen Pass mit einem Decknamen gefälscht hatte. „Cousin‘chen“ wurde in dem allgemeinen Spott zum geflügelten Wort, um eine Geliebte zu bezeichnen.³⁷² Obwohl die Zentrumspolitiker um diese sexuellen Missstände wussten, scheuten sie sich, sie zu benennen. Für die Sozialdemokraten war dies dagegen bereits ein eingeübtes Mittel, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erreichen und mit einer derartigen Moralisierung des Politischen die Kolonialisten an einer besonders empfindlichen Stelle zu treffen. Erst als die Vorwürfe bereits in der Presse kursierten, griffen auch Erzberger und Roeren sie auf. Sie argumentierten hier allerdings stärker mit der ausbleibenden Bestrafung der Täter und der unzureichenden Reaktion der Kolonialabteilung.

Ähnlich wie in den 1890er Jahren lösten die Fälle eine breite Empörung aus. Dies mochte auch daran liegen, dass die Vorwürfe weitgehend zutrafen und die regierungsnahe Presse keine plausiblen Hinweise zur Widerlegung erhielt.³⁷³ Unter den wenigen Verteidigern der Vergehen fiel erneut Maximilian Harden auf, der für Toleranz gegenüber den Sexualdelikten warb: Man solle „unsere Kolonisatoren nicht an mönchischen Mustern messen“. „Die liebe Frau ist fern und die Stillung mensenthierischer Lust hat mit wahrer Treue nichts zu thun.“ Denn dies sei doch auch bei den Berliner Parlamentariern üblich, so Harden in der *Zukunft*.³⁷⁴ Einig war sich die restliche Presse mit Harden zumindest in dem Punkt, dass Liebesaffären wie von Puttkamer privat seien und nicht zur Debatte stehen dürften, die Urkundenfälschung für die Geliebte hingegen

³⁶⁹ Bebel RT 13.3.1906, IX. Leg. Per., IV. Sess., 1895–97, 59. Sitzung, Bd. 144, S. 1982. Ablass RT 15.12.1905, S. 344–349 u. 19.3.1906, 70. Sitz., S. 2148.

³⁷⁰ Ablass RT 15.12.1905, XI. Leg. Per., II. Sess., 1905/06, 13. Sitzung, S. 344–349; erneut hierzu Erzberger RT 13.3.1906, IX. Leg. Per., IV. Sess., 1895–97, 59. Sitzung, Bd. 144, S. 1977.

³⁷¹ Ablass RT 19.3.1906, 70. Sitz., S. 2147; Ledebour RT 20.3.1906, 71. Sitz., S. 2159f.

³⁷² Vgl. Artikel wie: „Willst Du mein Kusinchen sein?“ BERLINER TAGEBLATT Nr. 208, 25.4.1907; „Mein ‚Cousinchen‘ bist Du!“ VORWÄRTS Nr. 58, 10.3.1906.

³⁷³ Vgl. etwa: Aufzeichnung, überreicht Loebell 11.8.1906, in: BAB/L, R 43: 941: 47ff.

³⁷⁴ Zit. Harden, in: DIE ZUKUNFT 17.3.1906, S. 398 und 31.3.1906, S. 479.

schon.³⁷⁵ Insgesamt zeugte dieser Tenor somit erneut von einer gewissen Toleranz gegenüber außerehelichen Beziehungen, solange diese nicht mit einem Machtmissbrauch verbunden waren.³⁷⁶

Zudem verhandelten die Skandale 1906, und das war ein eher neuer Akzent, administrative Inkompetenz, Vorteilsnahme und Korruption in den Kolonialverwaltungen. Damit wurden auch die ökonomischen und administrativen Normen des Mutterlandes auf die Kolonien übertragen. Gerade hier profilierte sich Erzberger im Reichstag und in der Öffentlichkeit.³⁷⁷ Diese Vorwürfe bezogen sich besonders auf die überteuerten Lieferungen der Firmen Woermann und Tippelskirch. Tippelskirch hatte 1903 einen achtjährigen Monopolvertrag über alle Lieferung der Kolonialtruppe erhalten, wodurch sich ihr Umsatz verfünffachte.³⁷⁸ Wie Erzberger vorrechnete, führte dies bei einigen Produkten zu überzogenen Preisen, die bis zu 70 Prozent über den Marktpreisen lagen, zu schlechter Qualität und zur Nicht-Erfüllung von Verträgen.³⁷⁹ Zudem wurde vom *Berliner Tageblatt* aufgebracht, dass diese Firma von dem amtierenden Landwirtschaftsminister Victor von Podbielski gegründet worden war und ihm zur Hälfte gehörte, auch wenn er seine Anteile im Jahr 1900 formell seiner Frau überschrieben hatte.³⁸⁰ Wie eine interne Bücherprüfung belegte, waren die Gewinne tatsächlich trotz formell getrennter Konten an den Minister als stillen Teilhaber geflossen.³⁸¹ Ähnlich wie in Großbritannien stand damit ein Minister in der Kritik, von unwirtschaftlichen kolonialpolitischen Entscheidungen zu profitieren.

Noch schwerwiegender als diese Vorteilsnahme des Ministers wog allerdings der damit verbundene Korruptionsvorwurf. Bereits bei Woermann hatte Erzberger korrupte Strukturen mit kleineren Leistungen ausgemacht.³⁸² Ein echter kolonialer Korruptionsskandal kam dann Ende Juli gegenüber Tippelskirch & Co. auf. Dabei gab abermals, wie bei den Sexualitätsskandalen, eine geschiedene Frau mit Aussagen gegen ihren Ex-Mann einen wichtigen Anstoß.³⁸³ Ihr Hinweis führte zur Verhaftung und Anklage von Major Fischer von der Bekleidungskommission beim Oberkommando der Schutztruppe. Wie sich herausstellte, war Fischer nicht nur ein Duzfreund von Tippelskirch und Podbielski, sondern hatte von ihnen neben kleineren Waren und Geldgeschenken auch größere Kredite bekommen, von denen er über 2000 Mark nicht zurückbezahlte.³⁸⁴

³⁷⁵ Vgl. die Presseauschnitte in: BAB/L, R 8034 III/351.

³⁷⁶ Vgl. Kap. III.

³⁷⁷ RT 23./24. 3. 1906 11. Leg. Per. II. Sess. 1905/06, Bd. 3 (216), S. 2235–37 u. 2257–58.

³⁷⁸ Kempner an Dernburg 30. 10. 1906, in: BAB/L, R 43 944: 71.

³⁷⁹ ERZBERGER, Die Kolonial-Bilanz, S. 70.

³⁸⁰ BERLINER TAGEBLATT Nr. 534, 19. 10. 1905 u. Nr. 543, 24. 10. 1905.

³⁸¹ Gutachten Schunck 6. 9. 1906, in: BAB/L, N2106/72: 13 ff.; Gutachten 22. 10. 1906, in: BAB/L, N2106/72.

³⁸² Vgl. Erzbergers Korrespondenz mit dem Kolonialamt, bes. 19. 5. 1906, in: BAB/L, R 1001: 7249: 51: 99.

³⁸³ Am 5. 7. 1906 schrieb sie an Fischers Vorgesetzten. Abschrift an Bülow, 21. 8. 1906, in: BAB/L, R 43: 943: 5–7.

³⁸⁴ Verfügung 13. 10. 1906, in: BAB/L, R 43: 943: 23 ff.

Rund 2000 Mark kamen laut Tippelskirch auch von Minister Podbielski.³⁸⁵ Zudem bezeugte der Vorgesetzte von Fischer, genau dieser Beamte habe „beim Abschluß aller Verträge mit der Firma von Tippelskirch u. Co. mitgewirkt und hat im August 1895 die Denkschrift bearbeitet, die die Grundlage für den Abschluß der Verträge mit vorgenannter Firma bildete“. ³⁸⁶ Gerade weil die deutsche Bürokratie das Ethos der Unbestechlichkeit pflegte und Korruptionsskandale bisher kaum vorkamen, sorgte auch dieser Vorwurf für besondere starke Entrüstung in der Öffentlichkeit.³⁸⁷ Das *Berliner Tageblatt* titelte unter Anspielung auf den bisher größten Korruptionsskandal Westeuropas „Ein Panama?“ und erinnerte, dass auch in Frankreich ein Privatunternehmen den Staat bestochen habe.³⁸⁸ Dabei verfügte das *Berliner Tageblatt* abermals über Quellen aus Beamtenkreisen, auf die der konservative Rivale *Berliner Lokal-Anzeiger* mit offiziellen Noten entlastend antwortete.³⁸⁹ Der Spott der liberalen und linken Presse zeigte sich auch darin, dass sie die im Skandal Beschuldigten vorwiegend mit Kosenamen ansprachen („Pod“, „Tippel“ oder „Jeskolein“).³⁹⁰ Wie die vielen empörten Ausrufezeichen der Presseauschnittssammlung der Reichsleitung zeigen, rannte die Ministerialbürokratie den Enthüllungen der Abgeordneten und Zeitungen verzweifelt nach.³⁹¹

Auch in den Kneipen führte der Korruptionsfall um Tippelskirch, Podbielski und Fischer zu besonders heftigen Diskussionen. Wie in England bewegte die Stammtische vor allem die Verschwendung von Steuergeldern zulasten der Bevölkerung. So sagte ein Gast laut Spitzelbericht: „Da hat immer einer vom anderen genommen und dieser Major Fischer ist nur der dumme, der muß die ganze Geschichte ausbaden, genommen haben sie alle. Dieser Firma Tippelskirch haben sie das Geld nur so in den Hals geworfen, und wenn man da ein paar tausend Mark springen läßt, so hat das gar nichts zu bedeuten. Da kann man mal sehen, wie mit den Staatsgeldern gewirtschaftet wird.“³⁹² Ebenso große Empörung löste in den Kneipen aus, dass der Landwirtschaftsminister nicht sofort seinen Posten räumte. Dass er vorerst weiter im Amt blieb, sah ein Kneipengast zu Recht als Strategie der Regierung, nicht die Macht der Öffentlichkeit einzugestehen.³⁹³

³⁸⁵ Aussage 6. 9. 1906, in: BAB/L, N2106/72: 22; vgl. auch Vernehmung Fischer 10. 9. 1906, ebd.

³⁸⁶ Oberstleutnant Quade/Vertreter des Oberkommandos der Schutztruppe an Reichskanzlei, 10. 8. 1906, in: BAB/L, R 43 944: 24ff. Erwähnt wird der Fall in: LERMANN, The Courtier, S. 156f., die allerdings zu Unrecht betont, die Beschuldigungen gegen Podbielski seien weitgehend ungerechtfertigt.

³⁸⁷ BERLINER MORGENPOST 20. 7. 1906; BERLINER TAGEBLATT Nr. 382 u. 383, 30. 7. 1906.

³⁸⁸ BERLINER TAGEBLATT Nr. 383, 30. 7. 1906.

³⁸⁹ Vgl. die entsprechende Beobachtung in: FREISINNIGE ZEITUNG 31. 7. 1906.

³⁹⁰ Vgl. etwa: MORGENPOST Nr. 180, 4. 8. 1906; FREISINNIGE ZEITUNG Nr. 99, 26. 4. 1907; VORWÄRTS Nr. 58, 10. 3. 1906.

³⁹¹ Vgl. BAB/L, R 43: 941: 38.

³⁹² Polizeibericht Schutzmann Ziegler 7. 8. 1906, in: StAH, S 3930-35 Bd. 1; ähnlich: Polizeibericht Schutzmann Lücke 18. 8. 1906, in: StAH, S 3930-33.

³⁹³ „Nun bleibt dieser ‚Pod‘ doch noch in seinem Amte, dieser Schweinehund hätte gerne gehen können und ich kann nicht begreifen wie so ein Gauner noch auf einen solchen Posten bleiben

Sowohl die deutsche als auch die britische Öffentlichkeit zog dabei wechselseitig Vergleiche zwischen dem etwa zeitgleichen „War Stores Scandal“ und dem Tippelskirch/Woermann-Skandal. Während die *Times* Ähnlichkeiten sah, titelte die *BZ am Mittag* erleichtert „Ein englisches Panama. Ein Kolonialskandal in England.“³⁹⁴ Besonders für die Deutschen war das Empire weiterhin Vorbild, Schreckbild und Entlastungsargument zugleich. Auch wenn rechte Zeitungen immer noch betonten, in England seien die Skandale schlimmer, so akzeptierten sie dies nicht mehr als Trost.³⁹⁵ Die wechselseitigen Beobachtungen zeigten sich etwa darin, wie ausführlich die *Times* über eine Rede des Zentrumsführers Peter Spahn berichtete, als dieser Großbritannien als Vorbild anführte, da dort die Schuldigen bestraft und Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Fälle getroffen würden, während in Deutschland keine ernsthafte Untersuchung erfolgte. Dies würde daran liegen, so Spahn, dass in England Regierungen wechselten und die Opposition dann die Akten sähe.³⁹⁶ Die Mitte/Linksparteien forderten zudem unter Verweis auf die englische Skandalbewältigung eine unabhängige parlamentarische Untersuchungskommission, was der Direktor der Kolonialabteilung jedoch ablehnte, da es die Autorität der Regierung erschüttern würde.³⁹⁷ Während die Deutschen also England als Vorbild priesen, übernahm die englische Öffentlichkeit dies zugleich, um ihr eigenes Selbstwertgefühl gegenüber dem kolonialen Nachkömmling Deutschland zu festigen.

Welche Folgen hatten diese zahlreichen Kolonialskandale, die im Jahr 1906 kulminierten? Insgesamt lässt sich feststellen, dass sie durchaus mehr Konsequenzen hatten als es Spahns Vergleich mit England andeutet. Im Bereich der Kolonialwirtschaft führten sie nach den Korruptions- und Monopolvorwürfen zur Kündigung der Verträge mit den Firmen Woermann und Tippelskirch. Bülow erwies sich hier als treibende Kraft, der sich gegen Widerstände aus der Kolonialabteilung und der restlichen Reichsleitung durchsetzte.³⁹⁸ Zudem waren die personellen Folgen erheblich. Bereits vor 1906 führten die ersten Vorwürfe zu Untersuchungen der Reichskanzlei, die Entlassungen nach sich zogen. So verlor der Gouverneur von Togo, Waldemar Horn, bereits 1905 seinen Posten. Ebenso wurde im gleichen Jahr der Direktor der Kolonialabteilung, Stuebel, durch Hohenlohe-Langenburg ersetzt, da ersterer mit der Bewältigung der Vorwürfe

kann.“ Ein anderer Gast antwortete: „Sie wollen ihn bloß nicht gleich rausschmeißen, damit es nicht aussieht, als wenn sie den Zeitungen einen Gefallen tun, denn im Amte kann er nach allem was vorgefallen ist nicht mehr bleiben.“ Polizeibericht Schutzmann Ziegler 22. 8. 1906, in: StAH, S 3930-35 Bd. 1.

³⁹⁴ Vgl. *TIMES* 30. 8. 1906, S. 3, *BZ AM MITTAG* Nr. 186, 10. 8. 1906.

³⁹⁵ *LEIPZIGER NEUESTE NACHRICHTEN* Nr. 210, 1. 8. 1906; *DEUTSCHES BLATT* Nr. 66, 18. 8. 1906.

³⁹⁶ *TIMES* 30. 8. 1906, S. 3.

³⁹⁷ Dernburg an Bülow 12. 11. 1906, in: BAB/L, R 43 941: 242f.; Denkschriften des AA und Reichsjustizamts an Bülow, 7. 9. 1906, in: BAB/L, R 43: 941: 185ff.

³⁹⁸ Vgl. sein Drängen in: Bülow an Hohenlohe 21. 8. 1906, in: BAB/K, R 43 944: 23ff.; Reichsjustizamt/Nieberding an Oberkommando der Schutztruppen 24. 10. 1906, in: R 43 944: 89; Auflösungsvertrag 27. 11. 1906, in: R 43 944: 94. Der Vertrag wurde zum 31. 3. 1907 aufgelöst, ab 1. 10. 1906 galten aber bereits andere Vertragspreise.

überfordert schien. 1906 verstärkte die Regierung unter dem Eindruck der zahllosen Enthüllungen ihre Ermittlungen, die zu weiteren Absetzungen führten, bis 1907 selbst Gouverneur Jesco von Puttkamer zum Rücktritt gedrängt wurde, wenn auch ohne Verurteilung und bei voller Pension.³⁹⁹ Erneut trieb vor allem Reichskanzler Bülow die Untersuchung mit nachfragenden Briefen voran, während Kolonialdirektor Hohenlohe eine eher passive Rolle einnahm.⁴⁰⁰ Dass eine schnelle Aufklärung nötig sei, machte Bülow selbst Wilhelm II. klar. Er richtete nicht nur entsprechende Briefe an den Kaiser, sondern gab auch die Anweisung, den Monarchen mit ausgewählten Zeitungsartikeln auf seinen Kurs zu bringen.⁴⁰¹ Denn intern kam die Reichsleitung vielfach zu dem Schluss, dass die Vorwürfe von Erzberger und anderen durchaus zuträfen.⁴⁰²

Der spektakulärste Rücktritt infolge der Skandale war der des Staatssekretärs und preußischen Landwirtschaftsministers Podbielski. Auch er wurde von Bülow zum Abschied gedrängt, nachdem sich der Verdacht auf Vorteilsnahme und Korruption erhärtet hatte. Allerdings konnte sich Podbielski zunächst noch halten, da Wilhelm II. sich für dessen Verbleib stark machte.⁴⁰³ Bülow lancierte daraufhin in der Presse die Meldung, Podbielskis Rücktritt stehe bevor, was Podbielski wieder mit Gegenmeldungen konterkarierte.⁴⁰⁴ Wie sehr sich dieser lancierte Rücktritt aus einem Wechselspiel von öffentlicher Meinung und offiziöser Pressebeeinflussung entwickelte, verdeutlicht ein Anschreiben des offiziösen Journalisten Eugen Zimmermann vom *Berliner Lokal-Anzeiger*:

Herr Scherl telegraphierte mir heute aus Tirol, daß ihm die Haltung des Blattes zu sehr Podbielski-offiziös ist. Diesen Eindruck teile auch ich seit einiger Zeit. Da die Sache sich weiter zuspitzen wird und auch weil es im allgemeinen Interesse liegt, müßte ich jetzt umschwenken. Hierzu fehlt mir eine Information über die Intentionen des Kanzlers, da nämlich von der Seite Podbielski fortlaufend Nachrichten an uns gelangen, ich aber ohne Direktiven bin [...].⁴⁰⁵

Kanzler, Minister und Journalisten suchten folglich im internen und öffentlichen Austausch nach einer Lösung des Skandals. Zusammen mit dem Druck der Öffentlichkeit und den restlichen Staatsministern setzte sich Bülow schließlich gegen den Kaiser durch, und Podbielski verließ im November 1906 sein Amt. Besonders der Ministersturz war ein klares Zeichen für die gewachsene Macht der Medien und des Reichstags.

Eine weitere Konsequenz aus den Skandalen war die Neubesetzung der Spitze der Kolonialabteilung. Da Hohenlohe während der Skandale keine Initiative ge-

³⁹⁹ Vgl. BAB/L, R 43-945: 58ff.; Dernburg an Bülow 21.9.1906, in: ebd. 67f.; Bülow an Wilhelm II. 6.7.1908, in: GStA, HA I, Rep. 89, Nr. 32474.

⁴⁰⁰ Reichskanzlei an Hohenlohe 13.8.1906, in: R 43: 942: 58f.

⁴⁰¹ Bülow an Hammann 30.6.1906 u. 4.7.1906, in: BAB/L, N2106/12: 30 u. 35.

⁴⁰² Dernburg an Erzberger 12.11.1906, in: BAB/L, 1001/7250: 157.

⁴⁰³ Bülow an Hammann 5.10.1906, in: BAB/L, N2106/12: 20.

⁴⁰⁴ Loebell an Bülow 21.8.1906, in: BAB/L, R 43: 941: 142; BERLINER TAGEBLATT Nr. 422, 21.8.1906.

⁴⁰⁵ *Berliner Lokal-Anzeiger*-Redakteur Eugen Zimmermann an Scheefer 2.9.1906, in: BAB/L, R 43: 941: 185

zeigt hatte und somit für ihr Aufkommen verantwortlich erschien, stieß auch hier Kanzler Bülow Veränderungen an. Dass die Wahl auf Bernhard Dernburg fiel, war geradezu spektakulär und zeigte Bülows Reformwillen nach den Skandalen.⁴⁰⁶ Bereits Dernburgs Biographie unterstrich einen Neuanfang. Als Bankier, der in den USA gearbeitet hatte, stand er für eine Außenexpertise und wirtschaftspolitischen Sachverstand.⁴⁰⁷ Und als Sohn des amtierenden Feuilleton-Redakteurs des *Berliner Tagesblattes* – also genau der Zeitung, die die aktivste Rolle bei allen Kolonialskandalen gespielt hatte – hatte er keine Berührungsängste gegenüber Journalisten. Dementsprechend leitete Dernburg sofort eine intensive Öffentlichkeitsarbeit ein. Schon gleich nach seinem Amtsantritt suchte er den engen Kontakt zur Presse.⁴⁰⁸ Ebenso beantragte er umgehend einen Fonds für Publikationen des Kolonialamtes und plante, durch die Ernennung eines „Pressdezernenten“ in der Kolonialabteilung die Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren.⁴⁰⁹ Mit Dernburg wählte der Kanzler schließlich einen Liberalen aus einem jüdischen Elternhaus. Dementsprechend sah sich Dernburg zunächst dem Spott von antisemitischen konservativen Beamten ausgesetzt, die seine Wahl als eine Kapitulation vor der „jüdischen Presse“ ansahen.⁴¹⁰ Dernburgs Ernennung war jedoch ein Signal für einen Neuanfang, das sich an die liberale Medienöffentlichkeit und an den bislang kolonialkritischen Freisinn richtete, um dessen Unterstützung in der Kolonialpolitik zu sichern. Wie sehr Dernburg die neuen normativen Anforderungen an einen Politiker, die sich durch den Skandal um Podbielski ausgebildet hatten, bereits bei seinem Amtsantritt akzeptierte, zeigte sich bereits darin, dass er seine 38 Aufsichtsratssitze niederlegte und seinen gesamten Aktienbesitz verkaufte.⁴¹¹

Tatsächlich leitete Dernburg nach seiner Ernennung sofort eine verstärkte Untersuchung der Skandale und möglicher weiterer Missstände ein. Um der Forderung nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu begegnen, sollten in der Kolonialabteilung drei richterliche Beamte die Vorwürfe zusätzlich prüfen.⁴¹² In Afrika wurden Zeugenaussagen gesammelt, die häufig die kursierenden Beschuldigungen erhärteten.⁴¹³ Auch in Berlin machte Dernburg

⁴⁰⁶ Der Vorschlag stammte wohl von Loebell, wie er in seinen unveröffentlichten, 1930 abgeschlossenen Memoiren schreibt, in: BAK, N 1045-27-48.

⁴⁰⁷ Vgl. WERNER SCHIEFEL, Bernhard Dernburg 1865-1937. Kolonialpolitiker und Bankier im wilhelminischen Deutschland, Zürich 1974.

⁴⁰⁸ Vgl. etwa mit dem Chefredakteur der Hamburger Nachrichten: 6.11.1906, in: BAB/L, 1001/7250: 154; Theodor Wolff an Dernburg 27.11.1906, in: BAB/L, 1001: 7253: 56.

⁴⁰⁹ Dernburg an Bülow 27.9.1906, in: BAB/L, R 43: 941: 224; HAMBURGER NACHRICHTEN Nr. 671, 23.9.1906.

⁴¹⁰ Aufzeichnung Holstein 29.4.1908, in: Geheimen Papiere Bd.4, S.472.

⁴¹¹ SCHIEFEL, Dernburg, S.38.

⁴¹² Dernburg an Bülow 14.9.1906, in: BAB/L, R 43: 941: 209, Protokoll der Sitzung 13.9.1906, in: ebd.: 216ff.

⁴¹³ Vgl. etwa Kay Pitter aus Duala: „Ich habe eine Togofrau und habe auf Verlangen des H. v. Brauchitsch, des Herrn Diehl und des Herr Drees ihnen Togofrauen zugeführt. Die drei Frauen haben mit der meinigen in dem Hofgebäude gewohnt“. Protokoll Duala 29.9.1906, in: BAB/L, 1001/7252: 12.

Vorladungen, bei denen sich hohe Kolonialbeamte wie Gouverneur Puttkamer einzeln rechtfertigen mussten.⁴¹⁴ Um die öffentliche Debatte zu entschärfen, untersagte Dernburg zugleich den beschuldigten Kolonialbeamten, sich öffentlich zu rechtfertigen.⁴¹⁵ Bülow erhielt von Dernburg bereits bis zur Reichtagsdebatte Ende 1906 zahlreiche Berichte über Disziplinarverfahren, zudem entließ Dernburg verschiedene ältere Beamte.⁴¹⁶ Die in der Presse vielfach benutzte Metapher, Dernburg miste mit eisernem Besen aus, hatte insofern eine Berechtigung.⁴¹⁷

Eine weitere Folge der Skandale war, dass es im Dezember 1906 nach einer langen Reichtagsdebatte zur Ablehnung der Haushaltsmittel für Deutsch-Südwest kam und damit zur Auflösung des Reichstags und zu Neuwahlen. Diese berühmte Reichtagsdebatte war in ganz Deutschland mit Spannung erwartet worden. In zahlreichen Hamburger Kneipen sprachen die Arbeiter bereits vorher darüber, welche Enthüllungen diesmal aufgebracht würden. So sagte ein Gast laut Protokoll: „Gespannt bin ich nur auf die Rede von August [Bebel]. Über die Kolonien hat er schon manches mal ordentlich losgedonnert. Dieses Mal wird er es ihnen aber noch viel dicker [unter] die Nase reiben, denn August hat es von Anfang an mit der Politik in den Kolonien gehabt. Daß nun die Schweinereien da vorgekommen sind, aber ist ja erst recht Wasser auf der Mühle.“⁴¹⁸ Im Reichstag war wegen der vorausgegangenen Kolonialskandale die Tribüne gefüllt, unter anderem saß dort der Kronprinz und machte sich Notizen.⁴¹⁹ Reichskanzler Bülow hatte angesichts der erwarteten Bedeutung der Debatte seine Rede Monate lang vorbereiten lassen.⁴²⁰ Alle genannten Vorwürfe wurden seit August systematisch erfasst und mögliche neue skandalträchtige Enthüllungen durchgespielt.⁴²¹ Bülow stilisierte sich in seiner Rede, nicht ganz zu unrecht, selbst als Aufdecker und Reformier, um gegenüber den Skandalisierern nicht in die Defensive zu geraten.⁴²² Um möglichen neuen Vorwürfen Erzbergers begegnen zu können, erfragte Dernburg drei Wochen vor der Debatte von Erzberger eine „Liste derjenigen ‚Fälle‘, welche Ihres Erachtens noch der Untersuchung bedürfen“, und bot ein persönliches Treffen an, um mündlich über seine Nachforschung zu berichten.⁴²³ Statt auf Konfrontation setzte die Regierung damit auf die Einbindung des Enthüllers. In der tagelangen Reichtagsdebatte erkannte Erzberger dann tatsächlich Dernburgs Bemühungen an.

⁴¹⁴ Kurzprotokoll: 6. 11. und 14. 11. 1906, in: BAB/L, 1001/7252: 22.

⁴¹⁵ Aufzeichnung Guenther 16. 11. 1906, in: BAB/L, R 43 945: 116.

⁴¹⁶ Dernburg an Bülow 4. 10. 1907, in: BAB/L, R 43 941: 317ff.; Dernburg an Bülow Dez. 1906, in: BAB/L, R 43: 941: 271ff.

⁴¹⁷ Vgl. etwa BERLINER ILLUSTRIERTE ZEITUNG Nr. 52, 30. 12. 1906. Weitere Artikel mit dem Topoi des „Ausmistens“ in: BAB/L, R 8034 II: 6343.

⁴¹⁸ Polizeibericht Schutzmann Ramming, 1. 12. 1906, in: StAH, S 3930-29 Bd. 3.

⁴¹⁹ BERLINER ILLUSTRIERTE ZEITUNG Nr. 49, 9. 12. 1906.

⁴²⁰ Bülow an Hammann 25. 8. 1906, in: BAB/L, N2106/12.

⁴²¹ Verfügung Rose 10. 8. 1906, in: BAB/L, R 1001- 7249: 118.

⁴²² RT 4. 12. 1906, XI. Leg. Per., II. Sess., 1905/06, 133. Sitzung, Bd. 218, S. 4124f.

⁴²³ Dernburg an Erzberger 12. 11. 1906, in: BAB/L, 1001/7250: 157.

Zur Ablehnung des Haushaltes führte weniger die Empörung über das Massentöten in den Kolonialkriegen – wie bisher in der Literatur argumentiert – als die gebündelte Empörung über die aufgezeigten Skandale von 1906.⁴²⁴ Erzberger sowie insbesondere Roeren und Bebel schilderten in der Reichstagsdebatte Anfang Dezember 1906 erneut ausführlich grausame, korrupte und sexuelle Normbrüche durch die Kolonialverwaltung. Neben den bekannten Skandalstoffen berichtete Bebel etwa emotionalisierend, wie 52 Kinder getötet worden seien.⁴²⁵ Beide Seiten setzten in der Debatte abermals auch visuelle Zeichen, um Abgeordnete und Journalisten einzunehmen. Während Roeren einen Knüppel aus der kolonialen Strafpraxis mit zum Rednerpult brachte, untermauerte Dernburg seine nüchterne Sachkenntnis durch aufgetürmte Akten, aus denen heraus er seine neu aufgestellte positive Kolonialbilanz begründete.⁴²⁶ Gleichzeitig gelang es Dernburg, den Zentrumsolitiker Roeren mit dem skandalösen Makel zu behaften, dieser habe mit seinen Enthüllungen die Reichsleitung zu erpressen versucht, um den Willen des Zentrums durchzusetzen, was er mit Auszügen aus internen Akten zu belegen versuchte.⁴²⁷ Der Ankläger Roeren und die Zentrumspar tei wurden so selbst als unzuverlässige Elemente gebrandmarkt, die im Einklang mit der SPD das Ansehen der Nation gefährdeten. Die bereits vorher einkalkulierte Reichstagsauflösung war ein weiterer Schritt Bülow's, um nach dem Machtgewinn des Reichstags im Zuge der Skandale die eigene Autorität wieder zu stärken.

Wie die folgende Wahl verdeutlichte, die unter der Bezeichnung „Hottentottenwahlen“ in die Geschichte einging, hatten die Skandale die moralische Legitimität des Kolonialismus zum beherrschenden Thema gemacht. Die äußerst hohe Wahlbeteiligung belegte, wie sehr die Skandale die Politisierung der Gesellschaft gefördert hatten. Beide Seiten begründeten im Wahlkampf ihre Position mit emotionalisierenden Narrativen. So warf ein Wahlkampf-Flugblatt der Rechten dem Zentrum und der SPD vor, aus Parteigoismus nicht die europäischen Siedler zu unterstützen, obgleich die Afrikaner „unsere Krieger auf das scheußlichste mißhandelten, sie bei lebendigem Leibe verstümmelten. Den Halbtoten das Genick umdrehten, weißen Frauen in viehischer Weise Gewalt antaten und unschuldigen Kindern den Kopf an Türpfosten zerschmeterten.“⁴²⁸ Die Reichsleitung förderte diese Ausgrenzung des Zentrums aus dem

⁴²⁴ Ohne Berücksichtigung der Skandale, sondern lediglich mit Verweis auf die Kolonialkrieg argumentiert etwa: WINFRIED BECKER, *Kulturkampf als Vorwand: Die Kolonialwahlen von 1907 und das Problem der Parlamentarisierung des Reiches*, in: HISTORISCHES JAHRBUCH 106 (1986), S. 59–84.

⁴²⁵ Vgl. bes. RT 3./4. 12. 1906, Sten. Ber., 132. Sitzung, S. 4089.

⁴²⁶ RT 3./4. 12. 1906, Bd. 132. Sitzung, S. 4089. Zu Dernburgs Akten: KÖLNISCHE ZEITUNG Nr. 1294, 4. 12. 1906.

⁴²⁷ Inwieweit dies zutrifft, ist nicht klar zu ermitteln, da Roeren die Richtigkeit des Gesprächsprotokolls bestritt; Hinweise auch in: SCHIEFEL, Dernburg, S. 52f.

⁴²⁸ Zit. nach: FRANK MERGENTHAL, „Ohne Püffe und Knüffe geht es da nicht ab“. Die „Hottentottenwahlen“ 1907 im Regierungsbezirk Düsseldorf, Siegburg 1995, S. 183.

Kreis der national zuverlässigen Parteien, indem das Staatsministerium offiziell die Beamtenschaft anweisen ließ, „die Kolonialpolitik zur Wahlparole zu machen“ und sich dabei gegen die SPD, je nach regionaler Konstellation aber auch gegen das Zentrum zu richten.⁴²⁹ Ähnlich argumentierte Bülow's Wahlbrief.⁴³⁰ Die Überbringer der schlechten Nachrichten wurden damit für deren Konsequenzen verantwortlich gemacht. Dass sich der „Bülow-Block“ aus Konservativen und Liberalen gegenüber dem Zentrum behaupten konnte, lag sicherlich nicht zuletzt daran, dass nicht nur der Freisinn, sondern auch Bülow selbst nach den Skandalen für Reformen eingetreten war. Dass die Sozialdemokraten hingegen zahlreiche Sitze verloren, war vornehmlich dem Wahlsystem und den Wahlabsprachen geschuldet.⁴³¹ Dennoch hatte der Wahlkampf einen Stimmungsumschwung eingeleitet, der mit imperialer Euphorie einen kolonialen Neubeginn einforderte.

Die Reichstagsauflösung und der Wahlkampf hatten so den Charakter eines Reinigungsrituals. Die Bedeutung des neuen Kolonialstaatssekretärs Dernburg war dabei kaum zu überschätzen. Er erschien im nationalen Lager schon unmittelbar nach der Reichstagsdebatte wie eine Erlösergestalt, auf die sich alle Hoffnungen richteten. Unmittelbar nach seiner Rede gegen den Zentrumspolitiker Roeren erhielt er hunderte Telegramme und Briefe von Stammtischen, Vereinen, Journalisten und Einzelpersonen aus der Bevölkerung, die ihn mit oft antikatholischem Unterton priesen. Neben Gedichten, Büchern oder Bildern bekam Dernburg zahllose Interview-Anfragen, Einladungen zu Ferienurlaubs in Hotels, die Bitte eines Hamburger Zigarren-Herstellers, seine Zigarren nach ihm benennen zu dürfen, und ein Verlag bat, Ansichtskarten mit seinem Bild verkaufen zu dürfen. Auch eher antisemitische Massenvereine beglückwünschten ihn jetzt euphorisch.⁴³²

Dernburg setzte zugleich seine intensive Öffentlichkeitsarbeit fort, um nach den Skandalen dem Kolonialamt den Nimbus der Misswirtschaft zu nehmen und für den Kolonialismus insgesamt zu werben. Um das Image der Kolonien zu verbessern, wurde bereits im Mai 1907 eine Kolonialausstellung eröffnet, bei der „Afrikanische Schönheiten“ (so die *Berliner Illustrirte Zeitung*) und Kriegsspiele zu sehen waren.⁴³³ Dernburgs umfassende Medienpräsenz reichte von Interviews bis zum Titelfoto auf der *Berliner Illustrirte Zeitung*, mit der Unterschrift „Der erste Mann der neuen Ära: Bernhard Dernburg, der neue Leiter des Kolonialamtes.“⁴³⁴ Ebenso reiste er mit Reden durch das Land, die für die

⁴²⁹ Staatsministerium 17. 12. 1906, in: GStA, Rep 90 Bd. 153.

⁴³⁰ Erklärung Bülow in: NORDDEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG 3. 1. 1907.

⁴³¹ Absolut gewann die SPD über 200 000 Stimmen dazu, durch die höhere Wahlbeteiligung sank ihr prozentualer Anteil aber von 31,7 Prozent auf 28,7.

⁴³² Vgl. die zahllosen Zuschriften in: BAK, N 1130-12, 13 und 14.

⁴³³ BERLINER ILLUSTRIRTE ZEITUNG Nr. 21, 26. 5. 1907. Zur Ausstellung vgl. ULRICH VAN DER HEYDEN, Die Kolonial- und die Transvaal-Ausstellung 1896/97, in: DERS. und JOACHIM ZELLER (Hrsg.), Kolonialmetropole Berlin. Eine Spurensuche, Berlin 2002, S. 135-142.

⁴³⁴ BERLINER ILLUSTRIRTE ZEITUNG Nr. 37, 16. 9. 1906.

Kolonien warben und damit die Seiten der lokalen Generalanzeiger füllten.⁴³⁵ Im Juli 1907 fuhr Dernburg nicht nur medienwirksam persönlich nach Afrika, um sich ein eigenes Bild über die dortigen Zustände zu machen, sondern er nahm auf seine Reise neben Wirtschaftsvertretern auch sieben Journalisten und einen Fotografen mit. In Afrika setzte sich Dernburg für die mitreisenden Journalisten vielfältig in Szene, was die Medialisierung der Kolonialpolitik durch die Skandale unterstrich.⁴³⁶

Diese Öffentlichkeitsarbeit ging 1907 mit einer Ausgrenzung derjenigen einher, die die Missstände aufgedeckt hatten. Die Beamten, die die Vorwürfe an die Abgeordneten weitergeleitet hatten, erhielten zur Abschreckung Haftstrafen wegen Verletzung des sogenannten „Arnim-Paragraphen“, der die Veröffentlichung von Amtsgeheimnissen im Auswärtigen Amt bestraft.⁴³⁷ Die Regierung versuchte zudem die beteiligten Zentrumsabgeordneten weiter zu diskreditieren. So leitete die Reichskanzlei interne Gesprächsaufzeichnungen über ihre Treffen mit Erzberger an die offiziöse *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* weiter, um ihn als erpresserischen Verteidiger von querulantischem Beamten darzustellen.⁴³⁸ Erzberger wies diese Beschuldigung zwar zurück, geriet aber im Reichstag und in der breiteren Öffentlichkeit deutlich in die Defensive, da sich nun auch die linksliberale Presse gegen ihn stellte.⁴³⁹ Ebenso versuchte Dernburg, gegen die publizistische Aktivität von Erzberger zu klagen. Er bat den Reichskanzler um die Genehmigung, gegen Blätter einzuschreiten, die die Schutztruppen schlecht machten, und verwies besonders auf ein kleines Blatt aus Erzbergers Heimatort Biberach, in dem dieser entsprechende Artikel veröffentlichte. Die Reichskanzlei bestätigte dies mit den Worten: „Es würde endlich auch von politischer Bedeutung sein, wenn eine Verurteilung – namentlich des Abg. Erzberger – erfolgte.“⁴⁴⁰ Ebenso strebte der Justizminister ein Disziplinarverfahren gegen den Zentrumsabgeordneten Roeren wegen Beleidigung und Eingriff in ein schwebendes Disziplinarverfahren an.⁴⁴¹ Auch wenn die Immunität die Abgeordneten schützte, förderten derartige Kampagnen doch einen gewissen Stimmungsumschwung in der Öffentlichkeit. Die rechten, aber auch die liberalen Medien griffen dies begierig auf und sprachen vom „Fall Roeren“ und vom „skandalösen öffentlichen Vorbringens von Skandalaffären“.⁴⁴² Auch ein libe-

⁴³⁵ Vgl. etwa MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN Nr. 14, 9.1.1907 u. Nr. 20, 12.1.1907. Zahlreiche Artikel zu den Vorträgen in: BAB/L, R 8034 II. 6342

⁴³⁶ Als Buchform erschienen die Berichte von: ADOLF ZIMMERMANN, Mit Dernburg nach Ostafrika, Berlin 1908. Die Zeitungen warben sogar mit diesen Reiseberichten; vgl. die Anzeige „Mit Dernburg in Ost-Afrika“ BERLINER ILLUSTRIRTE ZEITUNG Nr. 34, 1907.

⁴³⁷ Zum Prozess gegen Poeplau vgl. BERLINER TAGEBLATT 5.6.1907.

⁴³⁸ NORDDEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG Nr. 41, 17.2.1907.

⁴³⁹ Vgl. im Reichstag die Debatte: Erzberger RT Sten. Ber. 10 Sitzung 5.3.1907, S. 244, Loebell, ebd., S. 247ff. Kritische Zeitungsausschnitte (wie BERLINER TAGEBLATT 3.3.1907) in: BAK, N 1045:16.

⁴⁴⁰ Dernburg an Bülow, 20. 12. 1906, in: BAB/K, R 43/798: 30ff; Guenther an Dernburg 7. 12. 1907, in: RA, R 43/798: 36.

⁴⁴¹ Loebell 19. 12. 1906, in BAB/K, R 43 945: 156.

⁴⁴² Vgl. DEUTSCHE TAGESZEITUNG Nr. 571, 6. 12. 1906; DEUTSCHE ZEITUNG Nr. 288, 9. 12. 1906.

rales Blatt wie die *Münchener Neuesten Nachrichten* verurteilte die neue „üble Sitte“, „geheime amtliche Dokumente, die nur durch Vertrauensbruch auf die Schreibtische der Redakteure fliegen konnten, zu veröffentlichen.“⁴⁴³ Wie bei vielen Skandalen erschien nun die Offenlegung der Missstände als eigentlicher Skandal.

Man wird den Folgen der Kolonialskandale dennoch nicht gerecht, wenn man sie auf diese Gegenkampagnen reduziert. Moralisch legitimierbar war die Kolonialeuphorie nur durch den Vorsatz, einen kolonialpolitischen Neuanfang einzuleiten. Tatsächlich führten die Skandale zu einer Reformphase, die über die bereits skizzierten Entlassungen und Wirtschaftsreformen hinausreichten. Insgesamt gesehen kam es seit 1907 zu einer kolonialen Reformära unter Ausschluss des Zentrums, obwohl gerade diese Partei die Reformen gefordert hatte.⁴⁴⁴ Strukturell schlug sich dieser Neuanfang in der Gründung eines eigenständigen Kolonialamtes nieder, das direkt dem Reichskanzler (und nicht mehr dem Auswärtigen Amt) unterstellt war.⁴⁴⁵ Ebenso förderte Dernburg die Einrichtung eines an das Reich angelehnten Pressegesetzes in den Kolonien.⁴⁴⁶ Zudem bemühte sich die Kolonialverwaltung erneut um die Eindämmung der grausamen Bestrafung in den Kolonien. So regte Dernburg 1907 unter ausdrücklichem Verweis auf die Kritik im Reichstag eine Modifikation der Prügelstrafe an und regelte in einer Verfügung vom Juli 1907 die körperliche Züchtigung.⁴⁴⁷ Körperlichen Strafen musste nun ein Prozess vorausgehen, ihre Durchführung war zu protokollieren und das Verlaufsprotokoll war dem Gouverneur vorzulegen. Die koloniale Rechtsprechung wurde dadurch professionalisiert, dass seit 1908 die Anwärtler für das Kolonialrichteramt im Reich eine theoretische Ausbildung erhielten. Für eine bessere Ausbildung künftiger Kolonialbeamter sollte die Gründung des Hamburger Kolonialinstituts sorgen, an dem diese zumindest eine einjährige Ausbildung erhielten.⁴⁴⁸

Großbritannien diente bei diesen Reformen teilweise als Vorbild. Besonders Dernburg bemühte sich um Anregungen aus dem britischen Empire. So schickte er bei der Reform des Strafsystems Legationsrat von Jacobs 1907 im amtlichen Auftrag nach London und Paris, um Erkundigungen über das dortige „Eingeborenerecht“ einzuholen.⁴⁴⁹ Dernburg selbst reiste 1907 und 1908 in die britischen Kolonien in Ost- und Südafrika, um von den dortigen Erfah-

⁴⁴³ MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN Nr. 489, 19. 10. 1906.

⁴⁴⁴ Vgl. zu dieser Zäsur, die in der Literatur vielfältig betont wird, etwa: HENDERSON, German Colonial Empire, S. 98; GRÜNDER, Geschichte, S. 241 f.

⁴⁴⁵ Vgl. die Selbstdarstellung in: REICHS-ANZEIGER Nr. 119, 18. 5. 1907, in: BAK, R 1001-5629.

⁴⁴⁶ Entwurf in Schreiben Gouverneur Deutsch-Ostafrika 16. 10. 1906, in: BAB/L, R1001-4696-23.

⁴⁴⁷ SCHRÖDER, Prügelstrafe, S. 87 f.

⁴⁴⁸ Vgl. THOMAS KOPP, Theorie und Praxis des deutschen Kolonialstrafrechts, in: VOIGT und SACK, Kolonisierung, S. 71-94, S. 75; WINFRIED SPEITKAMP, Deutsche Kolonialgeschichte, Stuttgart 2005, S. 49.

⁴⁴⁹ HARALD SIPPEL, Typische Ausprägungen, S. 354.

rungen zu lernen. Vor seiner Reise ins britische Südafrika 1908, wo er sich immerhin sechs Wochen aufhielt, machte er in London einen einwöchigen Zwischenstopp, um unter anderem mit Kolonialminister Crewe, Handelsminister Churchill und König Edward VII. über die britischen Kolonien zu sprechen. Zumindest punktuell lassen sich direkte Übernahmen englischer Verwaltungstechniken ausmachen, wie bei der Einrichtung einer zentralen „Beschaffungsstelle für die Schutzgebiete“, die den Wettbewerb verschärfen sollte.⁴⁵⁰

Inwieweit die Reformeuphorie nach den Skandalen allerdings im kolonialen Alltag griff, ist schwer zu beurteilen, zumal sich die Praktiken, Rechte und Normen in den einzelnen Kolonien deutlich unterschieden. In Kamerun bemühte sich anscheinend Puttkamers Nachfolger, Gouverneur Theodor Seitz, trotz militärischer Auseinandersetzungen und fortgesetzter Ausbeutung der Einheimischen die alltägliche Gewalt einzugrenzen und die Afrikaner an der Verwaltung zu beteiligen.⁴⁵¹ In Deutsch-Südwestafrika folgte dagegen den Kolonialkriegen eine drastische Eingrenzung der Eingeborenenrechte.⁴⁵² Die statistisch erfassten Prügelstrafen stiegen in den folgenden Jahren ebenso wie die Verurteilungen.⁴⁵³ Auch wenn die Todesurteile dafür sanken, kam es nicht andeutungsweise zu einer rechtlichen Gleichbehandlung mit den Europäern. Dass weitere vergleichbare Skandale und Aufstände jedoch nach 1907 in den deutschen Kolonien ausblieben, wurde in der Öffentlichkeit auf eine insgesamt humanere Praxis zurückgeführt.⁴⁵⁴

Wie ambivalent die Folgen der Skandale sein konnten, zeigten besonders die Skandale, die die sexuellen Beziehungen zwischen Kolonialisten und Afrikanerinnen offen gelegt hatten. Wie in den 1890er Jahre führten sie zu einer öffentlichen Debatte über die Zulässigkeit von Konkubinen und „Mischehen.“ Um zumindest den besonders anstößigen sexuellen Verkehr mit Mädchen unter 14 Jahren einzudämmen, verbot ein Erlass der Kolonialabteilung 1907 die „Aufnahme unerwachsener weiblicher Eingeborener“ in den Hausstand von unverheirateten Beamten.⁴⁵⁵ Neben dem erneuten Vorschlag, deutsche Frauen nach Afrika zu verschiffen, wurde die Einrichtung von Bordellen mit weißen Prostituierten angeregt, um auch Geschlechtskrankheiten zu kontrollieren.⁴⁵⁶ Ab 1905/06 nahmen Verordnungen zu, die Ehen zwischen Deutschen und Afrikanern in einzelnen Kolonien untersagten und mit Sanktionen belegten. Obgleich ihre Zahl

⁴⁵⁰ SCHIEFEL, Dernburg, S. 73 f. u. 198.

⁴⁵¹ So HAUSEN, Kamerun, S. 252–255.

⁴⁵² JÜRGEN ZIMMERER, Krieg, KZ und Völkermord in Südwestafrika. Der erste deutsche Genozid, in: JÜRGEN ZIMMERER und JOACHIM ZELLER (Hrsg.), Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904–1908) in Namibia und seine Folgen, Berlin 2003, S. 45–63; vgl. etwa die Verordnung Deutsch-Südwestafrika 18. 8. 1907, abgedr. in: GRÜNDER (Hrsg.), „... da und dort ein junges Deutschland gründen“, S. 154 f.

⁴⁵³ WALZ, Entwicklung, S. 201; HAUSEN, Kamerun, S. 173, HELMUTH STOECKER (Hrsg.), Drang nach Afrika. Die deutsche Expansionspolitik und Herrschaft in Afrika von den Anfängen bis zum Verlust der Kolonien, Berlin 1991 (2. überarb. Aufl.).

⁴⁵⁴ BERLINER TAGEBLATT Nr. 424, 22. 8. 1910.

⁴⁵⁵ ERBAR, „Ein Platz an der Sonne“, S. 261.

⁴⁵⁶ Letztere Hinweise für 1908 in: KUNDRUS, Moderne Imperialisten, S. 222.

verschwindend gering war, diskutierte auch der Reichstag ein entsprechendes Verbot, das schließlich 1912 am Zentrum scheiterte.⁴⁵⁷ Obwohl sich diese Diskussion aus der stark rassistischen Rechtsauffassung und den Kriegen in den deutschen Kolonien erklärte, hatten doch die Skandale erneut die Vorstellung verbreitet, die Deutschen würden zahllose sexuelle Beziehungen zu Afrikanerinnen unterhalten und deshalb „verwildern“, weshalb entsprechende Gesetze notwendig seien. Die Skandale förderten insofern eben nicht nur eine koloniale Liberalisierung, sondern zugleich auch eine rassistische Verschärfung.

Im Vergleich zu den Kolonialskandalen der 1890er Jahre lässt sich weniger eindeutig ausmachen, inwieweit die Skandale von 1906 die Vorstellungen über die Kolonialisten und die afrikanischen Einheimischen verschoben. Die entworfenen Zuschreibungen waren vielmehr oft gegenläufig. Auffällig war jedoch, dass die Stereotype des grausamen und des gequälten Afrikaners um das Bild des kultivierten „Negers“ ergänzt wurden, für das der Kameruner Prinz Akwa stand. Der Kameruner Misswirtschaft unter Gouverneur Puttkamer wurden Berichte über Akwa gegenüber gestellt, der in Deutschland das Anliegen der Afrikaner vertrat. Akwa, der in Deutschland erzogen worden war und in katholischen Adelskreisen verkehrte, wurde in der Massenpresse wie ein kultivierter Gelehrter mit Anzug und Büchern präsentiert; „er kleidet sich elegant und führt eine anregende Konversation“, schrieb etwa der eher konservative *Berliner Lokal-Anzeiger*.⁴⁵⁸ Freilich war diese Form der Konversion umstritten. Maximilian Harden sprach von „Destillen-Akwa“ und spottete, Akwa sehe aus „wie jeder andere im Faulenzen fett gewordene Negerlummel“.⁴⁵⁹ Die Ambivalenz der kursierenden Afrikabilder zeigte besonders der Bildhaushalt der *Berliner Illustrierten Zeitung* von 1906/07. Neben zahlreichen Fotos von deutschen Kolonialisten bei der Jagd und „südwestafrikanischen Schönheiten“⁴⁶⁰ erschienen auch Bilder von abgemagerten gefangenen Hereros und gefolterten Bewohnern der belgischen Kongo-Republik.⁴⁶¹ Die Kolonialskandale hatten zu einer Polarisierung der öffentlichen Deutungen geführt, und das Berliner Massenblatt versuchte diese gleichzeitig zu bedienen.

7. EXKURS: MACHTMISSBRAUCH IM REICHSLAND: ZABERN

Eine ähnliche Lesart wie für die Kolonialskandale bietet sich an, um die berühmte Zabern-Affäre zu interpretieren, die sich 1913 aus dem „Reichsland“ Elsaß-Lothringen heraus zu einem zentralen Skandal des Kaiserreiches ent-

⁴⁵⁷ Vgl. WILDENTHAL, *German Women*, S. 98f. u. 107; ESSNER, *Zwischen Vernunft*, S. 503–519.

⁴⁵⁸ BERLINER LOKAL-ANZEIGER 25.3.1906; ähnlich: FRANKFURT ZEITUNG Nr. 64, 6.3.1906.

⁴⁵⁹ Harden, Puttkamer, *DIE ZUKUNFT* 31.3.1906, S. 473–482, ebd. 16.6.1906, S. 396.

⁴⁶⁰ BERLINER ILLUSTRIRTE ZEITUNG Nr. 30, 29.6.1906; Nr. 5, 3.2.1907; Nr. 9, 3.3.1907; Nr. 47, 24.11.1907.

⁴⁶¹ BERLINER ILLUSTRIRTE ZEITUNG Nr. 4, 27.1.1907 u. Nr. 21, 26.5.1907.

wickelte. Zumindest verhandelte auch dieser Skandal die Verhaltensgrenzen für deutsche Beamte und Militärs in einem annektierten Gebiet. Machtmissbrauch, Gewaltwillkür und die Verletzung der Ehre gegenüber den Einheimischen gaben ebenfalls den Anstoß für eine breite öffentliche Empörung. Die Interaktion zwischen der peripheren Öffentlichkeit im elsässischen Zabern und der reichsweiten Öffentlichkeit bildete eine weitere Parallele. Und auch hier überführte der Skandal eine Gewalttat fern von Berlin in eine grundsätzliche gesellschaftliche Debatte, wobei er insbesondere die Stellung der Zivilverwaltung gegenüber dem Militär verhandelte.

Natürlich war Elsaß-Lothringen keine Kolonie. Die Diskriminierung der Elsässer entsprach nicht dem Rassismus gegenüber Afrikanern, und die Selbstlegitimierung der deutschen Besatzer betonte gerade die aus dem Mittelalter stammenden deutschen Wurzeln des Landes. Allerdings war Elsaß-Lothringen, nachdem es 1871 gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit aus strategischen, ökonomischen und nationalistischen Gründen annektiert worden war, auch kein normaler Bundesstaat, sondern als „Reichsland“ unmittelbar dem Kaiser unterstellt. Seit 1879 verwaltete es ein vom Kaiser ernannter Statthalter wie eine „Kronkolonie“ (W. J. Mommsen), unter Mitwirkung eines nicht gewählten und kaum für die Bevölkerung repräsentativen „Landesausschusses“.⁴⁶² Erst 1902 wurde der „Diktaturparagraph“ aufgehoben, der der Zivilverwaltung Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und eine Pressezensur ermöglichte. 1911 bekam Elsaß-Lothringen zwar endlich eine Verfassung, wurde aber weiterhin von einem vom Kaiser ernannten Statthalter geleitet und erhielt neben einer gewählten Kammer eine weitere Kammer, in der Honoratioren und vom Kaiser ausgesuchten Persönlichkeiten. Die nun zulässigen Wahlen verstärkten die Politisierung und parteipolitische Formierung der Gesellschaft, zumal die vollen Rechte eines Bundesstaates verwehrt blieben. Insofern waren Spannungen nicht allein durch die Annexion selbst, sondern auch durch die politische Praxis zwischen der einheimischen Bevölkerung und den deutschen Beamten und Militärs vorprogrammiert. Kolonial geprägt war auch die Wahrnehmung der zugewanderten Beamten, die vielfach koloniale Begriffe wie „Eingeborene“ benutzten. Dagegen reagierte die Bevölkerung auf die „Fremdherrschaft“ mit vielfachem symbolischem Protest und einer Trennung der Lebenswelten im Alltag.⁴⁶³

Diese Spannungen entluden sich in der Zabern-Affäre, die neben dem Eulenburg-Skandal und der Daily-Telegraph-Affäre sicherlich der bis heute bekannteste Skandal des Kaiserreiches ist.⁴⁶⁴ An ihm lässt sich die Interaktion

⁴⁶² MOMMSEN, Bürgerstolz, S. 395.

⁴⁶³ Zu diesem kolonialen Blick und dessen Grenzen vgl.: GÜNTER RIEDERER: Feiern im Reichsland. Politische Symbolik, öffentliche Festkultur und die Erfindung kollektiver Zugehörigkeiten in Elsaß-Lothringen (1871–1918), Trier 2004, bes. S. 410–414 u. 424f.

⁴⁶⁴ Der Ereignisablauf des Skandals braucht deshalb nicht erneut breit ausgeführt werden, da ihn selbst Überblicksdarstellungen skizzieren; vgl. etwa: WEHLER, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, S. 1125–1129; MOMMSEN, Bürgerstolz, S. 440–445; VOLKER ULLRICH, Als der Thron ins Wanken kam. Das Ende des Hohenzollernreiches 1890–1918, Bremen 1993, S. 65–85; STÖBER,

zwischen Medien und Politik als auch die Aushandlung der Grenzen militärischer Machtausübung ausmachen. Ausgelöst wurde der Skandal durch die Presse. Am 6. November 1913 berichteten zwei elsässische Zeitungen, Leutnant Günter Freiherr von Forstner vom dortigen Infanterie-Regiment hätte in einer Instruktionsstunde seinen Rekruten gesagt: „Wenn Du einen ‚Elsässer-Wackes‘ zusammenschießt, erhältst Du keine 2 Monate, für jeden Dreckswackes den Du mir bringst, erhältst Du 10 M.“⁴⁶⁵ Die Zeitungsredaktion hatte dies von drei Rekruten erfahren. Die sozialdemokratische *Freie Presse für Elsaß-Lothringen* titelte schon einen Tag nach den ersten Berichten ironisch „Schießt die ‚Wackes‘ zusammen“.⁴⁶⁶ Die offiziell ermittelte Version des Ausspruches, die der Statthalter in seiner Untersuchung ausmachte, war allerdings nicht minder diskreditierend, auch wenn sich der Leutnant angeblich nur auf Notwehr bezogen hatte („Wenn Sie aber angegriffen werden, dann machen Sie von Ihrer Waffe Gebrauch. Wenn Sie dabei so einen Wackes niederstechen, dann bekommen Sie von mir noch 10 M.“).⁴⁶⁷ Der Statthalter setzte sich beim Militär vergeblich für die Versetzung des Leutnants ein, so dass dieser nach nur wenigen Tagen Hausarrest wieder die Stadt betrat, begleitet von einer Eskorte. Menschenmengen folgten und verspotteten ihn. Die Empörung und Protestversammlungen gegen die Offiziere, die die Zeitungsmeldungen auslösten, beantwortete das Militär mit harten und willkürlichen Maßnahmen, die weitere empörte Zeitungsberichte und Unruhen in der Bevölkerung nach sich zogen. So hieb Leutnant von Forstner mit seinem Säbel auf einen halbgelähmten 19jährigen Schuster ein, der in einer weglauenden Gruppe übrig blieb. Zahlreiche Verhaftungen erfolgten wegen Gelächter und Versammlungen. Auf einen spöttischen Zuruf von Jugendlichen hin ließ der örtliche Regimentskommandeur Oberst von Reuter recht willkürlich Personen festnehmen und über Nacht in einen Kohlenkeller bringen. Zu den wahllos Festgenommenen zählten ein Landgerichtsrat, ein Staatsanwalt, ein Rechtsanwalt und ein Redakteur.⁴⁶⁸ Zudem durchsuchten seine

Pressepolitik, S. 174–179. Eine aktenfundierte ausführliche Darstellung bietet: DAVID SCHOENBAUM, Zabern 1913. Consensus Politics in Imperial Germany, London 1982. Den Ereignisablauf schildert erneut ohne Archivquellen, mit einer einleitenden Schuldzuweisung an die „Junker“: RICHARD W. MACKEY: The Zabern Affair, 1913–1914, Lanham 1991. Aus preußisch-konservativer Sicht über den „Einzelfall“ bereits: ERWIN SCHENK, Der Fall Zabern, Stuttgart 1927. Die Affäre führte frühzeitig zu politisch kontroversen Interpretationen des Kaiserreiches, die etwa die hier manifestierte Dominanz des Militärs betonte: HANS-ULRICH WEHLER, Der Fall Zabern. Rückblick auf eine Verfassungskrise des Wilhelminischen Deutschlands, in: Die Welt als Geschichte 23 (1963), S. 27–46; vom Hauptargument ähnlich, aber aus marxistischer Perspektive: KURT STENKEWITZ, Gegen Bajonett und Dividende. Die politische Krise in Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges, Berlin (Ost) 1960, S. 125–140.

⁴⁶⁵ Die Artikel aus der zentrumsnahen „ELSÄSSER PRESSE“ und dem liberalen „ZABERNER ANZEIGER“ vom 6. 11. 1913, die in den meisten Darstellungen falsch zitiert werden, finden sich in: BAB/L, R 43–170.

⁴⁶⁶ SOZIALDEMOKRATISCHE FREIE PRESSE 7. 11. 1913; vgl. Presseauschnitte in: BAB/L, R 43–170.

⁴⁶⁷ Bericht Wedel an Bethmann 16. 11. 1913, in: BAB/L, R 43–170.

⁴⁶⁸ Bericht Kreisdirektor 28. 11. 1913, in: BAB/L, R 43–170.

Truppen Zeitungsredaktionen. Auch der in der Presse übermittelte Ausspruch des Leutnants, sie könnten „auf die französische Fahne scheißen“, verstärkte die Empörung in Elsaß-Lothringen und innerhalb weniger Tage auch im gesamten Reich. Der Zusammenhang zwischen den lokalen Verhaltensweisen, den Medienberichten und den kollektiven Emotionen ist somit unübersehbar.

Die Presse übertrug diese Empörung aus dem Elsaß weltweit. Nachdem französische Zeitungen wie *Le Matin* hierüber berichtet hatten, gingen die Meldungen über die Nachrichtenagentur WTB in die Presse des Kaiserreiches und die internationalen Zeitungen.⁴⁶⁹ Der Stellenwert der Ereignisse war den Journalisten zunächst noch unklar. Das gut informierte *Berliner Tageblatt* übernahm anfangs nur eine kurze Meldung aus der *Straßburger Post*, und selbst der *Vorwärts* startete seine ersten Berichte erst fünf Tage später mit einer knappen Meldung, die auf dem offiziellen Wolff'schen Telegraphenbureau beruhte.⁴⁷⁰ Das *Berliner Tageblatt* sandte dennoch einen Tag nach den ersten Artikeln einen eigenen Korrespondenten nach Zabern, der über das geringe Vertrauen in die offiziellen Meldungen berichtete, aber eine Beruhigung annahm.⁴⁷¹ Erst in den folgenden Tagen, mit der Eskalation der Gewalt, entwickelte sich Zabern zu einem Medienereignis, das über Wochen die ersten Seiten mit Berichten über die „Militärdiktatur“ füllte, wegen der es überall zu einer „leidenschaftlichen Erregung“ komme. Abermals sorgte die Verhandlung des Skandals im Reichstag dafür, dass auch die medial vermittelten Emotionen besonders intensiv wurden und der Skandal seinen Zenit in der Medienöffentlichkeit erreichte. Insbesondere der *Vorwärts* dramatisierte die Ereignisse als „Anfang der Revolution von oben“, die ins Altreich übergreifen werde: „Was gestern in Zabern möglich war, soll morgen im Ruhrgebiet und übermorgen in Berlin möglich sein: dass konfliktlüsterne Kriegsknechte mit souveräner Handbewegung die Zivilbehörden beiseite schieben und ein schrankenloses Säbelregiment errichten.“⁴⁷² Von den Medien verlagerte sich die Empörung auch auf die Straße. So organisierte die SPD allein am 7. Dezember 1913 17 Protestversammlungen, bei denen nach eigenen Angaben 50 000 Leute kamen, weitere sollten folgen.⁴⁷³ Ebenso hielten zahlreiche liberale Vereinigungen im Land Versammlungen ab und veröffentlichten Protestnoten.⁴⁷⁴

Nachdem die reichsweite Bedeutung des Skandals deutlich wurde, reisten zahlreiche Journalisten nach Zabern, um eigene Eindrücke zu übermitteln. Dabei zeigte sich, welches kritisches Potential das Aufkommen von Korrespon-

⁴⁶⁹ Die ersten Meldungen der *Times* bauen etwa auf dem WTB auf; TIMES 11. 11. 1913, S. 7; vgl. SCHOENBAUM, Zabern, S. 99 u. 113.

⁴⁷⁰ Die ersten Meldungen dieser Zeitungen waren: BERLINER TAGEBLATT 10. 11. 1913, S. 3; VORWÄRTS 11. 11. 1913, S. 2.

⁴⁷¹ BERLINER TAGEBLATT 11. 11. 1913, S. 3.

⁴⁷² VORWÄRTS Nr. 323, 8. 12. 1913, S. 1.

⁴⁷³ Ebd. Der Aufruf im Vorwärts hatte die Titelüberschrift: „Massen heraus! Auf zum Protest gegen die Säbelherrschaft! Nieder mit der Militärdiktatur!“; ebd., 7. 12. 1913.

⁴⁷⁴ BERLINER TAGEBLATT Nr. 617, 5. 12. 1913, S. 2 u. Nr. 619, 6. 12. 1913, S. 2.

dentenreportagen besaß. So gab der Korrespondent der nationalliberalen *National-Zeitung* Impressionen über eine verängstigte Stadt und Soldaten, die mit aufgepflanzten Bajonetten durch die Straße zögen.⁴⁷⁵ Der Korrespondent des *Vorwärts* verfasste eine Reportage, die bereits die Anfahrt als einen Weg in ein Kriegsgebiet schilderte, während er Zabern selbst als „Kriegsschauplatz“ bezeichnete.⁴⁷⁶ Sogar der Korrespondent der offiziellen Nachrichtenagentur WTB berichtete explizit über das willkürliche Eindringen der Soldaten in Wohnungen unter Eintreten von Türen.⁴⁷⁷ Auch wenn der WTB-Korrespondent bei anderen Berichten die Offiziere eher in Schutz nahm,⁴⁷⁸ zeigte dies, dass die Journalisten vor Ort nicht einfach parteipolitischen Richtlinien folgten. Während nationalliberale Abgeordnete das Verhalten des Militärs verteidigten, eröffneten die Berichte ihres Parteiorgans andere Deutungen. Die Wirkungsmacht der Presse wurde in dem Skandal nicht nur von der Linken und der Mitte hoch eingeschätzt, die deren aufklärende Rolle hervorhoben, sondern auch von der Rechten. Staatsführung, Militär und Justiz beschuldigten die Zeitungen, die Massen durch aufgeblähte Halbwahrheiten erregt zu haben. Kaiser Wilhelm II. machte „zu 75%“ die Presse verantwortlich, ebenso entschuldigte das Gericht das Verhalten der Offiziere mit den „Hetzereien in der Presse“, und General Falkenhayn sprach im Reichstag von „hetzerischen Pressorganen“, was einen empörten Tumult auslöste.⁴⁷⁹ Allen Deutungen von links bis rechts war damit gemein, dass sie den Zeitungen eine entscheidende politische Macht zuschrieben.

Der Skandal verhandelte mehrere Konflikte. Zunächst war er eine Auseinandersetzung über das Ansehen der Einheimischen des „Reichslandes“ in den Augen der Deutschen. Dieser kulturelle Konflikt verdichtete sich in dem Begriff „Wackes“, mit dem der Leutnant die Elsässer beschimpft hatte, weshalb die Berliner Zeitungen auch häufig von der „Wackes-Affäre“ sprachen.⁴⁸⁰ Wie auch der Statthalter dem Reichskanzler erklärte, war das Wort „Wackes“ ein unter Rekruten gebräuchlicher Spottbegriff für Elsässer, der eigentlich „Vagabund“ und „Nichtnutz“ bedeutete.⁴⁸¹ Seine Verwendung war zwar in der Armee untersagt⁴⁸², aber wie die Presse feststellte, war dieses Wort in den letzten Jahrzehnten „hunderttausendmal“ gefallen. Die lokalen Zeitungen und die internen Ermittlungen des Statthalters vermerkten sogar, dass sich Elsässer Rekruten mit den

⁴⁷⁵ NATIONAL-ZEITUNG o. D. in: BAB/L, R 43-170.

⁴⁷⁶ VORWÄRTS 4. 12. 1913, S. 2; 1. 12. 1913.

⁴⁷⁷ Bericht WTB 29. 11. 1913, in: BAB/L, R 43-170.

⁴⁷⁸ So erklärte das WTB dem Statthalter zufolge die Festnahme eines Schumachers durch Leutnant Forstner, weil er sich auf ihn gestürzt „habe“, während Forstner selbst nur aussagte, dieser „wollte“ sich auf ihn stürzen; Wedel an Bethmann 2. 12. 1913, in: BAB/L, R 43-170.

⁴⁷⁹ RT 181. Sitzung, 3. 12. 1913, XIII. Leg-per, 1. Sess., Bd. 291, S. 6158; Urteil Kriegsgerichtsrat 10. 1. 1914, in: BAB/L R 43-172; Der Hinweis auf Wilhelm II. in: SCHOENBAUM, Zabern, S. 121.

⁴⁸⁰ Vgl. etwa VORWÄRTS 29. 11. 1913 u. 12. 12. 1913.

⁴⁸¹ Bericht Wedel an Bethmann 16. 11. 1913, in: BAB/L, R 43-170.

⁴⁸² RT 3. 12. 1913, 181. Sitz, XIII. Leg-per, 1. Sess., Bd. 291, S. 6140.

Worten „ich bin ein Wackes“ bei besagtem Leutnant melden mussten.⁴⁸³ Damit handelte es sich um einen klassischen Begriff des „Othering“, der eine Bevölkerungsgruppe abwertete, um die eigene Dominanz herauszustellen. Diese verbale Herabsetzung erleichterte und legitimierte zugleich den Einsatz einer maßlosen Gewaltretorik und -praxis, was erneut an die Kolonialskandale erinnerte, auch wenn die Repression im Elsaß keine Todesopfer forderte.

Im Skandal wurde mit der Zulässigkeit des Begriffes „Wackes“ der Status der Elsässer austariert. So riefen die protestierenden Elsässer „wir sind keine Wackes“ und beschimpften die deutschen Soldaten ebenfalls; angeblich etwa mit Worten wie „Dreckschweine, dreckige Hunde, Sauschwaben, Schwobesäckel“.⁴⁸⁴ Angesichts der Unruhen setzte sich sogar der Statthalter von Elsaß-Lothringen beim Reichskanzler und dann auch beim Kaiser dafür ein, den Begriff „Wackes“ in allen Garnisonen zu verbieten.⁴⁸⁵ Zahlreiche Konservative sahen dies jedoch anders. Kriegsminister Falkenhayn sprach sich dagegen aus, weil dann nur neue Schimpfwörter aufkommen würden.⁴⁸⁶ Dass die Elsässer im Reich mit kolonialer Herrenattitüde abgewertet wurden, machten selbst nach Ausbruch des Skandals zahlreiche Äußerungen deutlich. Der nationalliberale Abgeordnete Röchling bezeichnete die Elsässer als „Eingeborene“⁴⁸⁷, und der Berliner Polizeipräsident verlangte mehr öffentliche Unterstützung „gegenüber dieser Wackesbevölkerung, der ich lieblose Behandlung wünsche“.⁴⁸⁸ Vermutlich ein indiskreter Telegrafbeamter veröffentlichte den Kommentar des Kronprinzen, der den beschuldigten Oberst Reuter mit einem „immer feste druff“ zum gewaltsamen Vorgehen gegen die „Unverschämtheit des Zaberner Plebs“ und die „Eingeborenen“ ermunterte.⁴⁸⁹ Gerade diese brachiale Abwertung aus dem Mund des Thronfolgers, die an seinen Vater erinnerte, schürte die Empörung weiter. Als im Elsaß kurze Zeit später ein betrunkenen Oberveterinär die Einheimischen mit „Wackes“ beschimpfte und grundlos auf die Gäste einschlug, ließen sich die Journalisten von Berichten hierüber nur mit dem Versprechen abhalten, dass die Garnison verlegt würde.⁴⁹⁰ Die massiven Proteste der Elsässer im Zuge des Skandals machten somit deutlich, dass sie weder eine verbale noch eine körperliche Herabsetzung durch die Deutschen hinzunehmen bereit waren.

⁴⁸³ Bericht Wedel an Bethmann 23. 11. 1913, in: BAB/L, R 43-170.

⁴⁸⁴ Urteil Anklage Reuter/Schad Kriegsgerichtsrat 13. 1. 1914, in: BAB/L, R43-172.

⁴⁸⁵ Wedel an Bethmann 23. 11. 1913, in: BAB/L R 43-170 u. Wedel an Wilhelm II 7. 12. 1913, in: BAB/L, R43-171.

⁴⁸⁶ Falkenhayn an Bethmann 2. 12. 1913, in: BAB/L, R 43-170. Zu Falkenhayns Positionierung in dem Skandal vgl. HOLGER AFFLERBACH, Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich, München 1994, S. 115-125, hier S. 120.

⁴⁸⁷ Preußisches Abgeordnetenhaus, 2. Sitzung, 13. 1. 1914, S. 116.

⁴⁸⁸ Polizeipräsident Berlin an Wahnschaffe (Unterstaatssekretär Reichskanzlei) 2. 12. 1913, in: BAB/L, R43-170.

⁴⁸⁹ Valentini an Bethmann 29. 12. 1913, in: BAB/L, R43-171.

⁴⁹⁰ Krieger an Wedel 6. 12. 1913, in: BAB/L, R43-171.

Der Skandal verhandelte jedoch nicht nur das Ansehen der Elsässer, sondern zugleich das Ansehen des Militärs und die Frage, mit welchen Mitteln es seine Ehre verteidigen dürfe. Bereits in den Jahrzehnten zuvor war es zu mehreren kleinen Skandalen gekommen, weil Offiziere auf angebliche Ehrverletzungen mit brutaler Gewalt reagierten hatten; etwa 1896, als ein Offizier mit seinem Säbel einen Schlosser erstach, weil der in einem Gasthof seinen Stuhl angestoßen und sich nicht adäquat entschuldigt hatte; oder 1903, als ein angetrunkener Soldat einen Unteroffizier auf der Straße nicht grüßte und daraufhin bei seiner Festnahme erstochen wurde.⁴⁹¹ Skandale entstanden aber auch durch die Verabschiedung von Offizieren, die sich wegen geringfügiger Ehrverletzungen *nicht* duellieren wollten, wobei die Kriegsminister ihren Ausschluss tolerierten.⁴⁹² Willkürliche Gewalt von Offizieren thematisierten zudem Veröffentlichungen über Misshandlungen von Soldaten, wie sie auch die SPD kurz vor der Zabern-Affäre im Reichstag vorbrachte.⁴⁹³ Dass gerade in den Kasernen in Elsaß-Lothringen die Offiziere keineswegs nach einem strengen Ehrenkodex lebten, hatte bereits 1904 ein Skandal gezeigt, den ein kaum verschlüsselter Roman des Leutnant Oswald Fritz Bilse über seine Grenzgarison in Lothringen auslöste. Er beschrieb die dortigen Schikanen, Misshandlungen, und Duelle sowie Günstlingswirtschaft, Prostitution, Ehebruch, Alkoholismus, Schulden und Desertionen.⁴⁹⁴ Prozess und Beschlagnahmung machten das Buch berühmt, demaskierten die beschriebenen Soldaten und führten zur Verabschiedung von sechs Offizieren. Da das Buch in Frankreich sofort eine Auflage von über 100 000 erreichte, dürfte es gerade im französischen Grenzgebiet die Vorstellungen über das zügellose Verhalten deutscher Offiziere in Elsaß-Lothringen und damit auch die Wahrnehmung der Zabern-Affäre geprägt haben.

Der Zabern-Skandal zeigte mehrfach, dass die Soldaten völlig überzogen auf Beleidigungen reagierten. Dass ein paar Schüler etwa dem umstrittenen Leutnant Forstner ein Schimpfwort nachriefen („Bettschisser“), beantwortete dieser mit willkürlichen Verhaftungen.⁴⁹⁵ Auf andere Zurufe reagierte er per Säbelhieb. Das dort stationierte Militär unterstrich zudem verbal seine maßlose Gewaltbereitschaft bei Ehrverletzungen. So entgegnete der dortige Oberst einem Kreisdirektor, der vermitteln wollte, „er betrachte es im Gegenteil als ein Glück, wenn jetzt Blut fließe“ und er werde scharf schießen lassen, wenn die Menge, die die Offiziere beleidige, auf dem Platz stehen bleibe.⁴⁹⁶ Wie der Skandal

⁴⁹¹ GERMANIA Nr. 239, 26. 1. 1896; BRINGMANN, Reichstag, S. 254f. Zum Krosigk-Prozess VORWÄRTS Nr. 1, 1. 1. 1903.

⁴⁹² Vgl. FRANKFURTER ZEITUNG Nr. 99, 28. 4. 1912.

⁴⁹³ RT, XIII. Leg. per., I. Sess., 144. Sitz., 19. 4. 1913, Bd. 28, S. 4932.

⁴⁹⁴ Das Buch erschien unter einem Pseudonym: FRITZ VON DER KYRBURG, Aus einer kleinen Garnison. Ein militärisches Zeitbild, Braunschweig 1903; vgl. HARDTWIG STEIN, Der Bilse-Skandal von 1903. Zu Bild und Zerrbild des preußischen Leutnants im späten Kaiserreich, in: KARL CHRISTIAN FÜHRER et al. (Hrsg.), Eliten im Wandel. Gesellschaftliche Führungsschichten im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2004, S. 259–278.

⁴⁹⁵ Telegramm Wedel an Bethmann 29. 11. 1913, in: BAB/L, R43-170.

⁴⁹⁶ Bericht Kreisdirektor 28. 11. 1913, in: BAB/L, R43-170.

zeigte, erschien dieser Ehrbegriff jedoch weiten Teilen der Öffentlichkeit anachronistisch. Die maßlosen Reaktionen erinnerten an das Verhalten in den deutschen Kolonien, wo ebenfalls wegen kleiner Anlässe mit größter Härte reagiert worden war, um die Autorität zu sichern. Und ähnlich wie dort hatte dies einen gegenteiligen Effekt, da es zu Aufständen oder zumindest zu einem Ansehensverlust der Deutschen führte. Mit dem in Straßburg stationierten General Berthold von Deimling trat dabei in der Zabern-Affäre sogar ein Offizier hervor, der bereits 1904 bei der Niederschlagung der Aufstände in Deutsch-Südwest beteiligt gewesen war.

Das Kriegsministerium, die konservativen Abgeordneten und auch der Reichskanzler versuchten dennoch diesen Ehrbegriff zu verteidigen. „Der Rock des Königs muß unter allen Umständen respektiert werden“, formulierte Reichskanzler Bethmann unzweideutig, selbst wenn die Maßnahmen den rechtlichen Rahmen überschritten hätten.⁴⁹⁷ Bestärkt wurde dieser Freibrief, der den Schutz der soldatischen Ehre gewähren sollte, durch die Justiz. In den späteren Prozessen gegen die Beteiligten verteidigten die Richter das Verhalten der Soldaten damit, dass sie sich wegen der Angriffe auf ihre Ehre „in einer Art Notstand“ befunden hätte, der ihr Eingreifen berechtigt erscheinen lasse.⁴⁹⁸ Damit wurde wie bei den Kolonialskandalen deutlich, wie weit die Normen der öffentlichen Meinung und der staatlichen Instanzen divergierten. Nicht nur das Militär verlor so an Ansehen, sondern auch jene staatlichen Repräsentanten, die die gewaltsame Wahrung der Ehre verteidigten.

Ein weiterer zentraler Konflikt, der in diesem Skandal ausgetragen wurde, war das Machtverhältnis zwischen Militär und Zivilverwaltung. In Zabern hatte sich die Armee polizeiliche Kompetenzen angemaßt, die ihr nicht zustanden. Das galt insbesondere für die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Legitimiert wurde dies als Notwehr, mit dem angeblichen Versagen der zivilen Behörden oder mit dem Argument, die Truppen stünden im „Feindesland“, wie es der Berliner Polizeipräsident in einem Beitrag zur „Kreuzzeitung“ rechtfertigte.⁴⁹⁹ Dagegen war sich die katholische, die liberale und die sozialdemokratische Presse einig, dass das Militär nicht einfach die zivile Gewalt an sich reißen dürfe.⁵⁰⁰ Zahlreiche Zeitungen prangerten die „Säbelherrschaft“ in Deutschland an. Theodor Wolff, Chefredakteur des *Berliner Tageblattes*, fragte etwa: „Leben wir in einer südamerikanischen Republik, wo jeder Oberst den Gerichtsbehörden das Gesetz diktieren darf, und hängen Leben und Freiheit der Bürger von den Ent-

⁴⁹⁷ RT 181. Sitzung, 3. 12. 1913, Bd. 291, S. 6157. Preußisches Abgeordnetenhaus, 2. Sitzung, 13. 1. 1914, S. 116.

⁴⁹⁸ Urteil Anklage Reuter/Schad Kriegsgerichtsrat 10. 1. 1914 u. (zit.) 13. 1. 1914, in: BAB/L, R43-172.

⁴⁹⁹ Vgl. als Belege etwa: General Deimling/Chef des Generalstab XV. Armeekorps an Oberst Scheuch 2. 12. 1913; Bericht Wedel 30. 12. 1913, Wedel an Bethmann 2. 12. 1913; Polizeipräsident Berlin an Wahnschaffe (Unterstaatssekretär Reichskanzlei) 2. 12. 1913, alle in: BAB/L, R43-170.

⁵⁰⁰ Vgl. die Kommentare der FRANKFURTER ZEITUNG, VORWÄRTS u. a. Anfang Dezember 1905.

schließen einer Kasinogesellschaft ab?“⁵⁰¹ In der Zabern-Affäre flammte damit jene Empörung über die Amtsanmaßung von Uniformenträgern auf, die wenige Jahre zuvor bei der Farce um den „Hauptmann von Köpenick“ noch harmlosen Spott ausgelöst hatte. Bei beiden Skandalen zeigte die Empörung mit ihren Schuldzuweisungen, dass der Militarismus im Kaiserreich nicht die Gesellschaft dominierte, sondern hochgradig umstritten war.⁵⁰²

Auch im Reichstag kam es seit Anfang Dezember 1913 zu zahlreichen Auseinandersetzungen über die Zabern-Affäre, bei denen das Verhältnis von Militär, Zivilverwaltung und Verfassung im Mittelpunkt standen. Wiederum fragten Vertreter des katholischen, sozialdemokratischen und liberalen Milieus, ob eine Diktatur des Militärs bevorstehe. Wie der Zentrumsabgeordnete Erzberger spottete, könne das Militär nach dieser Logik selbst den Reichskanzler und die gesamten Ministerien der Wilhelmstraße verhaften, wenn es seine Ehre durch eine unliebsame Reichstagsrede gefährdet sehe.⁵⁰³ Wie wenig die Ansichten der Reichsleitung der öffentlichen Meinung entsprachen, zeigte schließlich das Mißbilligungsvotum des Reichstages, das dem Kanzler mit 293 gegen 54 Stimmen das Misstrauen aussprach.⁵⁰⁴ Nur die Konservativen stützten Bethmann noch. Damit hatte der Skandal auch im Reichstag verdeutlicht, dass die konservative Verteidigung der militärischen Härte keine Mehrheitsfähigkeit besaß. Auch wenn man das Votum keinesfalls mit der Bedeutung der Nationalversammlung von 1789 vergleichen kann,⁵⁰⁵ eröffnete der Skandal mit dieser Abstimmung einen Schritt zur Parlamentarisierung, indem sie die vom Kaiser eingesetzte Reichsleitung öffentlich demütigte.

Die Zivilbehörden im Elsaß, wie der Statthalter, der Kreisdirektor und der Bürgermeister, verdeutlichten in ihren Berichten an den Kanzler ebenfalls, dass das Militär seine Zuständigkeit massiv überschritten hatte.⁵⁰⁶ Der Statthalter Graf von Wedel bat sogar dringend um ein Gespräch mit dem Kaiser, „da die von mir eingeleitete Untersuchung in Zabern so schwere Excesse und derartige Ungesetzlichkeiten des Oberst von Reuter festgestellt hat, dass ich eine Remedur für unbedingt geboten erachte.“⁵⁰⁷ Der Staatssekretär des Ministeriums für Elsaß-Lothringen, Freiherr Zorn von Bulach, untermauerte diesen Standpunkt sogar öffentlich in einem Interview mit der *Berliner Morgenpost*, und sprach

⁵⁰¹ BERLINER TAGEBLATT Nr. 609, 1. 12. 1913, S. 1.

⁵⁰² Dass der Spott über den „Hauptmann von Köpenick“ die Grenzen des Militarismus zeigte, betont auch: BENJAMIN ZIEMANN, Der „Hauptmann von Köpenick“ – Symbol für den Sozialmilitarismus im wilhelminischen Deutschland?, in: VILÉM PRECAN (Hrsg.), Grenzüberschreitungen oder der Vermittler Bedrich Loewenstein, Prag 1999, S. 252–264; zum Köpenick-Fall vgl. bereits ausführlich: MÜLLER, Auf der Suche.

⁵⁰³ RT 11. 12. 1913, 187. Sitzung, XIII. Leg-per, 1. Sess., Bd. 291, S. 6361.

⁵⁰⁴ 1912 hatte der Reichstag Anträge formell erlaubt, die einem Minister explizit das Misstrauen aussprachen. Vgl. RAUH, Die Parlamentarisierung, S. 188f.

⁵⁰⁵ So jedoch die überspitzte Deutung von MACKAY, Zabern, S. 230.

⁵⁰⁶ Bericht Kreisdirektor 28. 11. 1913, Bürgermeister Knöffler an RK Bethmann 29. 11. 1913, alle in: BAB/L, R43-170, in: BAB/L, R43-170.

⁵⁰⁷ Abschrift in Wedel an Reichskanzler 30. 11. 1913, in: BAB/L, R43-170.

von einer „ungesetzlichen“ Überschreitung.⁵⁰⁸ Bemerkenswerterweise kamen zumindest intern auch das preußische Justizministerium und die Reichsleitung zu dem Fazit, dass das Militär tatsächlich seine Kompetenzen übertreten habe. Sowohl der Reichskanzler als auch die Mehrheit des Staatsministeriums vertraten diese Interpretation.⁵⁰⁹ Allerdings beschlossen sie, das auf keinen Fall öffentlich zuzugeben, da dies „politisch gefährlich“ sei.⁵¹⁰ Auch Reichskanzler Bethmann stellte sich daher im Reichstag entgegen seiner Überzeugungen nicht auf die Seite der Zivilverwaltung, obgleich er das Verhalten des Leutnants tadelte.⁵¹¹ Zugeständnisse sollten insbesondere deshalb nicht gemacht werden, weil dies als Beeinflussung der Heeresführung durch die Öffentlichkeit und den Reichstag hätte gesehen werden könnte.

Kaiser Wilhelm II. förderte in diesem Konflikt zwischen Armee und Verwaltung zunächst die kompromisslose Verteidigung des Militärs mit entsprechenden Weisungen an die Reichsleitung. Die Bitte seines Statthalters, ihm einen persönlichen Bericht zu erstatten, lehnte er zunächst ab und ließ sich stattdessen von der Generalität informieren.⁵¹² Dann stilisierte er sich als Schlichter im Streit zwischen Militär und Zivilverwaltung, indem er ihre Vertreter nach Donau-esching einlud, wo er sich zur Jagd aufhielt.⁵¹³ Tatsächlich gelang es hier, einen gewissen Kompromiss zu erringen: Die Garnison von Zabern sollte bis auf weiteres auf einen Truppenübungsplatz verlegt und die Kriegsgerichtsverfahren beschleunigt werden, Leutnant Forstner in ein anderes Regiment kommen und Oberst von Reuter nach Abschluss des kriegsgerichtlichen Verfahren seinen Abschied nehmen.⁵¹⁴ Damit zeigte sich ein typisches Verhalten, das bei den deutschen Skandalen immer wieder auftrat: Während aus Angst vor Autoritätsverlusten in öffentlichen Äußerungen unbeirrt an der Rechtmäßigkeit des administrativen und militärischen Handelns festgehalten wurde, kam es zumindest intern zu Reformbemühungen, die die Öffentlichkeit beruhigen sollten. Dadurch, dass Teile dieses Kompromisses in der offiziellen *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* abgedruckt wurden, erschien der Kaiser als der maßgebliche Löser des Konfliktes.⁵¹⁵

Dieses Wechselspiel zwischen öffentlicher Kompromisslosigkeit und internen Reformen wird auch erkennbar, wenn man abschließend die Folgen des Skandals betrachtet. Zunächst spricht tatsächlich einiges dafür, dass die Zabern-Affäre vor

⁵⁰⁸ BZ AM MITTAG 6. 12. 1913, ausführlich in BERLINER MORGENPOST 7. 12. 1913.

⁵⁰⁹ Staatssekr. Reichjustizamt an Bethmann 10. 12. 1913, in: BAB/L, R43-171, sowie Denkschrift RKA ebd.

⁵¹⁰ So selbst noch: Protokoll Staatsministerium 18. 3. 1914 in: GStA, HA I, Rep. 90A, Nr. 3620.

⁵¹¹ Bethmann 3. 12. 1913, 181. Sitz, XIII. Leg.per, 1. Sess., Bd. 291, S. 6157.

⁵¹² Vgl. die Abschrift seiner Antwort in Wedel an Reichskanzler 30. 11. 1913, in: BAB/L, R43-170. Zur Haltung von Wilhelm II. vgl. auch: MOMMSEN, War der Kaiser, S. 205f.

⁵¹³ Wilhelm II. an Bethmann 4. 12. 1913, in: BAB/L, R43-170.

⁵¹⁴ Scheüch an Wahnschaffe 6. 12. 1913, in: BAB/L, R43-171; Bethmann an Reichskanzlei 5. 12. 1913, in: BAB/L, R43-170.

⁵¹⁵ NORDDEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG Nr. 287, 6. 12. 1913.

allem ein Sieg des Militärs war, wie bereits oft hervorgehoben wurde.⁵¹⁶ Dies zeigte sich vor allem mit Blick auf die personellen Konsequenzen des Skandals: Während Kriegsminister Falkenhayn seinen Posten behielt, wurde der Statthalter Graf von Wedel, der auf das Fehlverhalten des Militärs aufmerksam gemacht hatte, durch den konservativen Johann von Dallwitz ersetzt. Ebenso musste Staatssekretär Zorn von Bulach seinen Posten räumen, der per Interview auf die Missstände aufmerksam gemacht hatte. Für einen Sieg des Militärs sprach auch der Ausgang der Prozesse gegen die Offiziere. Leutnant Forstner, angeklagt wegen „Körperverletzung begangen unter rechtswidrigem Gebrauch der Dienstwaffe“, wurde im Berufungsverfahren ebenso freigesprochen wie Oberst Reuter, der wegen „unbefugter Ausübung eines öffentlichen Amtes, Freiheitsberaubung, Nötigung und Mißbrauch der Dienstgewalt“ angeklagt war.⁵¹⁷ Gerade diese Urteile hatten eine hohe symbolische Qualität in der gespaltenen Öffentlichkeit. So zog die liberale *Frankfurter Zeitung* hieraus den Schluss: „In der Auseinandersetzung zwischen Militärgewalt und Zivilgewalt hat das Kriegsgericht das Recht der unbeschränkten Herrschaft der ersten gegenüber dem Bürgertum statuiert.“⁵¹⁸ Auch die rechte Presse sah die Urteile, im positiven Sinne, als grundsätzliche Festschreibung, dass „die Armee in Deutschland ein Organ der öffentlichen Gewalt, eine Obrigkeit ist, die das Schwert nicht umsonst trägt.“⁵¹⁹

Wie bei vielen deutschen Skandalen erhielten dagegen ausgerechnet diejenigen Freiheitsstrafen, die den Missstand an die Öffentlichkeit gebracht hatten – in diesem Fall die Elsässer Rekruten. Ein symbolischer Sieg der Militärs war schließlich auch die Rückkehr der zunächst ausgelagerten Garnison nach Zabern. Obwohl selbst der kommandierende General in Straßburg sich dagegen aussprach und ebenso wie der Statthalter Unruhen befürchtete, setzte Kriegsminister Falkenhayn dies durch.⁵²⁰ Am 18. April 1914 zog die Garnison unter Anwesenheit zahlloser Journalisten aus unterschiedlichen Ländern mit Musik ein, um die Beharrungskraft der Armee zu zeigen.⁵²¹ Dagegen schloß die Kommission des Reichstages, die die Befugnisse des Militärs genauer klären sollte, schon nach kurzer Zeit ein.

Dennoch bietet sich zugleich eine andere Lesart der Folgen der Zabern-Affäre an. Denn ähnlich wie bei den Kolonialskandalen, wo ja ebenfalls die Kolonialbeamten in der Regel nicht verurteilt wurden und der Kolonialismus als solcher fortbestand, sorgte auch dieser Skandal für eine Erschütterung des Status quo. Erstens bescherte die Zabern-Affäre, ähnlich wie 1906 nach den Kolonialskan-

⁵¹⁶ So die Einschätzung bei: WEHLER, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, S. 1129; ULLRICH, Nervöse Großmacht, S. 134.

⁵¹⁷ Urteil Forstner Kriegsgerichtsrat 10. 1. 1914 u. Urteil Anklage Reuter/Schad Kriegsgerichtsrat 13. 1. 1914, in: BAB/L, R43-172.

⁵¹⁸ FRANKFURTER ZEITUNG Nr. 12, 12. 1. 1914.

⁵¹⁹ DEUTSCHE ZEITUNG 10. 1. 1914.

⁵²⁰ Vgl. zu dieser internen Kontroverse: Wedel an Falkenhayn 13. 2. 1914; Deimling an Falkenhayn 5. 2. 1914, Falkenhayn an Bethmann 7. 2. 1914 u. 17. 2. 1914, in: BAB/L, R43-173.

⁵²¹ Vgl. den Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG Nr. 196, 19. 4. 1914.

dalen, der Reichsleitung eine Niederlage und stärkte die Macht des Reichstages. Während sich dies bei den Kolonialskandalen in der mehrheitlichen Ablehnung des Nachtragshaushaltes für Deutsch-Südwest manifestiert hatte, machte nun das von sechs Siebtel des Reichstages getragene Missbilligungsvotum gegen Kanzler Bethmann die fehlende parlamentarische Mehrheit deutlich. Entsprechend erwartete man vielfach Bethmanns Rücktritt und spekulierte bereits über Nachfolger.⁵²² Die öffentliche Missbilligung traf zugleich das Ansehen des Kaisers und des Thronprinzen, die das Militär besonders vehement gestützt hatten.⁵²³ Insofern stärkte der Skandal nicht nur die militärische Dominanz, sondern schwächte zugleich eine politische Herrschaftsform, die auf keinen Mehrheiten beruhte.

Zweitens erlitt das Militär trotz seiner symbolischen Erfolge vor Gericht einen massiven öffentlichen Ansehensverlust. Die Urteile überzeugten die Mehrheit der Zeitungen und Abgeordneten nicht. Vielmehr galt das Militär als Instanz, deren Machtmissbrauch der Zabener Fall aufgedeckt hatte. Der Skandal zeigte, dass die Armee in dem annektierten Gebiet eben nicht als Schule des Deutschtums wirkte, sondern einen gegenteiligen Effekt hatte. Gerade diese offen gelegte Kulturlosigkeit der angeblichen Kulturträger erinnerte dabei an die Kolonialskandale. Drittens kam es trotz der nach außen getragenen Halsstarrigkeit schließlich doch noch zu einer Reform, die das Verhältnis von Militär und Zivilverwaltung im Sinne der Zivilverwaltung regelte. Reichskanzler Bethmann beharrte im Staatsministerium darauf festzuschreiben, dass das Militär nur dann aus eigener Entschließung gegen Zivilpersonen einschreiten dürfe, „wenn die Zivilbehörden außer Stand gesetzt seien, die Requisition ergehen zu lassen.“⁵²⁴ Gegen den Willen von Kriegsminister Falkenhayn kam es am 19. März 1914 zu einer neuen Dienstvorschrift über den Waffengebrauch des Militärs, die eine eigenmächtige Vergeltung und die Ausübung von Polizeimaßnahmen ohne Anfrage der Zivilbehörden untersagte.⁵²⁵ Um Falkenhayns Gesicht zu wahren und nicht den Eindruck zu erwecken, das Militär gebe der Öffentlichkeit nach, wurde das Gesetz allerdings nicht vom Reichstag erlassen, sondern als Kabinettsorder. Viertens wurden die Offiziere trotz Freispruch zumindest versetzt. Leutnant Forstner kam, in weitmöglichster Entfernung vom Elsaß, nach Bromberg an die polnische Grenze. Auch wenn dies keine adäquate Strafe für einen Rechtsstaat war, bedeutete es immerhin ein deeskalierendes Zugeständnis an den öffentlichen Protest. Eine fünfte Folge des Skandals betraf schließlich den Nationalismus in Elsaß-Lothringen. Der Skandal belebte die antideutschen Resentiments in dem „Reichsland“ und förderte eine an Frankreich orientierte Vergemeinschaftung. In der nun gegründeten „Liga zur Verteidigung Elsaß-Lothringens“ fand sie ein Forum. Der Skandal zeigte damit die Grenzen jener

⁵²² Vgl. etwa BERLINER TAGEBLATT Nr. 620, 6. 12. 1913, S. 1.

⁵²³ Dass der Kaiser geschwächt wurde, sieht auch: MOMMSEN, *War der Kaiser*, S. 208.

⁵²⁴ Protokoll Staatsministerium 3. 2. 1914, in: GStA, HA I, Rep. 90A, Nr. 3620.

⁵²⁵ Vgl. HUBER, *Verfassungsgeschichte* Bd. 4, S. 601 f.; SCHOENBAUM, *Zabern*, S. 160 f.

Germanisierungsversuche und Kulturmissionen, die sich im hohen Maße auf Soldaten stützten.

Wie bei den Kolonialskaudalen führten die Sozialdemokraten erneut das britische Empire als Vorbild für den Umgang mit eroberten Gebieten an. In diesem Fall bildete Südafrika für sie ein Pendant. Die Briten banden, so ihre Argumentation, „durch freigiebigste Gewährung staatsbürgerliche Rechte die Bewohner der früheren Freistaaten so fest an das Mutterland, daß sich heute niemand mit mehr Stolz englischer Bürger nennt als der Bur, der vor nicht langem noch jedem Briten als dem Erbfeind mit der Büchse entgegen trat.“⁵²⁶ Auch wenn diese Argumentation überzogen war, blieb Großbritannien durch seine demokratischere Struktur trotz imperialer Expansion für die Linke ein Modell.

Dagegen verstärkte die Zabern-Affäre in der ausländischen, insbesondere in der französischen und britischen Öffentlichkeit das Stereotyp von der Dominanz des deutschen Militärs und dessen Aggressivität.⁵²⁷ In der britischen Wahrnehmung rückte Deutschland durch die Zabern-Affäre, was die Freiheitsrechte anging, in die Nähe von Russland. Der *Daily Telegraph* schrieb, Deutschland würde lediglich mit Gewalt erobern, was immer zu Widerstand führe, und die *Times* hinterfragte zumindest, ob sich das Militär tatsächlich den Zivilbehörden unterordnen würde.⁵²⁸ Besonders weitsichtig erwies sich der Kommentar der englischen Zeitschrift *Nineteenth Century*. Sie sah die Gefahr, „that the powers of feudalism and absolutism, which, under the cloak of parliamentarism at present govern the country, will try to avoid a domestic conflict by provoking a foreign one.“⁵²⁹ Gerade hiermit hatten die englischen Beobachter Recht, da der kurze Zeit später losgeschlagene Weltkrieg zumindest kurzzeitig die Grundprobleme des Staates überdecken sollte, die die Zabern-Affäre ins öffentliche Bewusstsein gerufen hatte.

Zabern war keine Kolonie. Aber sein Status als annektiertes Gebiet förderte nicht nur die Entgrenzung der Gewalt, sondern auch den kritischen Außenblick auf diese Gewalt. Wie bei den Kolonien ging es nicht nur um die Durchsetzung von Autorität, sondern auch darum, sich in den Augen der westlichen Nachbarländer als würdige Gebietsverwalter zu erweisen. Zabern stand dabei für das erneute Scheitern dieses Anspruches.

8. ZWISCHENFAZIT

Am Anfang der Eroberung Afrikas standen zahllose koloniale Träume. Durch die zahlreichen Skandale verwandelten sich die afrikanischen Kolonien jedoch

⁵²⁶ VORWÄRTS 12. 11. 1913, S. 1.

⁵²⁷ Zur französischen Presse vgl. SCHENK, Zabern, S. 111–121; zur britischen: SCHOENBAUM, Zabern, S. 180f.

⁵²⁸ DAILY TELEGRAPH u. a. zit. in: VORWÄRTS 3. 12. 1913, S. 2; vorsichtiger: TIMES 5. 12. 1913, S. 9.

⁵²⁹ NINETEENTH CENTURY Febr. 1914. Dagegen betont REINERMANN, Der Kaiser, S. 512f., mit Blick auf Wilhelm II., die englische Presse habe eher freundschaftlich im Kontext der Zabern-Affäre reagiert.



Abb. 9. Vom Traum zum Albtraum: Die Verkehrung der kolonialen Imagination Europas durch die Skandale; Karikatur der Lustigen Blätter Nr. 13 (1896) nach den Skandalen um Leist, Wehlan und Peters 1896.

vielfach in einen Albtraum (vgl. Abb. 9). Dies förderte eine intensive und auch kritische öffentliche Debatte über den Kolonialismus. Auch in dieser Hinsicht lässt sich also kaum die Annahme aufrecht erhalten, die Kolonien hätten in der heimischen Öffentlichkeit kaum eine Rolle gespielt, wie etwa mit Blick auf die Mitgliederzahlen von Kolonialvereinen oder Inhalte von Schulbüchern argumentiert wurde. Die oft monatelangen Berichte über die Kolonialskandale, die Karikaturen, die Parlamentsdebatten und die Prozesse zwangen die breitere Öffentlichkeit dazu, sich über die kolonialen Praktiken ein Urteil zu bilden, wie nicht zuletzt auch die Auswertung der Kneipengespräche belegt.

Die Kolonialskandale trugen maßgeblich dazu bei, die Idee des Sozialimperialismus zu verkehren. Laut dieser vieldiskutierten These hatte die deutsche Reichsleitung gehofft, durch die koloniale Expansion die innere Einheit zu fördern und von Problemen im eigenen Land abzulenken, um so ein weiteres Erstarken der Sozialdemokratie zu verhindern. Durch die Skandale trat jedoch genau das Gegenteil ein. Gerade der Sozialdemokratie gelang es durch das Aufbringen entsprechender Skandale, die Kritik an den kolonialen Zuständen auf das Reich zu beziehen und so ihre öffentliche Position zu stärken. Durch die Kolonialskandale konnten sie alte Feindbilder und Narrative über Adlige, Offiziere und das Bürgertum revitalisieren, da diese in den Kolonien ein Verhalten zeigten, das im Deutschen Reich zunehmend beispiellos war – wie tödliche

Misshandlungen, willkürliche Verhaftungen, Bereicherungen durch Monopole oder den sexuellen Missbrauch des Personals. Statt die Linke in die Nation zu integrieren, schufen die Kolonialskandale eher einen regierungskritischen Schulterschluss, der die Sozialdemokratie punktuell mit Teilen des Zentrums und der Linksliberalen verband.

Die Kolonialskandale bildeten transnationale Medienereignisse, die Vorstellungen über den eigenen und den fremden Kolonialismus schufen. Sie beeinträchtigte den Anspruch auf moralische Überlegenheit, wobei sich die Deutschen besonders um ihr Ansehen im Ausland sorgten. Dagegen festigten die deutschen Skandale in Großbritannien die Selbstwahrnehmung als eine etablierte, moralisch überlegene Kolonialmacht, während die Briten an den deutschen Skandalen deren koloniale Unreife ausmachten. Zugleich waren die Skandale auch ein Motor für Transfers. In den Auseinandersetzungen, die die Skandale auslösten, blickten vor allem die deutschen Reformen immer wieder nach Großbritannien. Um weitere Skandale zu verhindern, wurden rechtliche Regelungen, institutionelle Formen und Anregungen für die koloniale Praxis vom britischen Empire befürwortet und teilweise übernommen.

Von der Typologie der Skandale her zeigten sich bei beiden Ländern ähnliche Entwicklungslinien, wobei in Großbritannien die entsprechenden Fälle etwas frühzeitiger auftraten. In den 1890er Jahren dominierten zunächst Skandale um die Gewalt kolonialer „Conquistatoren“, wobei die Skandale Grenzen setzten und deren Gewalt anachronistisch erscheinen ließen. Die festeren Verwaltungsstrukturen, die diesen „Eroberern“ folgten, lösten in einer zweiten Phase vor allem Skandale aus, die Normbrüche wie Bereicherung oder Amtsmissbrauch thematisierten. Die breite Empörung über diese Fälle zeigte, dass trotz aller rassistischen Stereotype die Mehrheit der wilhelminischen Öffentlichkeit verlangte, dass auch in den deutschen Kolonien die englische Verhaltensstandards zu gelten hätten.

In Deutschland kam es zu deutlich mehr Kolonialskandalen als in Großbritannien. Die geringe koloniale Erfahrung, die größere Willkür der Beamten und die stärkere Etablierung von kolonialkritischen Gruppen im Reich, wie insbesondere der Sozialdemokratie, dürften dafür verantwortlich gewesen sein. Blickt man auf die in den Kolonialskandalen verhandelten Themen, so werden weitere Unterschiede deutlich. Auch in Großbritannien thematisierten Skandale, wie am Beispiel von Stanleys Expedition gezeigt wurde, Formen exzessiver Gewalt. Größere Bedeutung hatten im Empire jedoch Skandale, die eine illegitime Bereicherung in den Kolonien anprangerten. Sowohl die Angriffe gegen Chamberlain als auch der größte Skandal im weiteren Kontext des Burenkrieges, der *War Stores Scandal*, bezogen sich auf materielle Normbrüche und Nachteile für den einfachen Steuerzahler. Dies etablierte wiederum auch in Deutschland die Wahrnehmung, der britische Kolonialismus diene vor allem der Bereicherung.

In Deutschland traten zwar mit den Enthüllungen über die Geschäftspraktiken der Firmen Woermann und Tippelskirch ebenfalls ökonomische Skandale auf, die wie in Großbritannien die Belastung der Steuerzahler und die teils

korrupte Verflechtung zwischen einzelnen Politikern, Beamten und monopolartigen Kolonialfirmen kritisierten, aber eine Schlüsselrolle spielten sie nicht. Im Vordergrund standen in Deutschland vielmehr zahllose Skandale, die die brutale Tötung oder Misshandlung von Afrikanern durch deutsche Beamte thematisierten. Zudem legten die deutschen Skandale vielfach den sexuellen Verkehr mit Afrikanerinnen offen, der zumeist unter Missbrauch ihrer Macht erfolgte. Diese Unterschiede zwischen den deutschen und den britischen Kolonialskandalen lassen sich sicherlich nicht damit erklären, dass die deutsche Öffentlichkeit kritischer war oder medial besser vernetzt. Vielmehr verweisen die Skandalthemen auch auf entsprechend unterschiedliche Praktiken in den deutschen und britischen Kolonien. Allerdings fiel es den Briten schwerer, über sexuellen Missbrauch in ihren Kolonien zu sprechen. Obgleich die puritanische Bewegung auch hier Anstöße für entsprechende Skandalisierungen gab, verengte sie zugleich die Grenzen des Sagbaren.

Aufgebracht wurden die Kolonialskandale durch eine Verdichtung des Kommunikationssystems zwischen den Kolonien und Europa. Die analysierten Beispiele zeigten, dass die Formen der medialen Interaktionen vielfältig waren. Korrespondentenberichte förderten zwar die Kolonialkritik, entscheidend waren jedoch weiterhin briefliche Zusendungen von Beteiligten, konkurrierende Buchpublikationen, die Kommunikation über Missionare und juristische Untersuchungen. Berichte aus den Kolonien waren nicht ausreichend, um Kolonialskandale zu etablieren. Vielmehr mussten sie durch Vermittler im Mutterland vorgebracht werden, die vor Ort reaktionsschnell und kontinuierlich die Debatte vorantreiben konnten. Im Vergleich zu anderen Skandalfeldern fällt auf, dass in Deutschland das Parlament eine zunehmend größere Rolle beim Anstoß der Kolonialskandale spielte als die Presse. Gerade die geringe Möglichkeit des Reichstages, die Kolonialpolitik inhaltlich mitzugestalten, dürfte mit erklären, dass die Abgeordneten auf sensationelle Enthüllungen setzten.

Die Kolonialskandale waren jedoch mehr als ein Feld der politischen Profilierung. Vielmehr zeigten sie in Deutschland und Großbritannien die Grenzen der eigenen Zivilisiertheit. Die detailliert über die Medien aufgedeckten Untaten von Barttelot, Wehlan oder Leist waren gerade deshalb ein Schock, weil sie das entgrenzte Verhalten von Angehörigen des Bürgertums illustrierten, von denen aufgrund ihrer akademischen und militärischen Ausbildung ein diszipliniertes Verhalten erwartet wurde. Die Skandale führten so zu einer Verkehrung der Stereotype: Das Bild von „wildem Schwarzen“, der durch den Kolonialismus zivilisiert würde, verkehrte sich zum Bild wild gewordener Kolonialisten, die eine Gefahr für die Afrikaner darstellten.

Zugleich etablierten die Skandale zahlreiche Normen, Verhaltensregeln und Gesetze in den Kolonien. Ob ein Europäer mit afrikanischen Frauen sexuell verkehren dürfe, wie alt diese zu sein hätten und in welcher Form dies geschehen solle (Prostitution, Kauf, Heirat oder Affären), wurde ebenso öffentlich diskutiert wie die Formen der Züchtigung und Bestrafung (körperliche Strafen, Haft, Hinrichtungen oder die Zahl der zulässigen Peitschenhiebe). In beiden

Ländern führten die Skandale dazu, den sexuellen Verkehr mit Afrikanerinnen als illegitim zu stigmatisieren. Die Beamten riskierten nun nicht nur die Veröffentlichung ihrer Namen in neuen Skandalen, sondern auch Sanktionen. So führte der Silberrad-Skandal in Großbritannien zu einer Anweisung an die neuen Beamten, dass Liebesverhältnisse künftig ein Entlassungsgrund seien, und in Deutschland förderten die Skandale Verbote von „Mischehen“ in verschiedenen Kolonien. Die körperliche Bestrafung der Afrikaner, die trotz der Skandale in der öffentlichen Diskussion weiterhin mehrheitlich als notwendig galt, wurde in Deutschland dank der Skandale rechtlich zumindest auf das Maß der Briten reduziert, stark normiert und besser überwacht. Ebenso kam es dank der Skandale zur Umstrukturierung der Kolonialverwaltung und der Versorgung. Obgleich die englischen Skandale durch die parlamentarischen Ausschüsse mitunter genauere Enthüllungen offen legten, hatten die Skandale in Deutschland mehr Konsequenzen. Denn offensichtlich bestand hier aus den genannten Gründen ein größerer Regelungsbedarf.

Gemeinsam war beiden Ländern, dass ihre äußerst brutal geführten Kriege in den Kolonien, also insbesondere der Burenkrieg der Briten und die deutschen Kriege in Südwest- und Ostafrika, kaum zu wirkungsmächtigen Skandalen führten. Zwar kam es in beiden Ländern zu öffentlichen Protesten gegen die Kriegsführung, die eher linke Zeitungen und einzelne Abgeordnete im Parlament vorbrachten. Eine breite gesellschaftliche Empörung blieb bei den Kriegen jedoch aus. Offensichtlich legitimierte in den Kriegen die angenommene Gefährdung der eigenen Landsleute das inhumane Vorgehen stärker als bei Einzelfällen, bei denen Beamte oder Eroberer ihre individuelle Macht brutal ausnutzten. Dem Massentöten an Zehntausenden von Menschen fehlten zudem jene emotionalisierenden Narrative über Einzelschicksale, aus denen sich sonst die Skandale entfalteten. Allerdings lösten sie in den jeweils anderen europäischen Ländern eine Empörung über die brutale Kriegsführung des Nachbarlandes aus.

Wie der abschließende Exkurs über die Zabern-Affäre zeigte, bietet sich für die Interpretation dieses bekannten Skandals im „Reichsland“ Elsaß-Lothringen zumindest tendenziell eine ähnliche Lesart wie bei den Kolonialskandalen an. Auch hier führte in einem annektierten Gebiet, dessen Loyalität mit eingeschränkten Rechten militärisch gesichert wurde, eine lokale Demütigung der Einheimischen dazu, dass es zu einer Gewalteskalation kam, die nach den Maßstäben im Reich als völlig unangemessen galt. Der Skandal stellte die Art der militärischen Machtausübung in Frage. Durch die internationale Empörung über das Verhalten des Militärs diskreditierte der Fall den Anspruch auf eine kulturelle Überlegenheit ebenso wie die Kolonialskandale, zumal die Zabern-Affäre offen legte, dass die deutsche Herrschaft in dem besetzten Gebiet im Zweifelsfall auf Gewalt beruhte. Entsprechend wäre mit Blick auf Großbritannien zu überlegen, ob sich Auseinandersetzungen und Skandale in Irland ebenfalls aus kolonialen Diskursen heraus interpretieren ließen, auch wenn Irland natürlich ebenfalls keine Kolonie war.

Durch die Skandale entstand bereits vor dem Ersten Weltkrieg in Großbritannien das Bild des grausamen deutschen Kolonialismus. Wie nachhaltig die Skandale gerade den deutschen Anspruch auf Kolonien im Ausland diskreditierten, zeigte sich 1919 im Versailler Vertrag. Der berühmte und umkämpfte Artikel 119 über die Abtretung der deutschen Überseegebiete knüpfte in seiner Begründung explizit an die deutschen Kolonialskandale an, wobei ein britisches *Blue Book* die Vorwürfe kurz zuvor erneut zusammengestellt hatte. In ihrer Erwiderung auf den deutschen Protest verwiesen die Alliierten sogar explizit auf Erzbergers und Noskes Anklagen gegen die kolonialen Missstände im Reichstag.⁵³⁰ Damit sorgten die Skandale noch bei der Auflösung der deutschen Kolonien für wirkungsmächtige Zuschreibungen.

⁵³⁰ Vgl. Antwort der Alliierten und Assoziierten Mächte 16.6.1919, abgedr. in: GRÜNDER (Hrsg.), „...da und dort ein junges Deutschland gründen“, S.316.